

ABSCHLUSSARBEIT

Masterstudiengang Urbane Zukunft Fachbereich STADT | BAU | KULTUR Fachhochschule Potsdam

Thema:	Gemeinwohlorientierte Leerstandsentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg
Bearbeitungszeitraum:	01.05.2023 – 13.11.2023
Erstgutachten:	Prof. Dr.-Ing Michael Prytula
Zweitgutachten:	Prof. Dr. Antje Michel
Bearbeitet von:	Hannah Esselborn (B.Sc. Architektur)
Abgabedatum:	13.11.2023
Status der Veröffentlichung:	Begutachtet; geringfügige Überarbeitungen

Impressum

Überarbeitete Endfassung (nach Begutachtung)

Autorin: Hannah Esselborn

ORCID: 0009-0009-8997-3581

Gemeinwohlorientierte Leerstandsentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg © 2023 von Hannah Esselborn ist freigegeben unter der Creative-Commons-Lizenz **CC BY-NC 4.0**. Die verwendeten Abbildungen sind hiervon ausgenommen. Details siehe unter <http://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/>



„Die Bauleitpläne sollen eine **nachhaltige städtebauliche Entwicklung**, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und **eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung** unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Hierzu soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch **Maßnahmen der Innenentwicklung** erfolgen.“

(BauGB §1 Abs. 5)

Vorwort und Danksagung

Das Thema der vorliegenden Abschlussarbeit ist im Rahmen meines vorangegangenen Forschungspraktikums im Planungsbüro *sutter*³ in Freiburg im Breisgau entstanden. Das Büro arbeitet interdisziplinär in der Projektentwicklung und in allen Leistungsphasen der Architektur, stets mit dem Anspruch an soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit und immer mit dem Blick auf die zeitgemäße (Um-)Nutzung von Bestandsgebäuden. Während meines Praktikums habe ich mitgeholfen, Formate der Bürger:innenbeteiligung zu entwickeln, durchzuführen und auszuwerten. Im Praxisalltag sind mir dabei vielfältige Herausforderungen im Themendreieck *Nachhaltige Ortsentwicklung – Bürger:innenbeteiligung – Ländliche Räume* aufgefallen, die ich mit dieser Forschungsarbeit nun zu einem Teil theoretisch aufarbeiten konnte, um sie anschließend zurück in die Praxis zu überführen. Meine Arbeit im Planungsbüro habe ich während der Forschung im reduzierten Umfang begleitend fortgesetzt.

Ich bedanke mich beim Büro *sutter*³ für die Unterstützung vor und während der Masterarbeit. Außerdem möchte ich an dieser Stelle meinen Interviewpartner:innen dafür danken, dass sich die Zeit genommen haben, mit mir in das Gespräch zu gehen und ihr Wissen und ihre Erfahrungen mit mir zu teilen. Ein weiterer Dank geht an meine Familie und Freund:innen, die sich auf den letzten Metern durch holprige Rohfassungen gelesen und mir emotionalen Rückhalt geboten haben.



*Nachtrag: Interessierte können die Videoaufnahme zur Präsentation der Arbeit am 8. Dezember 2023 über den nebenstehenden QR-Code oder über folgenden Link abrufen:
<https://vimeo.com/894938713>*

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Abschlussarbeit mit dem Titel „Gemeinwohlorientierte Leerstandsentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg“ eigenständig verfasst habe.

Ich versichere, dabei keine anderen Hilfsmittel, als die zugelassenen und in dieser Arbeit angegebenen, verwendet zu haben. Alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus fremden Quellen oder von KI-basierten Tools stammen, wurden als solche gekennzeichnet.

Potsdam, den 13.11.2023

Hannah Esselborn

Inhaltsverzeichnis

I	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	2
1	EINLEITUNG	3
1.1	Hintergrund	3
1.2	Motivation	6
1.3	Forschungsfrage	7
2	FORSCHUNGSSTAND	8
2.1	Inhaltliche und räumliche Eingrenzung	8
2.1.1	Gemeinwohlorientierung	8
2.1.2	Leerstandsentwicklung	10
2.1.3	Bürgerschaftliches Engagement	11
2.1.4	Ländliche Räume (in Baden-Württemberg)	11
2.2	Bestandserhalt und (Um)Baukultur	15
2.3	Neue Visionen für ländliche Räume	16
2.4	Von Beteiligung zu bürgerschaftlichem Engagement	18
2.5	Exkurs: Das Konzept <i>Zukunftsorte</i>	20
2.5.1	Was sind <i>Zukunftsorte</i> ?	21
2.5.2	Warum brauchen wir <i>Zukunftsorte</i> ?	21
2.5.3	Wie funktionieren <i>Zukunftsorte</i> ?	23
3	METHODIK	24
3.1	Explorative Grundlagenrecherche	24
3.2	Leitfadengestützte Interviews mit Expert:innen	25
3.2.1	Vorbereitung und Auswahl der Interviewpartner:innen	26
3.2.2	Entwicklung des Interviewleitfadens	27
3.2.3	Durchführung der Interviews	27
3.3	Qualitative Inhaltsanalyse	28
4	ERGEBNISSE	29
4.1	Vorstellung der interviewten Expert:innen	29
4.1.1	Interview 1 FK	29
4.1.2	Interview 2 LE	29
4.1.3	Interview 3 CP	29
4.1.4	Interview 4 WS	30
4.1.5	Interview 5 HK & SSV	30
4.1.6	Interview 6 AR	30
4.2	Relevanz in Baden-Württemberg und beispielhafte Konzepte	31
4.2.1	Der Begriff Gemeinwohl	31
4.2.2	Die Bedeutung von Begegnungsorten	31
4.2.3	Das Thema der Altersversorgung in Baden-Württemberg	32
4.2.4	Neue Herausforderungen für die Kommunalverwaltungen	32
4.2.5	Das Prinzip der <i>Caring Communities</i> in Baden-Württemberg	33

4.2.6	Leerstände in Baden-Württemberg.....	33
4.2.7	Projektbeispiele in Baden-Württemberg.....	34
4.2.8	Übertragbarkeit aus nordostdeutschen Regionen	35
4.3	Die Verantwortungsfrage gemeinwohlorientierter Projekte	35
4.3.1	Kommunale Aufgaben und komplexe Verwaltungsstrukturen.....	35
4.3.2	Bürgerschaftliches Engagement als Chance	36
4.3.3	Weitere Akteur:innen gemeinwohlorientierter Angebote	37
4.4	Von Beteiligung zu bürgerschaftlichem Engagement	38
4.4.1	Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement	38
4.4.2	Kommunale Beteiligungsprozesse.....	39
4.4.3	Kommunale Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement	40
4.4.4	Schlüsselfiguren im bürgerschaftlichen Engagement.....	40
4.4.5	Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement.....	41
4.5	Zur wirtschaftlichen Tragfähigkeit von Gemeinwohl	42
4.5.1	Voraussetzungen für eine langfristige Tragfähigkeit	42
4.5.2	Bedarfsgerechte Entwicklung	43
4.5.3	Geschäftsmodell und Businessplan	44
4.5.4	Niedrigschwellige und multifunktionale Nutzungskonzepte	44
4.6	Finanzielle Unterstützung und Förderprogramme	45
4.6.1	Kommunale Mittel.....	45
4.6.2	(Start)Förderungen.....	46
4.6.3	Das Förderprogramm ELR.....	48
4.6.4	Das Förderprogramm LEADER.....	48
4.7	Die Chance von Netzwerken und kooperativen Ansätzen	50
4.7.1	Netzwerke und kommunale Verbände	50
4.7.2	Alle Akteursgruppen an einen Tisch bringen.....	50
4.7.3	Offene Gesprächskultur und transparente Kommunikation	52
4.7.4	Kooperative Organisationsstrukturen	53
4.8	Genossenschaften für koproduktive Quartiersentwicklung.....	54
4.8.1	Bürger- und Sozialgenossenschaften	54
4.8.2	Vor- und Nachteile der Genossenschaftsform	54
4.8.3	Wie Genossenschaften funktionieren	55
4.8.4	Genossenschaften in der Quartiersentwicklung.....	58
4.8.5	Koproduktion in Genossenschaften	58
4.9	Anlaufstellen, Wissensvermittlung und Qualifizierung	60
4.9.1	Wie Bürger:innen die Hürden bürokratischer Prozesse meistern.....	60
4.9.2	Kommunale Fachstellen für bürgerschaftliches Engagement.....	60
4.9.3	Wie Qualifizierungsmaßnahmen Ideen ins Rollen bringen.....	62
4.9.4	Feedback zur Idee einer mobilen Vernetzungsstelle	62
5	INTERPRETATION.....	64
5.1	Beantwortung der Fragestellung(en)	64
5.1.1	Zur Relevanz gemeinwohlorientierter Leerstandsentwicklung.....	64
5.1.2	Zur Übertragbarkeit von Konzepten aus Nordostdeutschland	65
5.1.3	Zur Umsetzung durch bürgerschaftliches Engagement.....	66
5.2	Handlungsempfehlungen.....	71
5.2.1	Gemeinwohlorientierung anlassbezogen definieren	71
5.2.2	Systematisches Leerstandsmanagement.....	71

5.2.3	Kommunalverwaltungen fachlich qualifizieren	72
5.2.4	Koproduktive Strukturen aufbauen und organisieren	72
5.2.5	Bedarfe aller Akteursgruppen gemeinsam erfassen	74
5.2.6	Über Fördermöglichkeiten aufklären	74
5.2.7	Bürger:innen weiterbilden und qualifizieren	74
5.2.8	Tragfähige Geschäftsmodelle erarbeiten	75
5.2.9	Projekte niedrigschwellig entwickeln	76
5.2.10	Netzwerke bilden und Erfahrungen weitergeben	76
5.3	Grenzen der Forschungsarbeit	76
5.4	Hinweise für zukünftige Forschungsvorhaben	77
6	FAZIT	79
6.1	Reflexion der eigenen Arbeit	79
6.2	Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse	79
6.3	Ausblick	80
II	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	82
III	LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS	83
IV	ANHANG	89

I Abkürzungsverzeichnis

BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BE	Bürgerschaftliches Engagement
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BW	Baden-Württemberg
BWGV	Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.
eG	eingetragene Genossenschaft
ELR	Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum
GAK	Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes
GWÖ	Gemeinwohl-Ökonomie
ILEK	Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte
LAG	LEADER Aktionsgruppe
LEADER	aus dem Franz.: <i>Liaison entre actions de développement de l'économie rurale</i> (dt.: Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft)
LEP	Landesentwicklungsplan
MLR	Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
REK	Regionales Entwicklungskonzept
RP	Regierungspräsidium

1 Einleitung

Gesellschaftliche Veränderungsprozesse führen zu neuen Herausforderungen für Bürger:innen und Kommunen in ländlichen Räumen. Der fortschreitende Klimawandel macht ein Umdenken im Bereich der Bau- und Immobilienwirtschaft dringend notwendig, im Hinblick auf den demografischen Wandel sind neue Konzepte der Daseinsvorsorge gefragt und für resiliente Gemeinden ist es wichtig, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und die Menschen vor Ort ihre Zukunft mitgestalten zu lassen. Auf der Suche nach Lösungskonzepten habe ich im Rahmen dieser Forschungsarbeit einen Blick auf die aktuelle Lage in Baden-Württemberg geworfen und versucht herauszufinden, wie eine gemeinwohlorientierte Ortsentwicklung vor dem Hintergrund zunehmender Leerstände mithilfe bürgerschaftlichem Engagements gestaltet werden kann. Herausgekommen sind dabei Handlungsempfehlungen zur Unterstützung der Planungspraxis.

1.1 Hintergrund

Während Einkaufs- und Wohnmöglichkeiten sich an die Ortsränder verlagern, stehen in den Ortsmitten kleinerer Gemeinden zunehmend Gebäude leer (vgl. Dettweiler et al. 2020: 260; siehe auch *Donut-Effekt* im Baukulturbericht 2016/17). Schulen, Gasthöfe, Dorfläden, Bankfilialen, Kirchen, und weitere Einrichtungen in ländlichen Räumen fallen aus der Nutzung und mit den Schließungen bleiben leerstehende Gebäude zurück (vgl. Henkel 2020: 93f.). Da sie weder als Wohn- noch als Büroimmobilien gelten, werden sie allerdings nicht in den üblichen Statistiken zum Immobilienleerstand abgebildet (vgl. statista.de). Bleiben die Gebäude über einen längeren Zeitraum leerstehend und kommen weitere hinzu, folgt oftmals eine Abwärtsspirale aus einem zusätzlichen Attraktivitätsverlust der Ortsmitten, verbunden mit einem mangelnden Fokus auf die Innenentwicklung, hin zu einer sinkenden Lebensqualität und verminderten Identifikation der Bewohner:innen mit ihrer Gemeinde (vgl. Abt et al. 2022: 12).

Unsere Gesellschaft befindet sich im stetigen Wandel. Die fortschreitende Digitalisierung, der demografische Wandel, die Auswirkungen der weltweiten Corona-Pandemie, Kriege mit weltweiter politischer Reichweite – um bloß einige der aktuell wirkenden Einflussfaktoren auf sich verändernde Strukturen in der Gesellschaft in Deutschland zu nennen. Diese Veränderungen werden in nahezu allen Bereichen des Lebens spürbar und die Menschen müssen lernen, damit umzugehen, wenn „Erprobtes und Bewährtes zunehmend infrage“ gestellt werden (vgl. Abt et al. 2022: 1; auch Kröhnert et al. 2020: 13). Gemeinschaften brauchen stabile Strukturen, um den vielen neuen Einflüssen gegenüberzustehen, während sie mit den Veränderungen der Umwelt mitgehen und sich anpassen müssen (vgl. Ningel 2020: 26). Gleichzeitig müssen Wege gefunden werden, um besonders existenzgefährdende Veränderungen aufzuhalten beziehungsweise auf ein möglichst minimales Maß zu reduzieren. Denn die Art, wie wir leben, handeln, arbeiten, produzieren und wirken, hat direkten Einfluss auf unsere Umwelt: die natürlichen Ressourcen und das soziale Miteinander. Die aktuellen Herausforderungen und Dynamiken des gesellschaftlichen Wandels erfordern einen neuen Umgang mit sozialer Gerechtigkeit und in der Bodenpolitik (vgl. Netzwerk Zukunftsorte 2022: 18). So müssen sich Kommunen in Deutschland heute mit den Anforderungen einer sozial-ökologischen Transformation auseinandersetzen und dabei immer komplexer werdende Aufgaben erfüllen (vgl. Abt et al. 2022: 4).

Die Baubranche ist für etwa die Hälfte aller CO₂-Emissionen in Deutschland verantwortlich (vgl. Bundesstiftung Baukultur: 14; Die Bundesregierung 2021: 14). Daher wurde mit Beschluss der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie in den Anforderungen an nachhaltiges Bauen unter anderem festgelegt, Ressourcen zu schonen und den Flächenverbrauch zu reduzieren (vgl. Die Bundesregierung 2021: 14). Eine vorrangige Innenentwicklung wurde auch im Baugesetzbuch (§1 Abs. 5 BauGB) festgelegt. Damit sollen nicht nur die noch vorhandenen Freiflächen im Außenbereich geschützt, sondern durch die bauliche Verdichtung der vorhandenen Gebäudestruktur auch lebendige Ortskerne und starke Gemeinschaften befördert werden (vgl. Dettweiler et al. 2020: 259f.). Aufgrund der komplexeren Planungsprozesse ist die Bestandsentwicklung in den Innerorten in der Umsetzung jedoch oftmals schwieriger als der Neubau außerhalb (ebd.). Denn viele Bestandsgebäude in den (historischen) Ortsmitten sind ortsbildprägend und stehen unter Denkmalschutz.

Für den Umgang mit diesen Leerständen gibt es zahlreiche Ansätze. Martina Dettweiler und ihre Kolleg:innen (2020: 262) untersuchen zunächst, ob die Beteiligung und Sensibilisierung der Bevölkerung für das Thema Innenentwicklung auch zu konkreten Umsetzungshandlungen führen. Die Autor:innen der Studie „Neues aus kleinen Städten und großen Dörfern“ (Wüstenrot Stiftung 2019: 81) sehen die unterschiedlichen Gebäudeleerstände in Kleinstädten und Dörfern als Freiräume, in denen sich vielfältige Lebenssituationen entwickeln können. Das *Netzwerk Zukunftsorte* (2022: 73) setzt sich für die Aktivierung sogenannter *Zukunftsorte* ein und stellt in seiner Publikation dar, wie Leerstände durch den engagierten Einsatz zivilgesellschaftlicher Akteur:innen zu Impulsorten werden können (siehe 2.5). Viele dieser *Zukunftsorte* streben eine gemeinwohlorientierte Projektentwicklung an, in der einerseits die Wirkung vor die Gewinnmaximierung gestellt und andererseits wird auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen eingegangen wird (vgl. Netzwerk Zukunftsorte 2022:24).

Ländliche Räume sind sowohl mit positiven Aspekten, wie zum Beispiel dem regionalen Wirtschaften und einer nachbarschaftlichen Unterstützungskultur, als auch mit negativen Aspekten, wie zum Beispiel konservativen Haltungen und Neubausiedlungen voller Einfamilienhäuser, besetzt (vgl. Hübler 2022: 201). In Hinblick auf die fortschreitende Urbanisierung wird jedoch prognostiziert, dass bis zum Jahr 2030 der Großteil der deutschen Bevölkerung in Städten leben wird und nur noch knapp über 21 % in ländlichen Räumen (vgl. ZEIT-Stiftung 2022: 12). Um der Abwanderung etwas entgegenzusetzen, und im Umkehrschluss die Städte zu entlasten, dürfen sich Arbeitsmöglichkeiten, Versorgungsangebote und Wohlstand nicht zu sehr in die Ballungszentren verlagern (vgl. ZEIT-Stiftung 2022: 3). Mit den gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte hat sich allerdings auch in den ländlichen Räumen einiges getan und neben modernisierten technischen Infrastrukturen haben sich vielerorts zum Beispiel auch Sport-, Musik-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen entwickelt, die von lokalen Vereinen getragen werden (vgl. Henkel 2020: 93). Außerdem haben sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr Menschen aufgemacht, neue Visionen für ländliche Räume zu entwickeln – gern bezeichnet als „Pionier:innen“ (vgl. ZEIT-Stiftung 2022: 11; auch Faber & Oswalt 2013).

„Je mehr Menschen unterschiedlichen Alters, in unterschiedlichen Lebenssituationen mit unterschiedlichen Einkommensmöglichkeiten in einem Ort leben, desto flexibler ist er im Umgang mit Wandel. Die Vielzahl an Lebensweisen und Ideen, Aktivitäten und Haltungen, die ein Ort bereithält, ist Basis für eine lebendige Zukunftsvision.“, schreiben Sabine Rabe und ihre Kolleg:innen (Wüstenrot Stiftung 2019: 81). Damit das funktioniert, wird

zunehmend nach einer gemeinwohlorientierten Stadt- beziehungsweise Ortsentwicklung gerufen: „Bezahlbarer Wohnraum für alle, gemischte Quartiere für Jung und Alt, vielfältige soziale und kulturelle Angebote“ (BBSR 2020: 6). Im Gemeinwohl geht es um Werte wie „Solidarität, Gemeinschaft, Selbstwirksamkeit und Teilhabe“ (ebd.: 70). Im Fachforum 24 des *Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2022* wurde festgestellt, dass sowohl die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von gemeinwohlorientierter Leerstandsentwicklung gesehen wird als auch eine Offenheit dieser gegenüber vorhanden ist (vgl. zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de). Denn zu einer Zeit, in der Ressourcen immer knapper werden, müssen Entwicklungskonzepte nicht nur gemeinschaftlich erarbeitet, sondern auch getragen werden (vgl. ZEIT-Stiftung 2022: 47). Daher braucht es Orte, an denen Menschen, unabhängig von Herkunft, Religion und wirtschaftlichem Status, zusammenkommen können (ebd.). Trotzdem finden Lösungen des sozial-ökologischen Klimaschutzes, die Suffizienz-orientierte Wirtschaftsweisen möglich machen, derzeit noch zu wenig Beachtung und werden teilweise sogar durch politische Strukturen gehemmt (vgl. Hübler 2022: 201). Damit Gemeinwohl zukünftig nicht bloß ein Begriff bleibt, muss es „durch das praktische Handeln vieler“ manifestiert werden (vgl. BBSR 2020: 70).

In der Praxis muss jede Region ihren eigenen Weg finden, die eigenen Potenziale und Herausforderungen zu erkennen, und ihre Bürger:innen an diesem Prozess beteiligen (vgl. ZEIT-Stiftung 2022: 27). Gerhard Henkel (2020: 94) unterstreicht diese Meinung mit seiner Aussage „Jedes Dorf, jede Kleinstadt ist ein Unikat“. Daher ist es wichtig, dass Kommunen und Bürger:innen gemeinsam Schwerpunkte setzen und ein lokalspezifisches Leitbild für ihren Ort entwickeln (ebd.). Dass die Menschen vor Ort am besten wissen, was sie in ihrer Region brauchen, wurde in der Politik längst erkannt und so wird der Beteiligung der Bürger:innen nicht nur im Land Baden-Württemberg ein hoher Stellenwert zugeschrieben (vgl. Baden-Wuerttemberg.de 2023), sondern wird zum Beispiel auch mit einem Bottom-Up-Ansatz im europäischen Förderprogramm LEADER verfolgt (vgl. Tropf 2023: 14). Oftmals geht es bei dem Thema Beteiligung jedoch vor allem um die Partizipation im Vorfeld politischer Entscheidungen – in anschließenden Umsetzungskonzepten findet dann nur noch selten eine Einbindung der Bürger:innen statt (vgl. Abt 2022: 251). In klassischen Beteiligungsprozessen werden von Bürger:innen zwar viele Ideen generiert, doch oftmals fragen diese sich später zu Recht, was nun mit ihren Ideen und Wünschen passiert.¹ Dabei könnten solche Formen der aktiven Beteiligung und des gemeinsamen Schaffens die Entwicklung eines „lokalen Gemeinschaftssinns“ befördern, der wiederum positiven Einfluss auf das bürgerschaftliche Engagement vor Ort sowie die Zufriedenheit der Bevölkerung hat (vgl. Dettweiler et al. 2020: 262).

Dabei gilt zu beachten, dass sich Beteiligungsprozesse und bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen, von denen in urbanen Räumen unterscheiden (vgl. Freise 2022: 194). „Gerade in den ländlichen Räumen haben Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement eine lange Tradition und tragen wesentlich zur Sicherung der Daseinsvorsorge, zum Erhalt des Miteinanders und zur Lebensqualität bei.“ heißt es im Bericht des Bundesministeriums zu gleichwertigen Lebensverhältnissen (vgl. BMI 2019: 15). Auch Freise spricht davon, dass bürgerschaftliches Engagement im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge eine wichtige Rolle spielt (vgl. Freise 2022: 194). Bürgerschaftliches Engagement ist allerdings nicht unbegrenzt oder steht durchgehend zur Verfügung. Daher müssen die Kommunen ihren Bürger:innen unterstützend zur Seite stehen und Engagement fördernde Rahmenbedingungen schaffen (vgl. Bayer et al. 2021: 13). Dies kann bis hin zu Formen der

¹ eigene Beobachtung im Forschungspraktikum

Koproduktion führen, wo politische, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteur:innen gemeinsam handeln, um zum Beispiel öffentliche Angebote zur Verfügung zu stellen oder aufrecht zu erhalten (vgl. Abt 2022: 252).

1.2 Motivation

Die gemeinwohlorientierte Entwicklung von Leerständen kann als Chance verstanden werden, kreative Begegnungsorte zu schaffen und ländliche Räume wieder zu attraktiven Lebens- und Arbeitsorten zu machen. Gemeinwohlorientierte Projekte wirken Resilienz fördernd, indem sie (a) leerstehende Gebäude oder sogar ganze Ortsmitten neu beleben, (b) die Einrichtungen der Daseinsvorsorge ergänzen und (c) als alltägliche Treffpunkte dienen, in denen neue (Lösungs-)Ideen entstehen und kooperativ bearbeitet werden können.

Bei der Tagung *Das neue Bild vom Land* der *Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg* im Herbst 2022 ging es sowohl darum, (Raum)Wissen zu erwerben und zu teilen, als auch darum, wie dieses Wissen lokalspezifisch angewendet und umgesetzt werden kann (vgl. Malburg-Graf & Meyer 2023: 19). Im Rahmen der bei der Tagung stattfindenden Impulsvorträge stellte Marc Redepening unter anderem die Frage, „unter welchen Voraussetzungen sich Menschen für die Zukunftsgestaltung in ihren Orten einsetzen“ (ebd.: 20). Daran anschließend habe ich mich gefragt, welche Alternativen es in ländlichen Räumen für sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Ortsentwicklungen gibt und wie wir solche Prozesse als Planende unterstützen können. Mit meiner Arbeit möchte ich sogenanntes Handlungswissen (vgl. Malburg-Graf & Meyer 2023: 19, nach Hofmeister & Kanning) generieren und herausfinden, was es braucht, um leerstehende Gebäude in ländlichen Räumen zu revitalisieren und in gemeinwohlorientierte Begegnungsorte umzunutzen.

Schnell bin ich dabei auf das *Netzwerk Zukunftsorte* gestoßen, das immer wieder präsent ist, wenn man sich auf die Onlinerecherche begibt oder sich die Redebeiträge von Tagungen zu dem Thema anschaut. Das *Netzwerk Zukunftsorte* begleitet sowohl zivilgesellschaftliche Gruppen als auch Kommunen bei der Revitalisierung leerstehender Gebäude in ländlichen Räumen und bereitet das gesammelte Wissen auf seiner Website sowie, zum Beispiel, in der hier vorgestellten Publikation auf (siehe 2.5). Bisher stammen die Erfahrungen allerdings hauptsächlich aus dem Nordosten Deutschlands, wo der Verein seinen Ursprung hat. Lassen sich die vielen Werkzeuge und Empfehlungen des *Netzwerk Zukunftsorte* genauso in den ländlichen Räumen in Baden-Württemberg anwenden? Wie relevant ist in dieser Region das Thema der Leerstandsentwicklung und Revitalisierung von Ortsmitten? Und auf welche Dinge kommt es in einem Bundesland, das sich selbst als „Musterland von lebendiger Demokratie und Bürgerbeteiligung“ (vgl. Baden-Wuerttemberg.de 2023) bezeichnet, an, wenn es um die Umsetzung gemeinwohlorientierter Projekte durch bürgerschaftliches Engagement geht? Da es zu dieser Art von Leerstandsentwicklung in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg bisher kein wissenschaftliches Material gibt, habe ich mich nach dem Definieren einer konkreten Forschungsfrage im folgenden Abschnitt, zunächst auf deutschlandweite Forschungsergebnisse und Methodenansätze konzentriert, um dann über leitfadengestützte Interviews mit Expert:innen aus Baden-Württemberg regional gültige Handlungsempfehlungen herauszuarbeiten und diese mithilfe wissenschaftlicher Literatur zu diskutieren.

1.3 Forschungsfrage

Ein Ziel dieser Forschungsarbeit ist es, die gemachten Erkenntnisse anschließend zurück in die Praxis zu übertragen und Planenden einen Überblick zu geben, wie sie Projektentwicklungen begleiten können, bei denen eine gemeinwohlorientierte Revitalisierung von Gebäudeleerständen im Fokus steht. Als Planende stehen wir in der Orts- und Leerstandsentwicklung zwischen verschiedenen Akteursgruppen: den Bürger:innen, der (kommunalen) Verwaltung, den Gemeinderäten, den Eigentümer:innen, den Investor:innen, den Fördermittelgebenden, den Trägern sozialer Einrichtungen, verschiedenen privaten Organisationen sowie den ortsansässigen Unternehmen aus der Privatwirtschaft. Unterschiedliche Fragestellungen zielen auf die verschiedenen Perspektiven, wobei die Bürger:innen-Perspektive jedoch im Mittelpunkt dieser Arbeit steht. Daher lautet die leitende Forschungsfrage:

- **Wie können Bürger:innen befähigt und dabei unterstützt werden, leerstehende Gebäude mit langfristig tragfähigen und gemeinwohlorientierten Konzepten neu zu beleben?**

Zunächst einmal gilt zu klären, welche Chancen eine Leerstandsentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement für die Gemeinde bringt und welche Rahmenbedingungen von kommunaler Seite gegeben sein müssen, damit Bürger:innen sich engagieren. Um Projekte langfristig tragen zu können und nachhaltige Strukturen zu schaffen, ist es außerdem wichtig sich mit den verschiedenen rechtlichen Organisationsformen, möglichen Förderprogramme und alternativen Finanzierungsmodellen auseinanderzusetzen.

Im Zuge der Grundlagenrecherche haben sich außerdem zwei untergeordnete Fragestellungen ergeben, die für die Einordnung in den regionalen Kontext der Arbeit wichtig sind:

- Welche Relevanz hat die gemeinwohlorientierte Leerstandsentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg?
- Wie übertragbar sind die Erkenntnisse von Konzepten, wie beispielsweise den vorgestellten *Zukunftsorten*, aus nordostdeutschen Bundesländern nach Baden-Württemberg?

2 Forschungsstand

Durch Begriffsbestimmungen zu Gemeinwohlorientierung, Leerstandsentwicklung und bürgerschaftliches Engagement sowie durch räumliche Zuweisungen ländlicher Räume in Baden-Württemberg wird die zu untersuchende Forschungsfrage eingegrenzt. Grundlage der Theoriebildung sind Ansätze aus der aktuellen Forschung, die sich mit Aspekten der ökologischen Nachhaltigkeit im Sinne von Bestandserhalt und Umbaukultur beschäftigen, die sich mit der Bedeutung ländlicher Räume auseinandersetzen und, die untersuchen wie Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement funktionieren. Eine weitere Stütze dieser Arbeit basiert auf dem Konzept der Zukunftsorte.

2.1 Inhaltliche und räumliche Eingrenzung

2.1.1 Gemeinwohlorientierung

Die aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen führen dazu, dass unter anderem im Bereich der Stadtentwicklung das Thema Gemeinwohl wiederentdeckt wird (vgl. BBSR 2020: 6). Dabei geht es beispielsweise um „bezahlbaren Wohnraum, gemischte Quartiere für Jung und Alt [sowie] vielfältige soziale und kulturelle Angebote“ (ebd.). Orte des Gemeinwohls werden oftmals von aktiven Bürger:innen selbst betrieben und bieten „inklusive Treffpunkte“, die einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge leisten (ebd.). Um Gebäude langfristig der Allgemeinheit zugänglich zu machen und sie somit „dem Gemeinwohl zu widmen“, werden alternative Eigentumsmodelle entwickelt (ebd.). Es geht dabei um mehr als rein wirtschaftliche und renditeorientierte Aspekte (vgl. BBSR 2020: 7). Im Gemeinwohl geht es nicht darum, bis zum letzten Punkt für das „Wohl aller“ zu sorgen (ebd.). Denn in einer vielfältigen Gesellschaft wäre es gar nicht möglich, die Interessen und Bedürfnisse aller Menschen zugleich zu bedienen (ebd.). Der Begriff des Gemeinwohls bekommt dadurch eine gewisse Unschärfe, die im „Glossar zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung“ des Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2020: 7f.) jedoch als Chance zur Diskussion und zum Austausch gesehen wird. Genauso wie unsere Gesellschaft verändert sich auch das Verständnis von Gemeinwohl und ein kontinuierliches Aushandeln und Abgleichen der Perspektiven könnte letztendlich den Zusammenhalt stärken (ebd.). Was unter dem Begriff des Gemeinwohls verstanden wird, ist daher immer eine Frage des Blickwinkels (vgl. BBSR 2020: 70). Für den BBSR steht jedoch fest, dass es dabei um „Werte wie Solidarität, Gemeinschaft, Selbstwirksamkeit und Teilhabe“ geht (ebd.). Im Bericht des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) (2019: 118) zu gleichwertigen Lebensverhältnissen werden als Indikatoren für Gemeinwohlorientierung „ein solidarisches und hilfsbereites Miteinander, die Achtung sozialer Regeln sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben“ genannt. Im Fazit zur Tagung *Das neue Bild vom Land* wird Gemeinwohl als das Gegenstück zu „individuellem Nutzen“ im Bereich von Governance-Prozessen verstanden (vgl. Malburg-Graf et al. 2023: 109f.).

Der Begriff des Gemeinwohls als „Wohl der Allgemeinheit“ ist an mehreren Stellen im bundesweiten Deutschen Recht verankert und auch in einigen regionalen Verordnungen oder Verfassungen wird auf das Gemeinwohl beziehungsweise das Wohl der Allgemeinheit verwiesen (vgl. BBSR 2020: 9). Im Artikel 14 des Grundgesetzes heißt es „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich *dem Wohle der Allgemeinheit dienen.*“ (Abs. 2) und „Enteignung ist *nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.* [...]“ (Abs. 3). Im Baugesetzbuch §1 Absatz 5 werden nicht nur „soziale, wirtschaftliche und umweltschützende Anforderungen“

an die städtebauliche Entwicklung gestellt, sondern es heißt auch, dass „eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung [zu] gewährleisten“ ist. Seit Ende 2020 ist der Begriff des Gemeinwohls außerdem in der *Neuen Leipzig-Charta* verankert (siehe Abb. 1).

„Kommunen sollten im Interesse der Allgemeinheit handeln und dementsprechend gemeinwohlorientierte Dienstleistungen und Infrastrukturen zur Verfügung stellen. Diese sollten inklusiv, bezahlbar, sicher und für alle verfügbar sein. Dazu zählen auch die am stärksten gefährdeten und benachteiligten Gesellschaftsgruppen sowie insbesondere diejenigen, die in schrumpfenden und abgelegenen Städten und Gemeinden leben. Unter gemeinwohlorientierte Dienstleistungen und Infrastrukturen fallen Gesundheitsversorgung, soziale Dienstleistungen, Bildung, kulturelle Angebote, Wohnen, Wasser- und Energieversorgung, Abfallwirtschaft, öffentlicher Nahverkehr sowie digitale Informations- und Kommunikationssysteme. Wichtig sind zudem hochwertige öffentliche Räume sowie grüne und blaue Infrastrukturen, ebenso wie der Erhalt und die Revitalisierung des baukulturellen Erbes. Dafür ist es notwendig, die Kompetenzen und Leistungen aller Stadtentwicklungsakteure mit Strategien und Instrumenten weiterzuentwickeln und so ihre Handlungsfähigkeit zu stärken. Eine gute Stadtentwicklungspolitik ist in der Lage, öffentliche, wirtschaftliche und private Interessen in Einklang zu bringen.“
aus „Neue Leipzig-Charta“ (BMI 2020: 8)

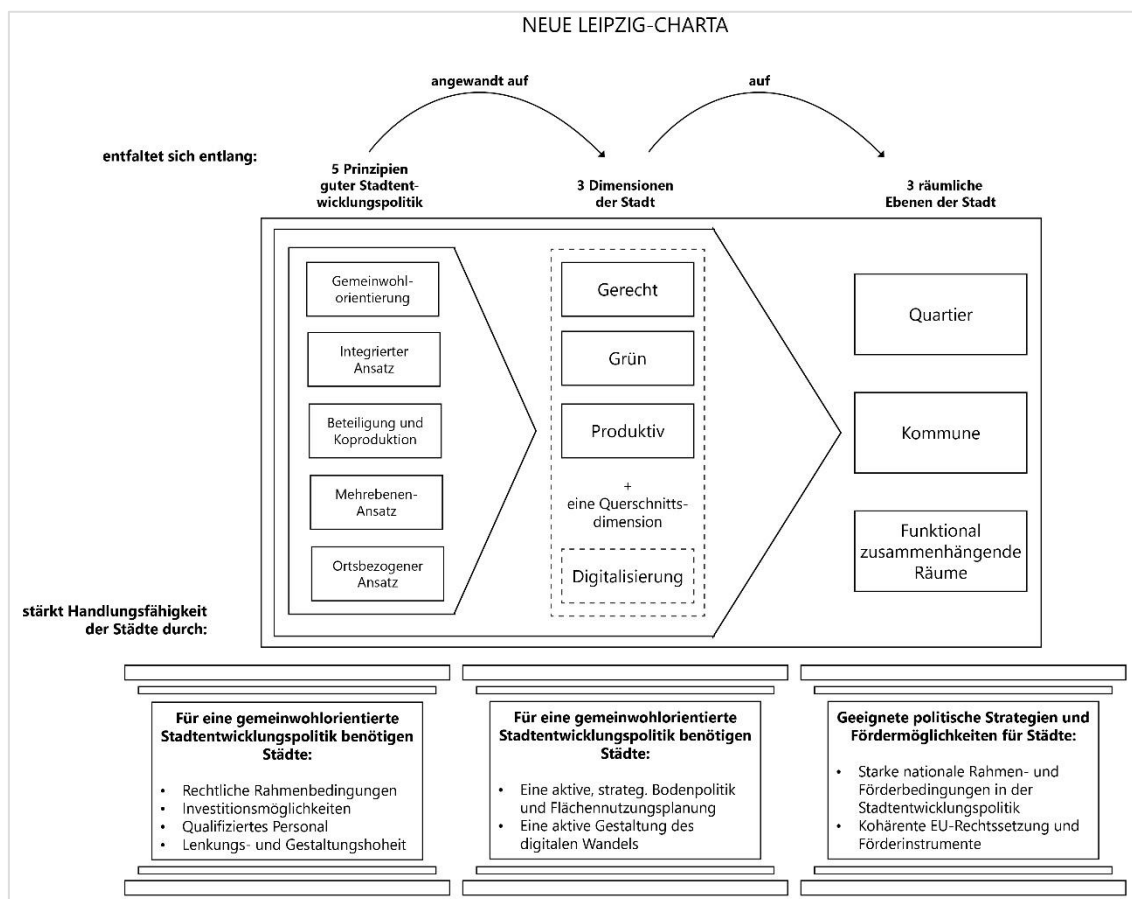


Abb. 1: Neue Leipzig Charta (Quelle: BMI)

Im Begründungsteil zur Freiraumsicherung und Freiraumnutzung des *Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg 2002* (LEP) wird der Begriff Gemeinwohl zwar an einer Stelle verwendet, es wird allerdings nicht darauf eingegangen, welchem Verständnis der Begriff an dieser Stelle unterliegt: „Während die klassische Produktionsfunktion durch

die Globalisierung der Agrar- und Lebensmittelmärkte stark an Bedeutung verloren hat, haben sich für die Land- und Forstwirtschaft *neue wichtige Aufgaben für das Gemeinwohl* ergeben.“ (WMBW 2002: B58).

Angelehnt an die vorgestellten Definitionen von Gemeinwohl, definiere ich im Rahmen dieser Arbeit gemeinwohlorientierte Projekte in ländlichen Räumen als Projekte, aus denen nicht bloß die Betreibenden einen Nutzen ziehen, sondern die einen Beitrag für die gesamte Gemeinde leisten. Gemeinwohlorientierte Projekte bieten beispielsweise offene Treffpunkte und Begegnungsorte für alle interessierten Menschen, stellen Räumlichkeiten für (nicht-)organisierte Gruppen zur Verfügung, kuratieren Veranstaltungen verschiedenster Art, bieten lokalen Produzent:innen eine Vertriebsplattform oder ergänzen weitere Angebote der Daseinsvorsorge vor Ort. Gemeinwohlorientierte Angebote sollten für alle Menschen zugänglich und nutzbar sein. Gemeinwohlorientierte Projekte sollten allen Menschen, die Lust haben sich aktiv einzubringen und sich zu beteiligen, die Möglichkeit dazu geben. Gemeinwohlorientiert bedeutet dabei nicht, dass alle Angebote jederzeit unentgeltlich und kostenfrei zur Verfügung stehen. Gemeinwohlorientiert bedeutet außerdem nicht, dass Projekte rein und ausschließlich dem Gemeinwohl gewidmet sind.

2.1.2 Leerstandsentwicklung

Mit Leerstand sind zunächst „ungenutzte oder unvermietete Gebäude aus privatem oder öffentlichem Eigentum“ (Statista Research Department 2023) gemeint. Dies können Gebäude diverser Bauart und Bauzeit sein. Sie können sich sowohl im Innenbereich (BauGB § 34) als auch im Außenbereich (BauGB § 35) eines Ortes befinden. Immobilienleerstände können aufgrund verschiedenster Ursachen entstehen (vgl. Statista Research Department 2023). Seit der Wende im Jahr 1989 haben insbesondere die sogenannten Neuen Bundesländer mit strukturellen Leerständen zu kämpfen (ebd.). In den ländlichen Räumen spielen außerdem der demografische Wandel sowie steigende Lebenshaltungskosten eine wichtige Rolle (ebd.). Leerstehende Immobilien werden in verschiedenen Teilmärkten zusammengefasst, wobei die Statistiken der Plattform *Statista* in erster Linie Wohnungs- und Büroleerstände abbilden (siehe Statista Research Department 2023).

Mit Leerstandsentwicklung ist im Rahmen dieser Arbeit in erster Linie die Revitalisierung leerstehender Gebäude durch die Unterbringung eines nachfolgenden Nutzungskonzeptes gemeint. Dabei kann es sich um Nutzungskonzepte mit ähnlichen Funktionen wie in der Vornutzung handeln oder um Umnutzungskonzepte, bei denen andere Funktionen in einem Gebäude untergebracht werden als beispielsweise historisch vorgesehen.

Laut dem *Netzwerk Zukunftsorte* (2022: 43) finden viele der „kreativen Macher:innen“ von *Zukunftsorten* insbesondere scheinbar schwer zu vermittelnde Immobilien spannend, die von anderen bereits als „Schrottimmobilien“ abgestempelt werden, weil sie bereits stark verfallen sind oder aus anderen Gründen als „hoffnungslose Fälle“ erscheinen. Die neuartigen und oft visionären Nutzungskonzepte für Impulsorte sind so vielseitig und flexibel, dass es sich lohnt, alle Arten leerstehender Gebäude in den Blick zu nehmen (ebd.). Das Netzwerk glaubt daran, dass sich mit dem richtigen Willen, und bei Bedarf mit professioneller Unterstützung von außen, auch herausfordernde Leerstände reaktivieren lassen (ebd.). Um dem Thema Leerstand ein positives Narrativ zu verleihen, wurde bei der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen 2012-2023 der Begriff *LeerGut* verwendet, womit leerstehende Gebäude jeglicher Art als wichtige Ressource gekennzeichnet werden (vgl. LeerGut-Agenten 2019: 1).

2.1.3 Bürgerschaftliches Engagement

Die Einbindung der Bürgerschaft in kommunale Prozesse und bürgerschaftliches Engagement liegen nicht erst seit jüngerer Zeit im Trend, sondern waren bereits Ende der 1990er-Jahre „zunehmend in“ (vgl. Bogumil & Vogel 1999: 7). Auch der Begriff der „Bürgerkommune“ ist zu dieser Zeit schon gefallen (ebd.: 10). Ähnlich wie der Gemeinwohlbegriff wird der Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ viel diskutiert und auf ebenso viele Arten und Weisen verwendet (vgl. Bogumil & Holtkamp 1999: 13). Bei bürgerschaftlichem Engagement geht es um die aktive „individuelle Selbstentfaltung und soziale Verantwortung“ der Bürger:innen innerhalb ihrer Kommune, schreiben Jörg Bogumil und Jens Holtkamp (1999: 13). Im Gegensatz zu formellen Beteiligungsprozessen, handelt es sich in der Regel um freiwillige Formen der Beteiligung (ebd.: 17). Personen oder Gruppen, die bürgerschaftliches Engagement zeigen, können sowohl eine Mitgestaltungs- als auch eine auftraggebende Rolle gegenüber der Kommunalverwaltung einnehmen (vgl. Bogumil & Holtkamp: 16ff.).

Bürgerschaftliches Engagement wird in Deutschland bereits lange praktiziert und nimmt vor allem im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge einen wichtigen Platz ein (vgl. Freise 2022: 195). Zu den Einrichtungen und Diensten, die unter anderem durch bürgerschaftliches Engagement betrieben werden, zählen beispielsweise die freiwilligen Feuerwehren, Sportvereine, Angebote für ältere Menschen sowie für Kinder- und Jugendliche oder auch die Versorgung geflüchteter Menschen (ebd.). Meist findet dabei eine enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft statt (ebd.). Üblicherweise übernehmen die Kommunen, zum Beispiel mit Mitteln von Bund und Ländern, einen Großteil der Finanzierung und sind koordinierend tätig, schreibt Matthias Freise (2022: 195). Zivilgesellschaftliche Gruppen, Vereine oder soziale Träger sehen sich für die Umsetzung und Durchführung verantwortlich (ebd.). Innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte hat sich der Fokus auf bürgerschaftliches Engagement als wichtige Stütze der kommunalen Verwaltung nochmal verstärkt und insbesondere für die ländlichen Räume wurden hier weitere Programme zur Förderung von Engagement-Strukturen geschaffen (vgl. Freise 2022: 195; auch Malburg-Graf 2020: 304). Dass bürgerschaftlichem Engagement in ländlichen Räumen eine größere Bedeutung zugesprochen wird als in städtischen liegt erstens daran, dass viele Dienste der Daseinsvorsorge darauf aufbauen und sich das soziale Leben der Bürger:innen viel mehr in zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie zum Beispiel Sport- und Musikvereinen, abspielt (vgl. Freise 2022: 203). Zweitens verlassen sich die Menschen in ländlichen Räumen, laut Freise (2022: 204), weniger auf die Erfüllung der Daseinsvorsorge durch den Staat und ergreifen häufiger die Eigeninitiative. Er sieht bürgerschaftliches Engagement daher als einen „elementaren Baustein“ der Lebensqualität in ländlichen Räumen (ebd.). Auch Barbara Malburg-Graf (2020: 305) beschreibt die lange Tradition von bürgerschaftlichem Engagement in ländlichen Räumen und bezeichnet es als „das Rückgrat ländlicher Gemeinden“.

„Bürgerschaftliches Engagement gilt als Kompensationsversprechen für den zunehmend an seine Grenzen stoßenden Staat und wird zudem als zentraler Integrationsmotor und Produzent von sozialem Kapital diskutiert, das wiederum als Grundlage für das demokratische Zusammenleben gesehen wird“
Tuuli-Marja Kleiner & Andreas Klärner (2019: 574, in Freise 2022: 195)

2.1.4 Ländliche Räume (in Baden-Württemberg)

Rainer Ningel (2020: 17) spricht vom ländlichen Raum als „ein naturnaher, von der Land- und Forstwirtschaft geprägter Siedlungsraum mit geringer Bebauungs- und

Bevölkerungsdichte und einer geringen Wirtschaftskraft, in dem zwischenmenschliche Beziehungen eine große Rolle spielen“. Bei der Definition ländlicher Räume ist jedoch darauf zu achten, dass es nicht den einen ländlichen Raum gibt, sondern viele verschiedene ländliche Räume mit unterschiedlichen Ausgangslagen und vorherrschenden Dynamiken (vgl. Belina et al. 2022: 19). Der Begriff sollte im wissenschaftlichen Diskurs daher im Plural verwendet werden (vgl. Freise 2022: 199). Offen ist noch, worin genau die Unterschiede der verschiedenen ländlichen Räume liegen, welche Ursachen sie haben und welche Folgen sie mit sich bringen (vgl. Belina et al. 2022: 19).

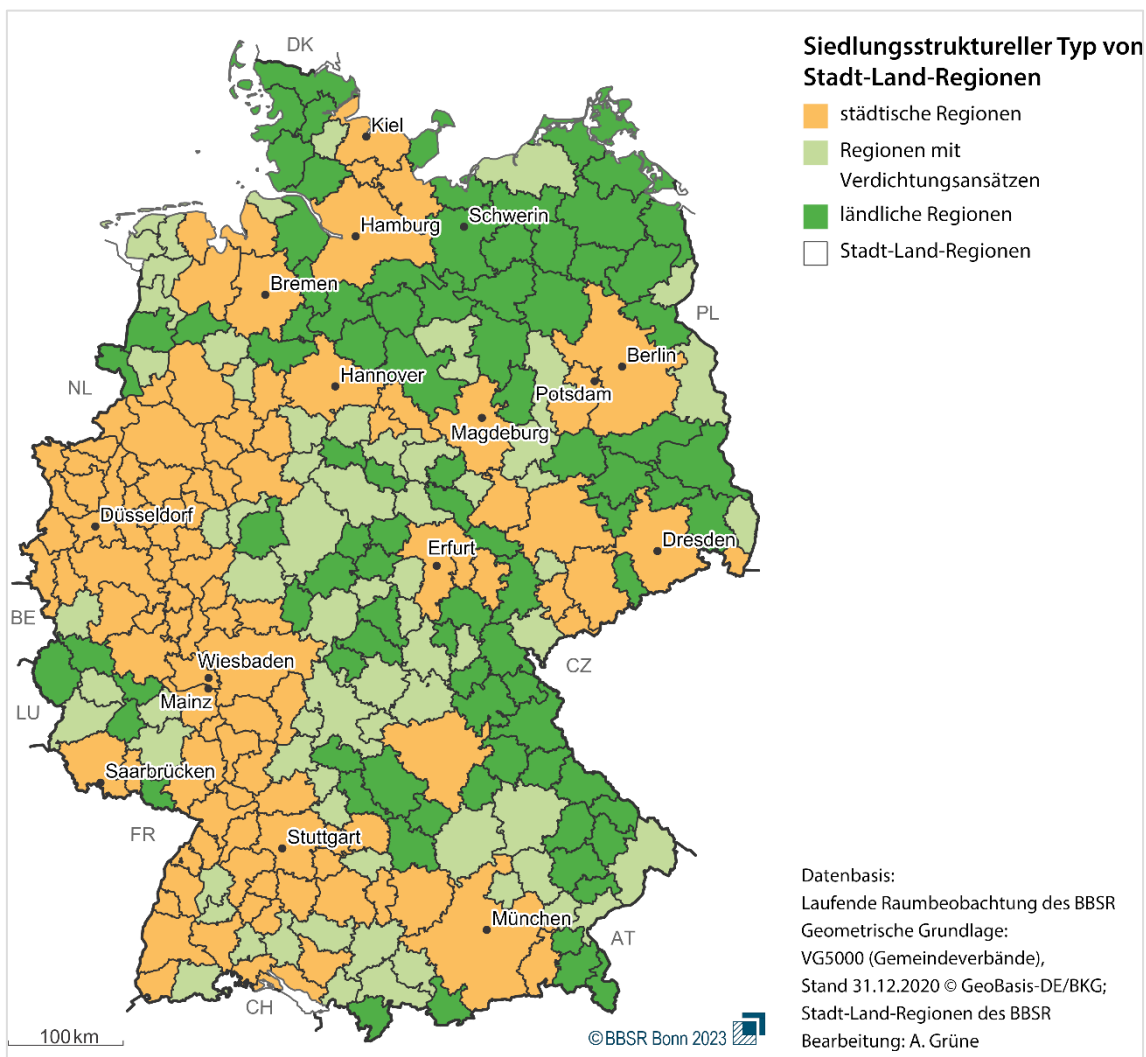


Abb. 2: Siedlungsstruktureller Typ von Stadt-Land-Regionen (Quelle: BBSR)

In der aktuellen Forschung werden hauptsächlich zwei Ansätze zur Definition ländlicher Räume in Deutschland verwendet. Dabei handelt es sich einerseits um die *Siedlungsstrukturellen Typen* des BBSR (o.D.) und andererseits um die Definition ländlicher Räume durch das Thünen-Institut (vgl. Küpper 2016). Die *Siedlungsstrukturellen Typen* des BBSR (o.D.) unterscheiden zwischen städtischen Regionen, Regionen mit Verdichtungsansätzen und ländlichen Regionen (siehe Abb. 2) und werden beispielsweise in der Wohnungsmarktbeobachtung eingesetzt. Die Typen werden aufgrund des Bevölkerungsanteils in Groß- und Mittelstädten, der Einwohnerdichte einer Stadt-Land-Region und der Einwohnerdichte einer Stadt-Land-Region ohne Berücksichtigung der Groß- und Mittelstädte gebildet (BBSR o.D.). Zu den ländlichen Regionen, auch bezeichnet als „dünn besiedelte Stadt-Land-Regionen“ zählen Regionen, in denen weniger als die Hälfte

der Bevölkerung in Groß- und Mittelstädten lebt und wo die Einwohner:innendichte, Groß- und Mittelstädte ausgenommen, bei unter 100 E./km² liegt (ebd.). Beim Blick auf die Karte (Abb. 2) wird deutlich, dass sich in Baden-Württemberg keine ländlichen Räume nach Definition des BBSR befinden. Ein großer Anteil der Regionen in Baden-Württemberg wird zu den städtischen Regionen gezählt, wo mindestens die Hälfte der Bevölkerung in Groß- und Mittelstädten lebt, oder wo die Einwohner:innendichte, ausgenommen der Groß- und Mittelstädte, bei mindestens 150 E./km² liegt (BBSR o.D.). Ein kleiner Anteil der Regionen in Baden-Württemberg fällt in die mittlere Sparte und zählt zu den Stadt-Land-Regionen mit Verdichtungsansätze (siehe Abb. 2).

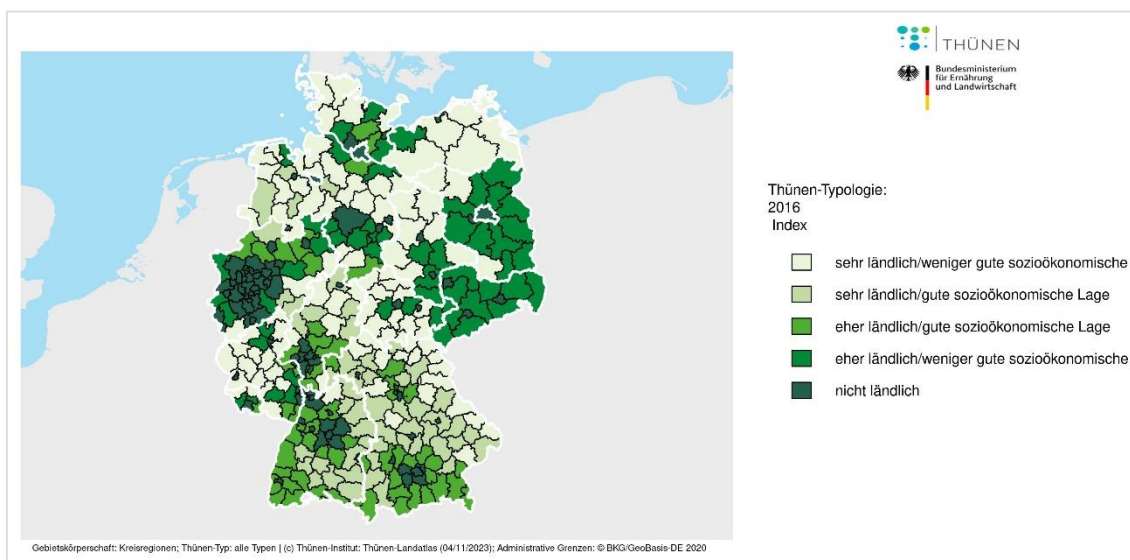


Abb. 3: Thünen-Typologie (Quelle: Thünen-Institut)

Patrick Küpper (2016: 4f.) und das *Thünen-Institut* haben zur Bestimmung der Dimension „Ländlichkeit“ fünf Indikatoren erarbeitet und festgelegt: Siedlungsdichte, Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Fläche an der Gesamtfläche, Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an allen Wohngebäuden, regionales Bevölkerungspotenzial, Erreichbarkeit großer Zentren. Kein Indikator für Ländlichkeit ist nach Definition des *Thünen-Instituts* die sozioökonomische Lage einer Region (vgl. Küpper 2016: i). Diese kann sich sowohl in ländlichen als auch nicht-ländlichen Räumen regional voneinander unterscheiden, weshalb das *Thünen-Institut* hierfür eine zweite Dimension entwickelt hat (ebd.: 12f.). Mit der Definition des *Thünen-Instituts* können Regionen in Deutschland somit auf erster Ebene nach Ländlichkeit und zusätzlich nach sozio-ökonomischer Lage eingeordnet werden (vgl. Küpper 2016). Bei Betrachten der Thünen-Typologie wird sichtbar, dass sie laut dieser Definition auch in Baden-Württemberg viele ländliche Räume befinden, diese sich aber mit einer guten sozio-ökonomischen Lage von den ländlichen Regionen im Nordosten Deutschlands abheben (siehe Abb. 3).

Für das Land Baden-Württemberg liegt eine weitere Bestimmung von Raumkategorien im Landesentwicklungsplan (LEP) 2002 vor, mit denen „den besonderen raumordnerischen Erfordernissen der unterschiedlich strukturierten Räume des Landes Rechnung getragen werden soll“ (WMBW 2002: 15). Die Raumkategorie „Ländlicher Raum“ wird hier untergliedert in Verdichtungsgebiete, womit „Stadt-Umland-Bereiche mit engen Verflechtungen und erheblicher Siedlungsverdichtung“ gemeint sind, und ländliche Räume „im engeren Sinne“, womit „großflächige Gebiete mit zumeist deutlich unterdurchschnittlicher Siedlungsverdichtung und hohem Freiraumanteil“ beschrieben

werden (ebd.). Mit Blick auf diese Darstellung (siehe Abb. 4) wird deutlich, dass das Land Baden-Württemberg für die eigene Entwicklungspolitik einen Großteil der landeseigenen Räume als ländliche Räume definiert, die meisten davon als „Ländlicher Raum im engeren Sinne“.

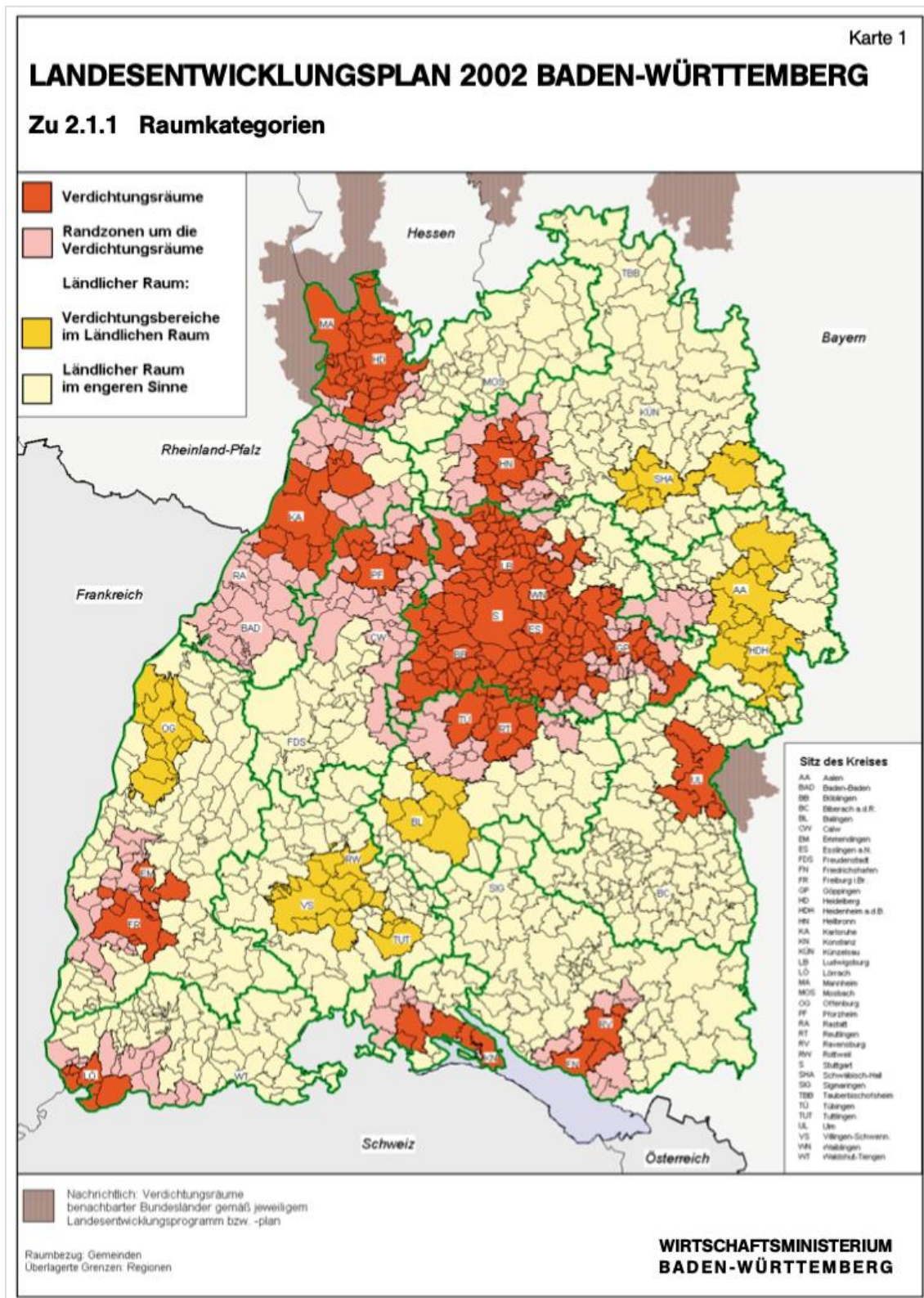


Abb. 4: Raumkategorien LEP 2002 (Quelle: Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg)

Zusätzlich wurden in der Studie „Stadt Land Zukunft“ der *ZEIT-Stiftung* (2022) vier qualitative Raumkategorien für ländliche Regionen erstellt. Eine Karte mit einer Zuordnung der Raumkategorien wurde nicht veröffentlicht, stattdessen werden die Regionen mit unterschiedlichen Eigenschaften beschrieben. Die vier aufgestellten Raumtypen sind: *Schwärmerstädtchen*, *Resiliente Landschaften*, *Globale Provinz* und *Multicodierte Regionen* (ebd.). Die meisten ländlichen Räume in Baden-Württemberg würden sich meinem Verständnis nach am ehesten der Raumkategorie *Globale Provinz* zuordnen. Zur *Globalen Provinz* zählen ländliche Regionen, in denen sich Einfamilienhaus-Siedlungen aneinanderreihen, Industriegebiete viel Raum einnehmen und von wo aus die sogenannten *Hidden Champions* produzieren und weltweit handeln (vgl. ZEIT-Stiftung 2022: 42). Hier geht es um Fragen des Wachstums und nachhaltiger Wirtschaft, um Wohlstand und Kreativität. In der *Globalen Provinz* sind einerseits die Werte Stabilität und Sicherheit vertreten, welche zu einem konservativen Festhalten alter Strukturen führen können. Andererseits wirken in den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) neben Wachstum und Wandel auch technische Innovationsleistungen (ebd.). So wie es nicht nur den einen ländlichen Raum, sondern viele verschiedene ländliche Räume gibt, muss auch jede Region ihren eigenen individuellen Weg finden und ihre Bürger:innen auf diesen Weg mitnehmen (vgl. ZEIT-Stiftung 2022: 27).

Für den Rahmen der vorliegenden Arbeit ist es in erster Linie wichtig, ein Bewusstsein dafür zu haben, dass ländliche Räume auf unterschiedliche Weise definiert werden und kontextabhängig zu betrachten sind. Da ich mich im Forschungsprozess hauptsächlich mit kommunalen Entwicklungsprozessen in Baden-Württemberg beschäftigt habe, orientiere ich mich zunächst an der landeseigenen Bestimmung des LEP 2002 (siehe Abb. 4).

2.2 Bestandserhalt und (Um)Baukultur

Insbesondere kleinere Kommunen in ländlichen Räumen haben mit dem Problem zu kämpfen, dass in den Außenbereichen weiter gebaut wird und weitere Flächen versiegelt werden, obwohl in den Ortsmitten mehr und mehr Leerstände zu verzeichnen sind (vgl. Malburg-Graf 2020: 305; siehe auch *Donut-Effekt* im Baukulturbericht 2016/17). Statt leerstehende Gebäude instand zu setzen und umzunutzen, werden in einigen ländlichen Gemeinden weiterhin Bauflächen ausgewiesen, um für neue Bewohner:innen sowie Gewerbe attraktiv zu sein und, um Einnahmen zu generieren (vgl. Abt et al. 2022: 12). Dabei wird längst lautstark darauf hingewiesen, dass die Baubranche für etwa die Hälfte des weltweiten energiebedingten CO₂-Ausstoßes verantwortlich ist und dringend ein Paradigmenwechsel zu einer Baukultur nötig ist, in der Umbau das neue Leitbild darstellt (Bundesstiftung Baukultur 2023: 2 & 14). Die Bundesstiftung Baukultur fordert, dass die bestehenden Qualitäten vor Ort besser erkannt werden „und als Ausgangspunkt und Inspiration zur Weiterentwicklung nutzbar gemacht werden“ (ebd.). Es müsse verstanden werden, dass die Umnutzung von Bestand ein wichtiger Faktor für den Klimaschutz ist, da die meisten Emissionen der Baubranche nicht allein durch den Betrieb, sondern vor allem durch Herstellung und Rückbau entstehen (ebd.). Außerdem machen die Bau- und Abbruchfälle über die Hälfte aller deutschen Abfälle aus (abrisssmatorium.de o.D.). Bezüglich der Senkung der Treibhausgasemissionen hätte der Gebäudesektor sein Ziel noch lange nicht erreicht (ebd.).

„Kompakte Bestandsbauten verdienen eigentlich schon durch ihre bloße Nachnutzung ein Öko-Siegel, weil in ihnen sehr viel ‚graue Energie‘ steckt. Beim Abriss geht diese Energie verloren.“

Luis Scharnholtz (in Netzwerk Zukunftsorte 2022: 29)

Das *Netzwerk Zukunftsorte* (2022: 25) glaubt, dass so gut wie jede Art von Leerstand sich für neue Funktionen umnutzen lässt, neue gemeinschaftliche Wohnformen würden zum Beispiel immer beliebter und sogenannte *Co-Living*-Modelle könnten als Übergangslösung für Zuziehende dienen. Solche Projekte können mit einer flexiblen Grundrissgestaltung umgesetzt werden und tragen damit zu einer ressourcenschonenden Revitalisierung von Bestandsgebäuden bei (vgl. *Netzwerk Zukunftsorte* 2022: 25). Und nicht nur aufgrund der grauen Energie sieht die Bundesstiftung Baukultur (2022: 3) Bestandsgebäude als eine wichtige Ressource an, sondern auch „aus immateriellen, kulturellen Gründen“ – der sogenannten *goldenen Energie*. Eine steigende Anzahl deutscher Organisationen, Berufsverbände, Planungsbüros und Einzelpersonen hat zum Faktor Klimaschutz bereits Stellung, zum Beispiel in Form von Positionspapieren, bezogen und erkennt dabei den Bestandsumbau als einen wichtigen Faktor zur Erreichung der Klimaziele an (vgl. Bundesstiftung Baukultur 2022: 14). Gemeinnützige Initiativen und eine Vielzahl deutscher Architekt:innen fordern in einem offenen Brief, dem sogenannten Abriss-Moratorium, den Erhalt, die Sanierung und den Umbau bestehender Gebäude statt Abriss und Neubau (abrisssmoratorium.de o.D.). Sie sehen den „Gebäudebestand als wirksames Mittel“ gegen die Energie- und Klimakrise (ebd.). Jegliche Abbruchmaßnahmen sollten erst auf die „sozialen und ökologischen Umweltwirkungen“ geprüft werden und nur nach „Genehmigung unter der Maßgabe des Gemeinwohls“ abgerissen werden dürfen (ebd.). Um unnötige Abbruchmaßnahmen zu vermeiden, müsste die Politik klare Rahmenbedingungen schaffen und unter anderem den Erhalt von Gebäuden erleichtern und ökonomisch attraktiver gestalten (abrisssmoratorium.de o.D.). Auch die Bundesstiftung Baukultur (2022: 3) sieht in den Verwaltungsstrukturen und seitens rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einen dringenden Anpassungsbedarf, damit eine neue Umbaukultur funktionieren kann. Die Bundesstiftung Baukultur (2022: 3) fordert außerdem eine „ökologische, soziale und baukulturelle Verantwortung“, die von den Kommunen „gleichgestellt zu finanzieller Verantwortung“ wahrgenommen wird.

„Vielen Engagierten und Unternehmenden fehlt organisatorisches, bautechnisches und finanzielles Wissen zur Aktivierung von LeerGut. Innovative und gemeinwohlorientierte Projekte scheitern aber auch oft an mangelnder Flexibilität, Kapazität und Augenhöhe bei Politik, Verwaltung, Voreigentümern und Geldgebern.“
 LeerGut-Agenten (2019: 1)

2.3 Neue Visionen für ländliche Räume

Politik und Wissenschaft blicken seit einigen Jahren wieder fokussierter auf ländliche Räume – spätestens seit dem Ansturm aufs Land zu Zeiten der Corona-Pandemie zwischen 2020 und 2022 (siehe Abb. 5, folgende Seite). Dennoch steht die kritische Auseinandersetzung mit ländlichen Räumen in Deutschland erst am Anfang – ganz im Gegensatz zu den viel diskutierten städtischen Themen (vgl. Belina et al. 2022: 19). Dies könnte damit zusammenhängen, dass die Wissenschaft häufig in den urbanen Ballungszentren sitzt (vgl. Ningel 2020: 17ff.). Die Soziologin Annett Steinführer (2023: 22) kritisiert beispielsweise, dass sich insbesondere die empirische Sozialforschung in den letzten Jahrzehnten kaum für ländliche Räume interessiert habe. Oftmals werden die ländlichen Räume eher „stiefmütterlich behandelt und bewertet“ und in erster Linie als das Gegenüber der Städte dargestellt (vgl. Ningel 2020: 17). Besonders populär ist dabei die Unterscheidung der „strukturschwachen ländlichen Räume“ gegenüber den „wirtschaftsstarke städtischen Räumen“ (vgl. Kröhnert et al. 2020: 13). Insbesondere seit dem verstärkten Fokus auf das Thema des demografischen Wandels stehen in der Beschäftigung mit ländlichen Räumen,

die Defizite im Vordergrund (vgl. Ningel 2020: 17ff.). In jüngerer Zeit wird beispielsweise häufig von rückständigen, konservativen Lebenswelten und den negativen Effekten der engmaschigen sozialen Kontrolle berichtet (ebd.). Akteur:innen aus Wissenschaft und Politik sitzen in den städtischen Räumen und bieten aus einer überlegen wirkenden Position ihre Unterstützung an (ebd.). Rainer Ningel (2020) glaubt, dass die wahrgenommene Unzufriedenheit von Menschen in ländlichen Räumen vor allem durch diese Ungleichbehandlungen und eine fehlende Wertschätzung bedingt wird. Das bringt uns einerseits zu den Fragen nach Disparitäten ländlicher Räume – im Vergleich zu städtischen Räumen, aber auch untereinander (vgl. Belina et al. 2022: 9). Und andererseits zu der Diskussion um gleichwertige Lebensverhältnisse und was es eigentlich bedeutet, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen (vgl. Troeger-Weiß 2022). Wo früher versucht wurde, Stadt und Land gleichzusetzen, werden heute die Unterschiede der vielen verschiedenen Regionen in Deutschland anerkannt (ebd.).

„Unsere Städte und Regionen machen mit ihren Unterschieden die Vielfalt unseres Landes aus. Je nach Lebensphase und -perspektive bietet jeder Ort den Bürgerinnen und Bürgern verschiedene Möglichkeiten, ihr Leben zu gestalten und individuelle Interessen zu verwirklichen. Dazu gehören auch gute Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten. Den Menschen sollen keine Nachteile daraus entstehen, in einer bestimmten Region ihren Lebensmittelpunkt zu haben. Alle Kommunen, also Landkreise, Städte und Gemeinden, sollen deshalb in die Lage versetzt werden, attraktiv, lebenswert und wirtschaftlich erfolgreich zu sein, ihre Stärken weiterzuentwickeln und eine erreichbare Grundversorgung und Daseinsvorsorge sicherzustellen.“
aus „Unser Plan für Deutschland“ (BMI 2019: 9)

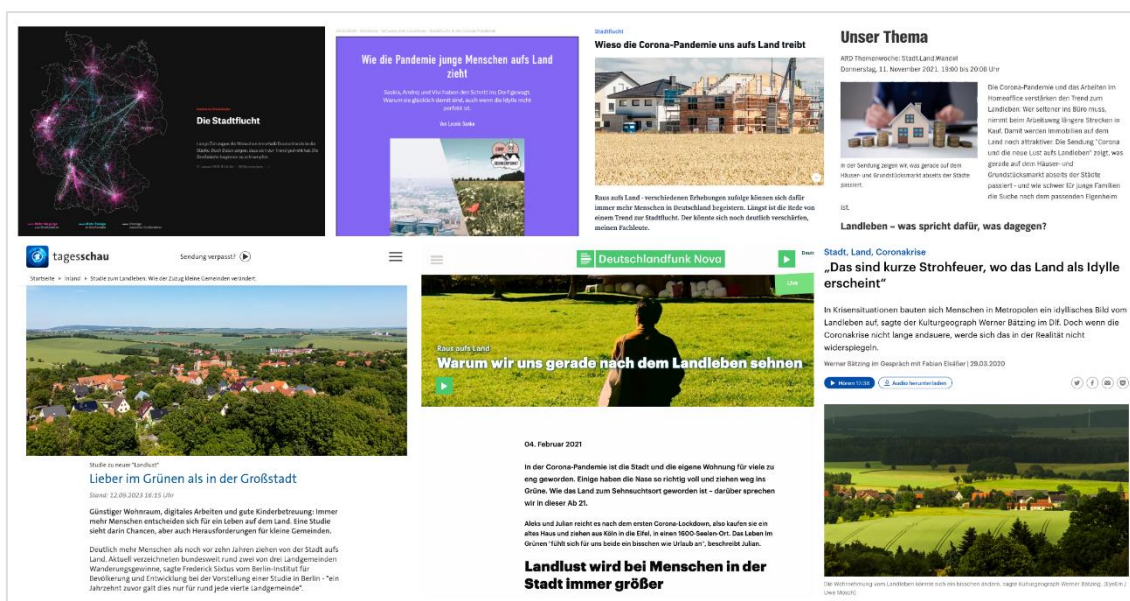


Abb. 5: Collage Zeitungsartikel (Quelle: eigene Darstellung)

Die zunehmende Urbanisierung und die sogenannte „Landflucht“ wird oftmals damit begründet, dass in ländlichen Räumen bestimmte Berufslaufbahnen nicht möglich sind und Kunst- und Kulturangebote vielerorts fehlen (vgl. Ningel 2020: 28). Über digitale Dienste und die Globalisierung sind Produkte zu jeder Zeit und von überall aus verfügbar (ebd.). Das führt unter anderem dazu, dass kleine Ladengeschäfte sich immer mehr zurückziehen und Gaststätten schließen, und es kommt zu einem Teufelskreis, wenn damit nicht nur die Lebensqualität der Menschen vor Ort, sondern auch die Standortqualität für potenzielle neue Gewerbe sinkt (ebd.). Rainer Ningel (2020: 28) sieht die Politik bereits mit verschiedenen

Bemühungen darauf reagieren, glaubt jedoch, dass „gut gemeint nicht immer gut getan“ ist. Das *Netzwerk Zukunftsorte* (2022: 28) spricht gleichzeitig allerdings davon, dass viele ländliche Regionen bereits eine hohe Lebensqualität aufweisen. Die Nähe zur Natur wird als ein hauptsächlicher Faktor hierfür genannt – während es im Bereich der sozialen Infrastruktur, bei Angeboten der Daseinsvorsorge sowie an offenen Treffpunkten mit gemischten Kultur-, Bildungs- und Freizeitangeboten nach wie vor häufig mangelt (ebd.: 33). Hier stellt sich die Frage nach der Definition von Lebensqualität und was die Lebensqualität in ländlichen Räumen ausmacht. Zur Messung objektiver Indikatoren gibt es hier bereits eine Vielfalt an Lösungsvorschlägen, doch wenn es um subjektives Wohlbefinden in ländlichen Räumen geht, besteht ein anhaltendes Forschungsdefizit (vgl. Steinführer 2023: 22). „Eine systematische und kontinuierliche Auseinandersetzung mit Lebensqualität in ländlichen Räumen fehlt bislang“, schreibt Annett Steinführer (2023: 22). Aufgrund der komplexen Messbarkeit subjektiver Faktoren bleibt das Verständnis von Lebensqualität in ländlichen Räumen daher „facettenreich“ und die Forschung hierzu wird, laut Steinführer (ebd.), vermutlich niemals abgeschlossen sein.

Beim Blick auf objektive Faktoren stehen die ländlichen Regionen in Süddeutschland deutlich besser da als Regionen im ostdeutschen Raum (vgl. Belina et al. 2022: 18). Während in vielen Diskussionen auf Bundesebene die strukturschwachen Regionen im Mittelpunkt stehen, zeichnen sich die ländlichen Räume in Baden-Württemberg überwiegend durch eine gute Wirtschaftslage aus (vgl. Birkmann 2023: 29). Zwar gelten viele der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen genauso für westdeutsche Bundesländer, doch weisen diese aufgrund ihrer Ausgangslagen und insbesondere aufgrund ihrer stärkeren Wirtschaftskraft eine bessere Resilienz im Umgang damit auf (vgl. Bayer et al. 2021: 18, nach BMI 2019). Bei der Betrachtung von Leuchtturmprojekten ist es daher wichtig, sich nicht zu stark auf überregionale Projekte zu konzentrieren, sondern vor allem regionalspezifische Projekte mit ihren lokalen Eigenschaften zu erfassen (vgl. Bayer et al. 2021: 17). Im Hinblick auf die, an Komplexität zunehmenden, Aufgaben der Ortsentwicklung sind kleinere Kommunen im Gegensatz zu Städten oft schlechter mit personellen und fachlichen Ressourcen ausgestattet (vgl. Malburg-Graf 2020: 304f.). Umso wichtiger wird neben den bereits etablierten Formen der Beteiligung, auch wieder das bürgerschaftliche Engagement (ebd.). Denn „die neueren, fachlich komplexen Anforderungen an eine nachhaltige Orts- und Regionalentwicklung in ländlichen Räumen [...] erfordern auch neue Entscheidungswege“ (ebd.: 315).

2.4 Von Beteiligung zu bürgerschaftlichem Engagement

Rainer Ningel (2020: 25) schreibt „die Globalisierung zerstört Bedingungen, unter denen sich soziale Kreativität entfalten kann, und verändert Gemeinschaften“ und spricht damit die Übersättigung und Überreizung des globalen und medialen Angebots an. „Sich den veränderten Lebensbedingungen anpassen muss jeder. Das kann man beklagen oder sich an der Gestaltung der Veränderung beteiligen.“ (ebd.). Vereine und Dorfkultur sieht er als mögliche Auswege, die soziale Kompetenz der Bewohner:innen zu stärken (ebd.). Des Weiteren können Menschen durch Beteiligung einen Teil ihrer Lebenswelt selbstgestalten, was als identitätsstiftend angesehen wird (Ningel 2020: 17, nach Martin & Wawrinowski 2014). Partizipative Prozesse, wie sie in gemeinwohlorientierten Projekten häufig Anwendung finden, stärken außerdem den Zusammenhalt, die Identifikation und Akzeptanz vor Ort und ermöglichen eine nachhaltige Entwicklung leerstehender Gebäude (vgl. *Netzwerk Zukunftsorte* 2022: 24). Auch Eva Wascher (2022: 458) glaubt, dass neue

Formen der Kooperation unter anderem dazu beitragen können, Immobilienleerstände zukunftsfähig zu revitalisieren (vgl. Wascher 2022: 458).

Allgemein ist bei Beteiligungsverfahren häufig eine breite Beteiligung aller Bürger:innen erwünscht und gewissermaßen zum Trend geworden. Das *Netzwerk Zukunftsorte* (2023: 19) plädiert jedoch dafür, einen Fokus auf die engagierten und interessierten Menschen vor Ort zu setzen und mit diesen umsetzungsfähige Ergebnisse zu erarbeiten. Hierbei können Werkzeugkoffer für Beteiligung und Engagement helfen, die bereits seit Ende der 1990er-Jahre in vielfältigen Variationen für diverse Anwendungsgebiete zur Verfügung stehen (vgl. Bogumil & Vogel 1999). Wichtige Elemente der aktuellen Beteiligungs- und Engagementkultur sind laut Barbara Malburg-Graf (2020: 304): „Kommunikation, Information, Öffentlichkeitsarbeit, Beteiligung, Engagement, Kooperation und Governance“. Die Beteiligung von Bürger:innen kann sowohl über formelle als auch über informelle Verfahren stattfinden, in denen die Bevölkerung aktiv in die „Willens- und Entscheidungsfindung“ mit einbezogen wird (vgl. Malburg-Graf 2020: 305f., nach Renn 2016). Beteiligung bedeutet nicht die reine Weitergabe von Informationen an die Bevölkerung (ebd.). Während das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) bürgerschaftliches Engagement „im Sinne eines freiwilligen Engagements“ aus seiner Betrachtung „einer kommunalen Beteiligungskultur“ (Bock et al. 2013, in Malburg-Graf 2020: 306) ausklammert, erkennt Barbara Malburg-Graf (2020: 306) die Grenzen zwischen Beteiligung und bürgerschaftlichem Engagement als fließend an und findet, dass beides eine wichtige Rolle in der „Orts- und Regionalentwicklung ländlicher Räume“ spielt. Sie hält eine „neue Beteiligungs- und Engagementkultur [...] aufgrund der zu bewältigenden Wandlungs- und Transformationsprozesse“ für „dringend erforderlich“ (ebd.: 306f.).

„Ehrenamtliches Engagement hat als gesellschaftspolitische Schwerpunktaufgabe unbestritten eine große Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es ist inzwischen unerlässlich für die Absicherung individueller Teilhabe, gesellschaftlicher Integration, kulturellen Lebens und sozialer Beziehungen. [...] Aufgabe des Staates ist die Schaffung und Bereitstellung der Rahmenbedingungen zur Entfaltung ehrenamtlichen Engagements. [...] Aber es kann nicht Sinn des Ehrenamtes sein, immer in den Bereichen einzuspringen, die für den freien Markt nicht mehr attraktiv sind.“

Rainer Ningel (2020: 29)

Laut Claudia Neu (2011) gehe es bei Beteiligung und Engagement „um ein neues Miteinander von Staat, Markt und Bürgern“ (in Malburg-Graf 2020: 307). Die Verfolgung von Nachhaltigkeitszielen und Strategien zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse wird ohne die Beteiligung und das Engagement der Zivilgesellschaft nicht funktionieren, glaubt Malburg-Graf (2020: 307). Anhand verschiedener Beispielprojekte zur Beteiligung der Bürgerschaft in Ortsentwicklungskonzepten kommt sie außerdem zu dem Ergebnis, dass viele Menschen sich gerne für ihrer Gemeinschaft engagieren und an ihr teilhaben möchten, „wenn auch in sehr unterschiedlicher Weise“ (ebd.: 315). Laut Rainer Ningel treffen engagierte Bürger:innen in der Umsetzung jedoch immer wieder auf demotivierende administrative Hürden (Ningel 2020: 30).

Das *Institut für angewandte Sozialforschung* (IfaS) (2023: 1) mit Sitz in Stuttgart hat im vergangenen Jahr sechs Kommunen in Baden-Württemberg auf Kriterien zur Förderung von Engagement untersucht. Das IfaS verknüpft Beratung und Forschung im Bereich zwischen Zivilgesellschaft und Kommunalentwicklung und beschäftigt sich unter anderem mit verschiedenen Formen von Beteiligung, mit Quartiersentwicklung, Integration und Nachhaltigkeit, sowie mit Intersektoralität, Koproduktion und Themen der Daseinsvorsorge

(ebd.). Auch das IfaS (2023: 2) sieht die Kommunen in Anbetracht der aktuellen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse vor einer Vielzahl neuer Herausforderungen stehen. Wie auch in den oben genannten Beiträgen, hat sich aus der Untersuchung ergeben, dass bürgerschaftliches Engagement eine „zentrale Rolle“ dabei spielt, diesen Herausforderungen gerecht zu werden (ebd.). Das IfaS (2023: 2) kommt daher zu dem Schluss, dass bürgerschaftliches Engagement in verschiedenen Formen „eine wichtige Stütze“ für zukunftsfähige Gemeinden darstellt. Dementsprechend muss Engagement mithilfe der richtigen Infrastruktur und den passenden Rahmenbedingungen gefördert werden, damit sich möglichst viele Menschen aktiv mit einbringen (ebd.). Wie diese Infrastrukturen und Rahmenbedingungen von kommunaler Seite aussehen, hat das IfaS (2020: 3f.) in Handlungsempfehlungen zusammengefasst. Engagementstrukturen sollten in verschiedenen Formen angeboten werden, an die Lebenswelten und Bedürfnisse der Engagierten angepasst sein und sowohl deren Grenzen erkennen als auch Spaß und Freude bringen (IfaS 2023: 3). Engagierten Bürger:innen sollte außerdem die Möglichkeit gegeben werden, ihre Ideen auch umsetzen zu können (ebd.). In der Förderung und Unterstützung von Engagement müssen die lokalen Bedingungen vor Ort beachtet werden und alle Ortsteile eingebunden werden – bei abgelegeneren Ortsteilen sind dafür mitunter direkte Ansprachen notwendig (ebd.). Um in der Bevölkerung das Potenzial von Engagement zu wecken, ist es wichtig, attraktive Begegnungsräume zu schaffen (ebd.). Es sollte der offene Dialog mit den Bürger:innen gesucht werden und es sollten klare Zuständigkeiten und Verbindlichkeiten festgelegt werden (IfaS 2023:3). Besonders engagierte Personen, sogenannte „Zugpferde“ können als Multiplikator:innen eingesetzt werden – solche Schlüsselfiguren dürfen jedoch nicht unersetzbar werden, so dass ohne sie alles einbrechen würde (IfaS 2023: 3f.). Infrastrukturen des Engagement sollten außerdem möglichst bürokratiefrei aufgebaut werden (ebd.). Wo dies nicht möglich ist, müssen Unterstützungsangebote zur Bewältigung der bürokratischen Hürden eingesetzt werden (ebd.). Öffentlichkeitsarbeit ist wichtig, sollte jedoch auf Aufwand und Wirkung überprüft werden, und im Zweifelsfall von professioneller Seite gestaltet werden (ebd.). Innerhalb engagierter Gruppen sollte die Verantwortung auf mehrere Arbeitsgruppen verteilt werden und Aufgaben zeitlich realistisch und transparent kalkuliert werden (IfaS 2023: 4). Die Entwicklung von Organisationsstrukturen innerhalb einer Initiative kann ebenfalls mithilfe professioneller Begleitung auf den Weg gebracht werden und Satzungen dürfen bei Bedarf auch angepasst und geändert werden (ebd.). Auf administrativer Seite der Kommunen ist wichtig anzuerkennen, welche entscheidenden Rollen Bürgermeister:innen, Gemeinderäte oder andere Mitarbeitende aus der Verwaltung im Bereich der Engagementförderung einnehmen (ebd.). Diese sollten eine unterstützende Haltung gegenüber der engagierten Bürger:innen entwickeln und zeigen (IfaS 2023: 4). Des Weiteren wirken Anlaufstellen zur fachlichen Unterstützung und zur Vernetzung sowie die Zuverfügungstellung finanzieller und räumlicher Ressourcen fördernd für Engagement (ebd.). Nicht zuletzt braucht es verlässliche und andauernde Unterstützungsstrukturen in vermeintlich unsicheren Zeiten von Veränderungsprozessen (ebd.). Um Transformationsprozesse besser gestalten zu können, werden innovationsfördernde Austauschformate benötigt, welche die Möglichkeit bieten, Herausforderungen gemeinsam zu reflektieren, sich zu vernetzen und Kooperationen voranzutreiben (IfaS 2023: 4).

2.5 Exkurs: Das Konzept *Zukunftsorte*

Solche Austauschformate bietet beispielsweise das *Netzwerk Zukunftsorte*. Dort werden Akteur:innen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung, sowie Initiator:innen und mögliche *Zukunftsorte* (siehe 2.5.1) zusammen gebracht. Das Netzwerk bereitet gemachte Erfahrungen auf, um das Wissen zu speichern und für andere zugänglich zu machen. Sie setzen dabei

Qualitätsstandards fest und identifizieren „besonders impulsstarke Projekte“ (Netzwerk Zukunftsorte 2022: 14). Mit ihrer Website, verschiedenen Publikationen und vielfältigen öffentlichen Auftritten machen sie Projekte sichtbar und ermöglichen einen Austausch. Das Netzwerk sieht sich als Anlaufstelle für alle mit fachlichem Interesse und begleiten mit ihrer Arbeit sowohl Kommunen als auch Initiator:innen sowie die Bürger:innen vor Ort (ebd.). Die Menschen des *Netzwerk Zukunftsorte* möchten Impulse für zukunftsfähige ländliche Räume setzen (vgl. Netzwerk Zukunftsorte 2022: 18). Dazu zählt es, Leerstände wiederzubeleben und gemeinwohlorientierte Wohn- und Arbeitsprojekte zu ermöglichen (ebd.). Im Rahmen der Studie „Vision 2030: 1000 Orte für die Zukunft in Ostdeutschland“ hat das Netzwerk eine Handreichung mit dem Titel „ÜBER MORGEN: Vom Leerstand zum Zukunftsort“ (2022) veröffentlicht. Darin hat das *Netzwerk Zukunftsorte* seine Erfahrungen zu Leerstandsentwicklungen in ländlichen Räumen gesammelt und weitere Expert:innen zu Wort kommen lassen. Die Publikation soll allen, die an nachhaltiger ländlicher Entwicklung interessiert sind, als praxisorientiertes Nachschlagwerk dienen (vgl. Netzwerk Zukunftsorte 2022: 10). Daher wird sie der Öffentlichkeit, und somit allen in Frage kommenden Akteur:innen, kostenlos als Download auf der Website des Netzwerks zur Verfügung gestellt.² Die Handlungshinweise richten sich in erster Linie an Kommunen und Eigentümer:innen (vgl. Netzwerk Zukunftsorte 2022: 75). An vielen Stellen der Handreichung geht es auch um die Initiator:innen selbst, meist werden diese jedoch als kreative Zuziehende aus urbanen Räumen verstanden (ebd.: 33). Von ortsansässigen Bürger:innen wird vor allem dann gesprochen, wenn es um die Integration der neuen Projekte geht (ebd.: 66). Über ortsansässige Bürger:innen, die ihre Gemeinde weiterbringen und dort die sogenannten *Zukunftsorte* entwickeln möchten, wird nicht explizit berichtet. Da die Publikation im Rahmen eines Forschungsprojekt zur Revitalisierung von Leerstand in Ostdeutschland erarbeitet wurde und die Akteur:innen des *Netzwerks Zukunftsorte* bisher hauptsächlich im nordostdeutschen Raum aktiv sind, sind die Handlungshinweise voraussichtlich nicht eins zu eins auf Leerstände im Südwesten Deutschlands übertragbar. Sie bieten dennoch gute Anhaltspunkte.

2.5.1 Was sind *Zukunftsorte*?

Das *Netzwerk Zukunftsorte* (2022: 20) bezeichnet gemeinwohlorientierte Projekte, bei denen Leerstände oder Brachflächen kreativ und multifunktional umgesetzt werden als *Impulsprojekte*, *Immovieliien* oder *Zukunftsorte*. Insbesondere der Begriff *Zukunftsorte* ist, vermutlich unter anderem durch die Namengebung des Netzwerks, besonders präsent im Bereich der Revitalisierung leerstehender Gebäude geworden. „*Zukunftsorte* sind Orte, die Wohnen und Arbeiten vereinen. Sie nutzen Leerstand im ländlichen Raum um und entwickeln vor Ort neue Lebens- und Arbeitsmodelle sowie offene Treffpunkte.“ schreibt das *Netzwerk Zukunftsorte* (2022: 14). Oftmals entwickeln sich diese *Zukunftsorte*, beginnend mit einem niedrighwelligen und experimentellen Charakter, über alternative Finanzierungsmodelle hin zu langfristigen Projekten in nachhaltigen Gebäudestrukturen (ebd.).

2.5.2 Warum brauchen wir *Zukunftsorte*?

Für zukunftsfähige Perspektiven in ländlichen Räumen spielen Nachhaltigkeit und Gemeinwohl eine zentrale Rolle, meint die Medienwissenschaftlerin und Kulturmanagerin Andrea Wieloch (vgl. Netzwerk Zukunftsorte: 11). Auch Stephan Willinger vom BBSR

² <https://zukunftsorte.land/uebermorgen>

glaubt, dass es für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse seitens Politik und Verwaltung ein neues Verständnis von Gemeinwohl sowie eine Offenheit gegenüber neuen Akteur:innen braucht (ebd.: 13). Laut dem *Netzwerk Zukunftsorte* (2022: 24) hilft eine gemeinwohlorientierte Entwicklung dabei, komplexe Leerstände zu attraktiven *Zukunftsorten* zu machen. Wie auch viele Stiftungen und Genossenschaften, haben die gemeinwohlorientierten Betreiber:innen von *Zukunftsorten* eine langfristige Sicherung der Immobilien im Sinn und bieten damit wichtige Alternativen zur rendite-orientierten Spekulation von Bestandsgebäuden und Baugrundstücken (ebd.: 50).

„Zukunftsorte zeichnen sich durch multifunktionale Nutzungen aus, sind flexibel aufgestellt und durch ihre verschiedenen Standbeine besonders krisenfest.“
Netzwerk Zukunftsorte (2022: 50)

Die Verknüpfung verschiedener Nutzungsfunktionen, gepaart mit der Beteiligung von Bürger:innen aller Generationen, führt zu tragfähigen Lösungskonzepten für Gemeinschaftsorte (vgl. Netzwerk Zukunftsorte 2022: 42). In den gemeinsamen Planungs- und Entwicklungsprozessen kommen Menschen miteinander in Kontakt, die sonst weniger oder gar nicht miteinander zu tun gehabt hätten, wodurch wiederum andere demokratische Prozesse gefördert werden (ebd.: 28). Die Unterbringung verschiedener Nutzungsarten an einem Ort soll so zu resilienten Projekten führen, die langfristig einen Beitrag zur Daseinsvorsorge leisten (ebd.: 19). Multifunktionale Orte wirken sich positiv auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus, indem die unterschiedlichen Nutzungen ebenso unterschiedliche Menschen anziehen (ebd.: 42). *Zukunftsorte* schaffen damit offene Treffpunkte, ermöglichen Austausch und führen zu vielfältigen Aktivitäten in und um den Ort (ebd.: 33). Durch multifunktionale Nutzungskonzepte bleiben die Orte belebt, auch wenn später eine Nutzung der Nutzungen wegfallen sollte (ebd.: 42). Die Unterbringung verschiedener Nutzer:innen an einem Ort ist zudem ressourcenschonend für die Gemeindeverwaltung (ebd.). Ebenfalls profitiert der Klimaschutz davon, wenn ein Gebäude möglichst effizient genutzt wird (ebd.). Als Plattformen für Wissensaustausch und -transfer bringen *Zukunftsorte* wichtige Expertise zum Thema Nachhaltigkeit in die jeweilige Region (ebd.: 29).

„Projekte, die Zusammenleben in reaktivierten Bestandsgebäuden austesten, sind in vielfältiger Hinsicht zukunftsorientiert: Sie tragen zu einer nachhaltigen Stadt- und Dorfentwicklung bei, stärken Teilhabe und fördern eine sozial-ökologische Transformation.“
Cordelia Polinna (in Netzwerk Zukunftsorte 2022: 25)

Die Akteur:innen gemeinwohlorientierter Projekte sind in der Regel offen für neue Wege und experimentelle Ansätze (vgl. Netzwerk Zukunftsorte 2022: 47). Insofern sieht das *Netzwerk Zukunftsorte* (2022: 33) den „Zuzug von sozial Engagierten, Entrepreneur:innen und kreativen Köpfen [als] eine Chance für ländliche Kommunen, die Unterstützung für ihre zukunftsfähige Ausrichtung suchen“. Denn oft entwickeln die Projekte Leuchtturmcharakter und inspirieren andere Kommunen, sogar über Deutschland hinaus (ebd.: 47). Von der Medienwirksamkeit und dem daraus folgenden Standortmarketing profitieren weitere, bereits vor Ort ansässige, Unternehmen und Organisationen (ebd.). Wenn Orte aktiv und attraktiv gestaltet werden, kann außerdem eine sich selbst verstärkende „Sogwirkung“ entstehen, die weitere engagierte Bürger:innen und Zuziehende anzieht (ebd.: 33). Als einen weiteren Mehrwert von gemeinschaftlichen Projekten nennt das *Netzwerk Zukunftsorte* (2022: 28), die Möglichkeit „negative Erfahrungen der Wende-Generation in etwas Neues zu

überführen". Damit wird allerdings auf ein spezifisches Merkmal in den Neuen Bundesländern eingegangen.

2.5.3 Wie funktionieren *Zukunftsorte*?

Die gemeinwohlorientierten Projekte müssen von Bürger:innen mit intrinsischer Motivation und gewissem Knowhow getragen werden (vgl. Netzwerk *Zukunftsorte* 2022: 19). Laut dem *Netzwerk Zukunftsorte* bringen die Betreibenden Kompetenzen wie mobiles Arbeiten, digitale Werkzeuge, Kreativität, die Leitung von Gruppenprozessen sowie modernes Projektmanagement mit in die ländlichen Räume. Sie entwickeln nicht nur Ideen für leerstehende Gebäude, sondern setzen diese auch um (vgl. Netzwerk *Zukunftsorte* 2022: 14). Das *Netzwerk Zukunftsorte* (2022: 20) sieht es als Voraussetzung an, dass die Initiator:innen selbst vor Ort leben und sich in die Nachbarschaft integrieren. Zur Umsetzung gemeinwohlorientierter Projekte sind sowohl Unterstützungsangebote, Partnerschaften und Netzwerke wichtig als auch passende Förderprogramme für alle beteiligten Akteur:innen (vgl. Netzwerk *Zukunftsorte* 2022: 20). Herausforderungen für gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung und damit in der Regel eine „nicht-renditeorientierte Nutzung“ (Jörn Luft in Netzwerk *Zukunftsorte* 2022: 12) stellen beispielsweise die Bodenpreise, Eigentümer:innen, Kommunen, Banken und Förderprogramme dar. Die Grundstücke und Immobilien dürfen nicht zu teuer sein, Eigentümer:innen sollten offen für alternative Verkaufsprozesse sein, Kommunen können unterstützend wirken und Türen öffnen, Banken und Förderprogramme sorgen für die nötige Startfinanzierung (ebd.). Es sind immer mehr unterstützende Angebote vorhanden, die solche Projekte mit Wissensbeständen in Form von Praxiserfahrung, fachlicher Expertise und Beispielprojekten vorantreiben (vgl. Netzwerk *Zukunftsorte* 2022: 19). Laut dem *Netzwerk Zukunftsorte* (2022: 29) gibt es bereits diverse Förderprogramme, die nachhaltige Projekte unterstützen und zum Klimaschutz beizutragen. Es gibt bereits gute Beispiele für die gemeinwohlorientierte Entwicklung von Immobilien durch bürgerschaftliches Engagement (vgl. Netzwerk *Zukunftsorte* 2022: 20). Moderne digitale Informationswege ermöglichen den Menschen, auf dem aktuellen Stand zu Projekten zu bleiben und schaffen eine Sichtbarkeit über den Ort hinaus (vgl. Netzwerk *Zukunftsorte* 2022:39). Hierfür muss allerdings die Digitalkompetenz sowohl der Projektbeteiligten als auch der Bürger:innen gefördert werden (ebd.). *Zukunftsorte* werden lebendig, weil engagierte Bürger:innen die Gestaltung und Entwicklung selbst übernehmen und an ihren Bedarfen ausrichten (vgl. Jörn Luft in Netzwerk *Zukunftsorte* 2022: 12).

3 Methodik

Um der Forschungsfrage auf den Grund zu gehen, habe ich verschiedene Methodenansätze der qualitativen Sozialforschung gewählt. Die Grundlagenrecherche umfasste eigene Beobachtungen in der Planungspraxis, eine klassische Literaturrecherche zur Theoriebildung, die Erstellung einer Wissenslandkarte zur Einordnung der vorläufigen Erkenntnisse sowie die Recherche von Best-Practice-Beispielen zum besseren Verständnis der Herausforderungen und Chancen. Als zentrale Methode dieser Arbeit habe ich mich für die Durchführung leitfadengestützter Interviews mit Expert:innen aus der Region entschieden und diese anschließend mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Udo Kuckartz (2018) ausgewertet. Während der Interviewphase habe ich die Literaturrecherche anhand der daraus neu gewonnenen Informationen parallel fortgeführt und bin so auf weitere wichtige Erkenntnisse gestoßen, die ich in meine abschließende Interpretation sowie die Handlungsempfehlungen (siehe Kapitel 5) mit einfließen lasse.

3.1 Explorative Grundlagenrecherche

Das Thema meiner Masterarbeit wurde durch explorative Beobachtungen in der Planungspraxis im Laufe meines vorangegangenen Forschungspraktikums im Planungsbüro *sutter*³ in Freiburg angestoßen. Die informellen Gespräche mit den Planer:innen von *sutter*³ und die von ihnen dargelegten Erfahrungen aus der Praxis waren ein wichtiger Grundstein, bei der Bildung der Fragestellung dieser Arbeit und der Reflexion der bearbeiteten Themen. Weitere Einblicke in aktuelle Forschungsergebnisse und Interessenslagen habe ich bei der Tagung *Das neue Bild vom Land der Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg* im Herbst 2022 gewonnen. Zur theoretischen Fundierung der Thematik habe ich anschließend mit einer klassischen Literaturrecherche begonnen. Zu vielen Einzelaspekten meiner gewählten Forschungsfrage sind bereits Studien, wissenschaftliche Texte und Publikationen vorhanden. Ergebnisse in Form von Handlungsempfehlungen, die auf die Thematik der gemeinwohlorientierten Entwicklung leerstehender Gebäude durch bürgerschaftliches Engagement insbesondere in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg eingehen, fehlen bisher.

Neben wissenschaftlichen Perspektiven aus der Forschung gibt es deutschlandweit und in Baden-Württemberg diverse Netzwerke, Plattformen, Beratungsangebote, Förderprogramme und Projektbeispiele für zivilgesellschaftliche Initiativen in ländlichen Räumen. Um der Komplexität des Themas gerecht zu werden, die vielfältigen Einflüsse besser einordnen zu können sowie die vorübergehenden Erkenntnisse in ihren Einzelaspekten zu fassen und zu strukturieren, habe ich eine Wissenslandkarte erstellt (siehe Anhang A0). Zur Erstellung habe ich mich zunächst an den Ansätzen des *System Mapping Toolkit* von Fabian Gampp und Gian Wieck³ orientiert. *System Mapping* ist eine Methode des Systemdenkens und unterstützt dabei, komplexe Systeme mit ihren sämtlichen Faktoren und wirkenden Dynamiken zu erfassen und Hebelpunkte ausfindig zu machen (vgl. Sterman 2000). Für die Erschließung des Themas war die Methode hilfreich, um die Inhalte zu strukturieren und um Fragen für den Interview-Leitfaden zu generieren (siehe 3.2.2). Eine tiefgehende Analyse in dieser Form hat nicht stattgefunden. Weiterhin habe ich nach Beispielen aus der Praxis gesucht, wie eine gemeinwohlorientierte Leerstandsentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement aussehen kann. In einer ersten explorativen Recherche

³ <https://www.system-mapping.com/toolkit>

von Best-Practice-Beispielen kristallisierte sich schnell heraus, dass über die Onlinerecherche insbesondere Projekte aus den Neuen Bundesländern sichtbar werden. Auch in der wissenschaftlichen Literatur wurden oftmals Forschungen und Projekte aus diesen Regionen oder aus den sogenannten *strukturschwachen Regionen*⁴ behandelt. Baden-Württemberg liegt allerdings im Südwesten Deutschlands und umfasst keine Regionen, die den strukturschwachen Regionen zugeordnet werden (siehe Abb. 6). Daraus haben sich die zwei untergeordneten Fragestellungen ergeben, die mit der leitenden Fragestellung gemeinsam beantwortet werden sollen (siehe 1.3).

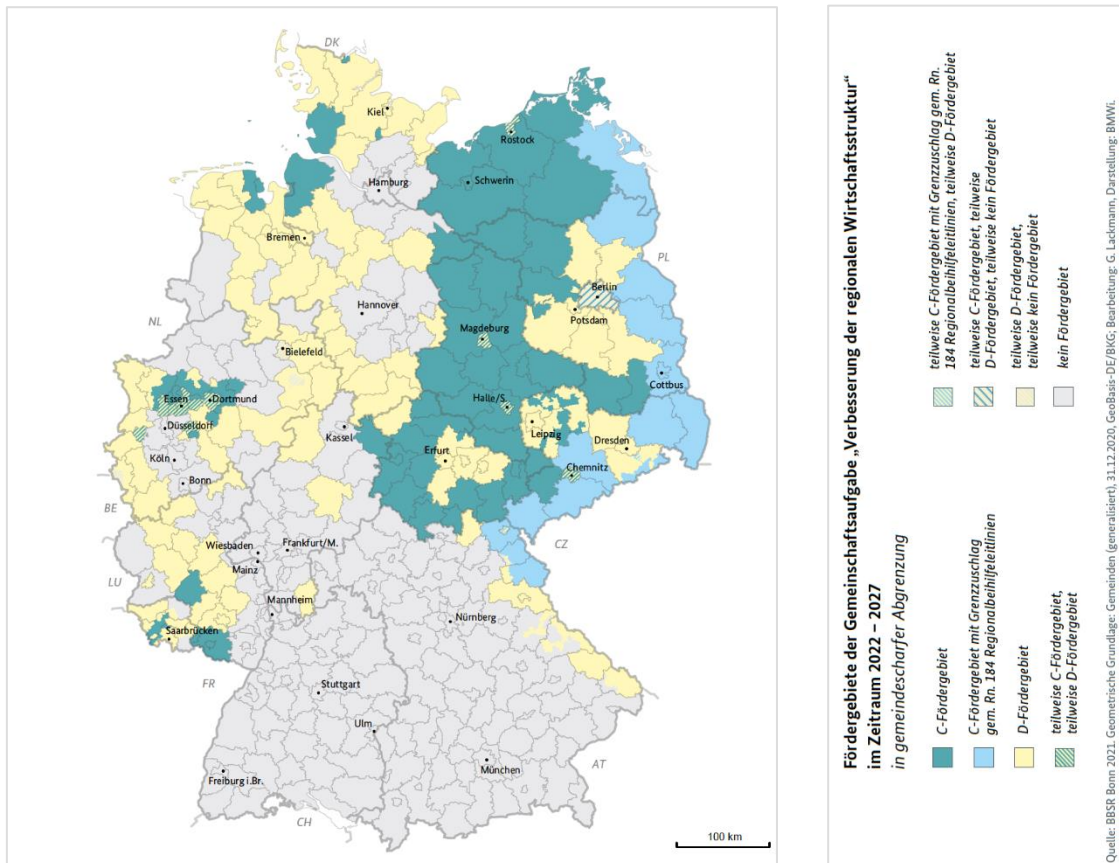


Abb. 6: Strukturschwache Regionen – GRW-Fördergebiete (Quelle: BBSR)

3.2 Leitfadengestützte Interviews mit Expert:innen

Zur Beantwortung der zuvor bestimmten Fragestellungen habe ich leitfadengestützte Interviews mit verschiedenen Expert:innen aus der Region durchgeführt. Expert:inneninterviews dienen der qualitativen Erhebung von aktuellem fachlichen Wissen oder Erfahrungswissen, welches sich nicht aus der Literatur erschließen lässt (vgl. Miegl & Näf 2006: 1). Die ausgewählten Expert:innen (siehe 4.1) besitzen „spezialisiertes Sonderwissen“, welches sie von anderen Personen des alltäglichen Lebens abhebt (vgl. Meuser & Nagel 2008: 376; auch Miegl & Näf 2006: 1). Expert:innen müssen dieses Sonderwissen nicht in einem gelernten Beruf erworben haben, ebenso kann es sich um

⁴ „Im gesamtdeutschen Fördersystem werden strukturschwache Regionen für jede Förderperiode nach einheitlichen Kriterien festgelegt. [...] Der Index der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) werde aus vier Einzelindikatoren gebildet. Zu diesen zählen das regionale Einkommen, die regionale Arbeitsmarktentwicklung, die Erwerbsentwicklung und die Infrastrukturausstattung.“ (hib 2019)

Erfahrungen aus zum Beispiel ehrenamtlichen Tätigkeiten handeln (vgl. Meuser & Nagel 2008: 377). Die ausgewählten Expert:innen tragen entweder Verantwortung für einen Bereich, der mit der Problemlösung des Forschungsthemas zu tun hat, oder besitzen einen „privilegierten Zugang zu Informationen über relevante Personengruppen, Soziallagen und Entscheidungsprozesse“ (vgl. Meuser & Nagel 2008: 377). Die Expert:innen sind sich nicht zwangsläufig ihres Sonderwissens beziehungsweise der Relevanz dessen bewusst, so dass dieses durch die forschende Person ausgewertet und mitunter rekonstruiert werden muss (vgl. Meuser & Nagel 2008: 377).

Als Methodik eignet sich die Form des offenen, leitfadengestützten Interviews (vgl. Meuser & Nagel 2008: 377). Im leitfadengestützten Interview werden den Expert:innen Fragen gestellt, die sie in einer offenen Gesprächsatmosphäre frei und nach ihrer Wissenslogik beantworten können (vgl. Mieg & Näf 2006: 6). Durch den Interviewleitfaden wird eine thematische Richtung vorgegeben, ohne dass die Antworten bereits im Vorhinein zu stark strukturiert werden (vgl. Mieg & Näf 2006: 6). Die Erstellung eines thematischen Leitfadens ist wichtig, um das relevante Expert:innenwissen einzugrenzen, damit die Datenerhebung durch das Interview dem Erkenntnisinteresse gerecht wird (vgl. Meuser & Nagel 2008: 377). Der Gesprächsverlauf kann jedoch flexibel um den Leitfaden herum gestaltet werden, „um unerwartete Themendimensionierungen durch die Expert:innen nicht zu unterbinden“ (vgl. Meuser & Nagel 2008: 378). Expert:inneninterviews zählen zu den qualitativen Methoden der Sozialforschung und werden mit deutlich weniger Personen durchgeführt als Interviews zur Erhebung quantitativer Daten (vgl. Mieg & Näf 2006: 6). Die Expert:innen sind in ihrer Rolle einem bestimmten institutionellen Kontext zugeordnet, in dem sie während des Interviews stehen (vgl. Mieg & Näf 2006: 6; Meuser & Nagel 2008: 376). Qualitative Interviews sind außerdem immer auch von einer „sozialen Interaktion“ zwischen Expert:in und Befragter:in betroffen, so dass zum Beispiel Machtverhältnisse wirken können (vgl. Mieg & Näf 2006: 6; auch Meuser & Nagel 2008: 376f.). Dies gilt es, sowohl während der Interviewführung als auch in der Auswertung zu beachten. Im Unterschied zu anderen befragenden Verfahren, wie zum Beispiel Umfragen, werden Aussagen nicht quantitativ nach Häufigkeit gezählt, sondern thematisch eingeordnet (vgl. Meuser & Nagel 2008: 378). Die Auswertung nach Meuser & Nagel (2008: 378) zielt darauf ab „überindividuell-gemeinsame Wissensbestände“ aus dem Vergleich der Interviews zu ziehen. In der konkreten Auswertungsmethodik bin ich jedoch nicht nach diesen Auswertungsschritten, die zum Beispiel eine themenorientierte Transkription vorsehen, vorgegangen. Entsprechend der offenen Fragetypologie in den Interviews hat die Festlegung von Themenbereichen und Kategorien erst im Anschluss an die vollständige Transkription mithilfe des induktiv ausgerichteten Codierverfahrens der qualitativen Inhaltsanalyse nach Udo Kuckartz (2018) stattgefunden (siehe 3.3).

3.2.1 Vorbereitung und Auswahl der Interviewpartner:innen

Bei der Vorbereitung und Durchführung der Expert:inneninterviews habe ich mich an der Kurzanleitung von Mieg & Näf (2005: 11ff.) orientiert. Zur Auswahl der Interviewpartner:innen habe ich zunächst eine Aufstellung aus mir bereits bekannten Akteur:innen, das heißt Einzelpersonen sowie relevanten Institutionen, gemacht (siehe Anhang D2). Ein beratendes Gespräch beim Planungsbüro *sutter*³ hat geholfen, weitere relevante Akteur:innen aus der Praxis in die Liste mitaufzunehmen. Die aufgeführten Akteur:innen kommen entweder aus der Praxis oder Forschung im Bereich Kommunalentwicklung, Bestandsumnutzung sowie Beteiligung in Baden-Württemberg, oder sie gehören zu Institutionen oder Unternehmen, die überregional in diesem Bereich

bekannt sind. Ein Kriterium war, dass die ausgewählten Akteur:innen mit einer Mehrzahl an Projekten und unterschiedlichen Kommunen in ländlichen Räumen vertraut sind. Gemeinderäte, Bürgermeister:innen oder einzelne Bürger:innen habe ich nicht als Gesprächspartner:innen ausgewählt, da diese in der Regel nur den Blick auf eine Kommune oder ein Projekt haben und dies nicht meinem Forschungsinteresse im Sinne eines Rundumblickes entsprochen hätte. Die ausgewählten Expert:innen habe ich per Mail kontaktiert und zum Interview eingeladen (siehe Anhang A1). Insgesamt habe ich zwölf unterschiedliche Einzelpersonen beziehungsweise Institutionen angefragt. Zwei der angefragten Institutionen sind mit ihrer Arbeit deutschlandweit tätig, die anderen sind hauptsächlich regional agierende Akteur:innen aus Baden-Württemberg. Mit sechs der angefragten Institutionen beziehungsweise mit den vertretenden Personen habe ich Interviews durchgeführt (siehe 4.1).

3.2.2 Entwicklung des Interviewleitfadens

Nach Versand der Anfragen habe ich zunächst einen allgemeinen Leitfaden zur Durchführung der Interviews entwickelt (siehe Anhang A2). Zur Erstellung der leitenden Fragen habe ich die zuvor erstellte Wissenslandkarte (siehe 3.1) und die bis zu diesem Stand erarbeitete Forschungsliteratur sowie Beobachtungen aus dem Praxisalltag bei *sutter*³ zur Hilfe genommen. Aufgrund der unterschiedlichen Tätigkeitsfelder der ausgewählten Expert:innen habe ich diesen Leitfaden in der Vorbereitung der einzelnen Interviews individuell angepasst und um zusätzliche Fragen erweitert (siehe Anhang A3-A8). Die individuellen Leitfäden habe ich nach jedem durchgeführten Interview erneut für das darauffolgende Interview überarbeitet. Im allgemeinen Leitfaden habe ich erste Einschätzungen zu meinem Forschungsvorhaben erläutert und die Expert:innen um eine Rückmeldung anhand ihrer Erfahrungen gebeten. Die Interviewfragen habe ich in zwei Teile untergliedert. Der erste Teil der Fragen zielte auf die beiden Unterfragen zur Relevanz ab, der zweite Teil betraf die Thematik des bürgerschaftlichen Engagements und damit die zentrale Perspektive der primären Forschungsfrage (siehe auch 1.3).

3.2.3 Durchführung der Interviews

Die Interviewleitfäden sowie eine Einverständniserklärung zur Durchführung und Aufzeichnung der Interviews (siehe Anhang A9) habe ich den jeweiligen Expert:innen vor dem Gespräch zukommen lassen. Vier der Interviews habe ich online über das Videokonferenztool Zoom durchgeführt und dabei die softwareinterne Aufnahmefunktion zur Aufzeichnung verwendet. Ein Interview mit zwei Mitarbeiterinnen des Referat 45 im Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) hat aus verwaltungsinternen Gründen über die Plattform WebEx stattgefunden. Das Interview mit Willi Sutter hat in Person im Büro von *sutter*³ in Freiburg stattgefunden. Beide Interviews habe ich mithilfe der Diktierfunktion meines privaten Mobiltelefons aufgezeichnet. Nach Durchführung der Interviews habe ich die Audio-Aufzeichnungen der Gespräche mithilfe der integrierten Transkribier-Funktion von Microsoft Word in Schriftdokumente umgewandelt. Aufgrund der Tonqualität, vor allem der mit dem Mobiltelefon aufgezeichneten Gespräche, war es nötig die softwareunterstützten Transkriptionen anschließend eigenhändig zu korrigieren. Durch die Nutzung einer automatisierten Spracherkennung sind die Transkriptionen in Umgangssprache und nicht mit grammatikalischer Korrektheit verfasst. Sie wurden insoweit nachträglich überarbeitet, dass der Inhalt der Expert:innen-Antworten größtenteils auch im Schriftlichen verständlich wiedergegeben wird. Die Auswertung (siehe 3.3) habe ich unter Verwendung der

schriftlichen Transkripte in Kombination mit den Audiodateien vorgenommen. Als letzten Schritt vor der Veröffentlichung habe ich den interviewten Personen ihre zusammengefassten Aussagen in einzelnen Abschnitten zukommen lassen, um ihnen die Möglichkeit zum Widerspruch zur Verwendung der Aussagen zu geben beziehungsweise eventuelle Missverständnisse richtig zu stellen (siehe Anhang A10). Diese Möglichkeit haben alle Gesprächspartner:innen, ausgenommen einer Person, mit kleineren Anpassungswünschen in Anspruch genommen.

3.3 Qualitative Inhaltsanalyse

Um die zuvor transkribierten Interviews systematisch auszuwerten und daraus Hypothesen abzuleiten, habe ich eine inhaltlich-strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Udo Kuckartz (2018) durchgeführt. Bei dieser Form der qualitativen Inhaltsanalyse ist sowohl eine induktive als auch eine deduktive Kategorienbildung beziehungsweise eine Mischung dieser beiden möglich (ebd.: 97). In einem mehrstufigen Codier-Verfahren werden zunächst Hauptkategorien gebildet, die im zweiten Schritt während der Auswertung des Materials weiterentwickelt und mithilfe von Unterkategorien klarer differenziert werden (ebd.). Später wird das Material anhand der Haupt- und Unterkategorien ein weiteres Mal codiert, so dass mit der Auswertung bereits eine Struktur entsteht, welche in den Forschungsbericht übernommen werden kann (ebd.).

Zu Beginn der Auswertung habe ich mir alle Interviews nochmals angehört, dabei handschriftliche Memos verfasst und wichtige Textstellen markiert (vgl. Kuckartz 2018: 100f.). Für die Kategorisierung und Codierung der Interview-Transkripte habe ich die Software Citavi zu Hilfe genommen. Im nächsten Schritt habe ich dort Hauptkategorien anhand meiner Fragestellungen sowie der bereits erfolgten handschriftlichen Memos erstellt. In der darauffolgenden Auswertungsphase habe ich ausgewählte Textstellen den Hauptkategorien zugeordnet und ihnen zusätzlich Schlagwörter verliehen. Anhand der Schlagwörter habe ich nach einem groben Auswerten der ersten Interviews Unterkategorien erstellt, um die relevanten Aussagen genauer einzugrenzen. Während des weiteren Auswertungsprozesses habe ich die Haupt- und Unterkategorien in einem iterativen Prozess mehrmals angepasst beziehungsweise neu sortiert, um die verschiedenen Interviews gemeinsamen Themenbereichen zuzuordnen und sie vergleichend auswerten zu können (vgl. Kuckartz 2018: 100).

4 Ergebnisse

4.1 Vorstellung der interviewten Expert:innen

4.1.1 Interview 1 FK

Fridolin Koch – *K-Punkt für ländliche Entwicklung*

Der K-Punkt ist ein Modellzentrum für ländliche Entwicklung. In der ursprünglichen Idee zur Gründung hat sich der K-Punkt auf fünf Säulen der Nachhaltigkeit festgelegt: ökologisch, ökonomisch, sozial, kulturell, spirituell. Die Mitarbeitenden des K-Punkt möchten mit ihrer Arbeit „ein gutes Leben auf dem Land“ unterstützen. Der K-Punkt wird von der Erzdiözese Freiburg finanziert. Fridolin Koch beschreibt den K-Punkt jedoch als eigenständige Institution, die unabhängig von der Kirche handelt.

4.1.2 Interview 2 LE

Lucia Eitenbichler – *Bürgergemeinschaft Oberried e.V.*

Lucia Eitenbichler ist Mitgründerin des Vereins *Bürgergemeinschaft Oberried e.V.* und arbeitet dort in der Leitung des *Ursulinenhofes*. Der *Ursulinenhof* ist ein Wohnprojekt für ältere Menschen mit verschiedenen Angeboten in Oberried, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald. Des Weiteren ist Eitenbichler im Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald für die Leitung der Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement zuständig. In Anbetracht des demografischen und gesellschaftlichen Wandels findet Lucia Eitenbichler es wichtig, „neue Wege der Sorge und Pflege [zu] gehen“, die Menschen vor Ort einzubinden und sie zu qualifizieren. Zusammen mit der *Bürgergemeinschaft Oberried* verfolgt sie die Vision, als Dorfgemeinschaft den „Generationenvertrag“ zu übernehmen und sogenannte *Caring Communities* (dt.: Sorgende Gemeinschaften) zu entwickeln. Im Rahmen der Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement beim Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald möchte Lucia Eitenbichler in den fünfzig Kreiskommunen die Idee der *Caring Communities* ausbauen und deren Umsetzung unterstützen.

4.1.3 Interview 3 CP

Claudia Peschen – *Institut für angewandte Sozialwissenschaften (IfaS)*

Claudia Peschen ist zum einen beim *Institut für angewandte Sozialwissenschaften (IfaS)* in Stuttgart für das *Gemeindenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BE)* zuständig. Das *Gemeindenetzwerk BE* betreut im Auftrag des Gemeindetags Baden-Württemberg die Kommunen zum Thema der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam Gestalten“⁵. Zum anderen berät Claudia Peschen auf freiberuflicher Basis beispielsweise engagierte Bürger:innen und Vereine zu ähnlichen Themen, führt Beteiligungsprozesse durch und begleitet die Verwaltung in allen Prozessschritten. Ganz ursprünglich kommt sie aus der Landschaftsarchitektur. Seit dem Richtungswechsel von der Planung zur Partizipation hat sie bereits verschiedene Perspektiven in diesem Bereich eingenommen und besetzte

⁵ <https://www.quartier2030-bw.de/quartier2030/strategie/strategie.html>

beispielsweise fünf Jahre lang die Stabsstelle Bürgerbeteiligung in einer Kommune oder war als Quartiersmanagerin tätig.

4.1.4 Interview 4 WS

Willi Sutter – Gründer von *sutter*³

Willi Sutter ist Gründer des Planungsbüros *sutter*³ und Mitgründer sowie Vorstand der Genossenschaft *wohnbau bogenständig eG*. Außerdem sitzt er im Vorstand des Vereins *Forum Weißtanne e.V.*, ist einer der Initiatoren des Netzwerks *Weißtannenraum* sowie Mitgründer der *Domiziel GmbH*. Er setzt sich bereits seit über vierzig Jahren für den Bestand und Erhalt alter Gebäude in der Region des Schwarzwaldes ein. Außerdem berät Willi Sutter Kommunen, entwickelt Sanierungs- und Nutzungskonzepte, begleitet die Umsetzung solcher und bringt über seine Netzwerke außerdem Nutzer:innen, Investor:innen und gemeinnützige Institutionen zusammen. Den Bestandserhalt verbindet er häufig mit sozialen Aspekten, indem er sich beispielsweise für die Einrichtung sozialer Wohngruppen engagiert und Menschen mit herausfordernden Hintergründen in seinen Projekten beschäftigt. Mit seiner Arbeit verfolgt er nach eigenen Angaben einen ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeitsansatz.

4.1.5 Interview 5 HK & SSV

Helga Koof und Stefanie Schmitz-Veltin – Referat 45 *Strukturelle Entwicklung*, Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR)

Das Referat 45 *Strukturentwicklung Ländlicher Raum* ist für die Abwicklung verschiedener Förderprogramme zuständig. Zu ihren vier großen Themenfeldern zählen die Förderprogramme ELR⁶ und LEADER⁷ sowie *RegioWIN* und *Spitze auf dem Land*. Die letzteren beiden Programme betreffen weniger die Leerstandsentwicklung und bürgerschaftliches Engagement, weshalb ich im Rahmen dieser Arbeit nicht näher darauf eingehen werde. Die Förderprogramme ELR und LEADER werden in der weiteren Ergebnisdarstellung näher erläutert (siehe 4.6). Die beiden interviewten Mitarbeiterinnen vom Referat 45 stellten im Interview außerdem klar, dass sie weder für das MLR noch für das Land Baden-Württemberg sprächen, sie konnten mir lediglich Informationen zu den Förderprogrammen LEADER und ELR geben.

4.1.6 Interview 6 AR

Annika Reifschneider – *Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.*

Annika Reifschneider vom *Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband* (BWGV) mit Sitz in Stuttgart ist dort für die Interessensvertretung zum Thema Genossenschaftswesen, für die verbandseigene *GENO-Stiftung WissenSchafftPartner* sowie als Projektkoordinatorin für das Projekt „Quartiersentwicklung vor Ort gestalten - genossenschaftlich zusammen wachsen“⁸ tätig. Der BWGV ist vor allem an Projekten interessiert, die das Ziel haben ganze Quartiere positiv zu beeinflussen. Dabei geht es um Themen der Mobilität, über Energie und

⁶ <https://mlr.baden-wuerttemberg.de/de/unsere-themen/laendlicher-raum/foerderung/elr/elr>

⁷ <https://mlr.baden-wuerttemberg.de/de/unsere-themen/laendlicher-raum/foerderung/leader>

⁸ <https://www.wir-leben-genossenschaft.de/de/Sozialgenossenschaften-im-Quartier-14925.htm>

Nahversorgung, bis hin zu Betreuung und Pflege - grundsätzlich eng verbunden mit dem Thema Wohnen und vom BWGV dann unter dem Titel *WohnenPLUS* zusammengefasst.

4.2 Relevanz in Baden-Württemberg und beispielhafte Konzepte

4.2.1 Der Begriff Gemeinwohl

In den Interviews spiegelte sich die Ungenauigkeit des Begriffs Gemeinwohl wider, von der bereits im aktuellen Stand der Forschung die Rede war (siehe 2.1.1). Fridolin Koch erklärte, der K-Punkt denke dabei an eine ähnliche Definition, wie eingangs von mir beschrieben, bezeichne dies allerdings mit dem alternativen Begriff *Sozialraumorientierung* und weise damit bereits auf einen räumlichen Kontext hin (Interview 1 FK: ab 00:01:55). Sie verstünden darunter das Gemeinschaftliche im Räumlichen und, dass Menschen in Kontakt und in Begegnung miteinander kommen (ebd.). Er merkte außerdem an, dass Gemeinwohl einen qualitativen, unbezahlbaren Mehrwert habe (Interview 1 FK: ab 00:03:55). Für die Mitarbeiterinnen des Referats 45, Helga Koof und Stefanie Schmitz-Veltin, und Annika Reifschneider vom BWGV spielen zudem rechtliche Belange eine Rolle in der Einordnung des Begriffs. Helga Koof und Stefanie Schmitz-Veltin verstünden unter Gemeinwohlorientierung vor allem etwas, das nicht beihilferelevant⁹ sei, sagten sie (Interview 5 HK & SSV: ab 00:31:09). Annika Reifschneider verwendete oftmals den Begriff der Gemeinnützigkeit, welcher im wirtschaftlichen Bereich auch steuerlich relevant¹⁰ ist und dessen Umsetzung von Seiten des Finanzamtes geprüft wird (Interview 6 AR: ab 00:14:03). Sie wies bei der Erläuterung eines Beispielprojektes außerdem darauf hin, dass Gruppen oder Organisationen, die abseits bestehender rechtlicher Dimensionen Unterstützung bei der Definition des Begriffs benötigten, zum Beispiel die Ansätze der *Gemeinwohl-Ökonomie* (GWÖ) nach Christian Felber¹¹ als Hilfestellung oder Richtlinie nehmen könnten (Interview 6 AR: ab 00:19:48). In ihrem Fallbeispiel war die Zertifizierung durch die GWÖ für die Genossenschaftsmitglieder ganz selbstverständlich, da im Genossenschaftsprinzip viele Punkte der *Gemeinwohl-Matrix* bereits verankert seien, berichtete sie (Interview 6 AR: ab 00:20:16). Im Nachgang an unser Interview merkte Annika Reifschneider an, dass derzeit trotzdem wenig Genossenschaften den Bedarf sehen würden, sich nach einer solchen Matrix zertifizieren zu lassen (Persönlicher Schriftverkehr: 18.10.2023).

4.2.2 Die Bedeutung von Begegnungsorten

Insbesondere mit Fridolin Koch vom K-Punkt habe ich im Interview über die große Bedeutung von Begegnungsorten gesprochen. Alltägliche Begegnungsorte nähmen durch die

⁹ „Staatliche Beihilfen in der EU sind Finanzmittel eines Mitgliedstaates, die auf ein Unternehmen übertragen werden, beispielsweise direkte finanzielle Zuwendungen, Schuldenerlasse, verbilligte Darlehen und auch Bürgschaften, Steuervergünstigungen oder die Bereitstellung von Grundstücken, Waren und Dienstleistungen zu Sonderkonditionen. [...] Artikel 107 Absatz 3 AEUV benennt Beihilfen, die mit dem Gemeinsamen Markt als vereinbar angesehen werden können (z.B. *Regionalbeihilfen*, *Strukturfonds* oder *Gemeinschaftsinitiativen*).“ (BMEL 2023)

¹⁰ „Von gemeinnützigen Organisationen wird hingegen dann gesprochen, wenn das Verhalten der Körperschaften dem Gemeinwohl dient. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit bedeutet, dass keine Gewerbe- und Körperschaftssteuern an das Finanzamt abzuführen sind. Hierbei muss beachtet werden, dass nicht alle dem Gemeinwohl dienenden Tätigkeiten im steuerrechtlichen Sinn als gemeinnützig eingestuft werden. Die Abgabenordnung (§ 52) gibt Auskunft über die steuerrechtlich anerkekbaren Tatbestände.“ (BWGV 2023)

¹¹ <https://germany.ecogood.org/tools/gemeinwohl-matrix/>

Veränderungen in der Mobilität und Arbeitswelt ab, da „die täglichen Wege nicht mehr zusammenführen“ würden (Interview 1 FK: ab 00:41:09). Die ländlichen Räume dienten den Menschen heute hauptsächlich als Orte zum Schlafen und Begegnungen fänden hauptsächlich in organisierten Vereinen statt (Interview 1 FK: ab 00:43:49). Früher hätten sich die Menschen beispielsweise noch bei der alltäglichen Milchablieferung an der Milchsammelstelle getroffen und sich dabei ausgetauscht (ebd.). Fridolin Koch plädiert daher dafür, eine neue Kultur der Begegnung und des miteinander Gestaltens zu etablieren (Interview 1 FK: ab 00:47:46). Der K-Punkt spreche sich außerdem für unabhängige Begegnungsorte aus „wo man einfach hingehen kann“, mit einer gewissen Niedrigschwelligkeit und offenen Türen, damit die Menschen sie ohne Hemmnisse nutzen könnten (ebd.). Willi Sutter berichtete anhand von Projektbeispielen außerdem wie viel Neues entstehen könne, wenn erstmal ein Ort der Begegnung vorhanden sei (Interview 4 WS: ab 00:19:39 und ab 00:35:17).

4.2.3 Das Thema der Altersversorgung in Baden-Württemberg

Willi Sutter, Lucia Eitenbichler und Fridolin Koch machten in den Interviews alle deutlich, wie wichtig das Thema der Altersversorgung in den kommenden Jahren für die Kommunen in ländlichen Räumen werde. „Was ist Daseinsvorsorge?“, fragte Willi Sutter (Interview 4 WS: ab 00:15:50). Neben der Herausforderung der Nahversorgung sehe er vor allem das Thema der Altersversorgung in den kommenden Jahren auf die Kommunen zukommen und damit verbunden die Frage, wessen Aufgabe das ist (Interview 4 WS: ab 00:14:48). Hier fehle ihm derzeit bei vielen Bürgermeister:innen das Verantwortungsbewusstsein (ebd.). Auch Lucia Eitenbichler sieht heute und zukünftig einen großen Bedarf an Lösungen für ältere Menschen und glaubt, dass viele Kommunalverwaltungen noch nicht begriffen hätten, was hier auf sie zukommen wird (Interview 2 LE: ab 00:08:38). Fridolin Koch merkte an, dass diese Thematik ländliche Räume in ganz Deutschland betreffe und insbesondere die Gefahr der Vereinsamung ortsunabhängig bestehe – in Baden-Württemberg genauso wie in strukturschwachen Regionen (Interview 1 FK: ab 00:53:15). Mit dem Wegfall von Begegnungsorten bestehe bei älteren Menschen in ländlichen Räumen verstärkt die Gefahr der Vereinsamung sobald Partner:innen oder Freund:innen stürben und Autofahren nicht mehr möglich sei (Interview 1 FK: ab 00:43:49).

4.2.4 Neue Herausforderungen für die Kommunalverwaltungen

Fridolin Koch merkte außerdem an, dass neben den stetig fortschreitenden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen jederzeit zusätzliche Schockmomente (z.B. die Coronapandemie oder der Ukraine-Krieg) eintreten könnten, welche in den Kommunalverwaltungen für unerwartete und plötzliche Herausforderungen sorgen würden, die dann neben dem Alltagsgeschäft bearbeitet werden müssten (Interview 1 FK: ab 01:08:54). In Baden-Württemberg trage aktuell zudem die Umstrukturierung der Kirche¹² zu neuen Aufgabenbereichen der Kommunen bei, weil diese beispielsweise Anfragen im Bereich der Seelsorge übernehmen müssten, wenn das Pfarrhaus im Ort nicht mehr besetzt sei und die Menschen sich stattdessen ans Rathaus wenden würden (Interview 1 FK: ab 00:31:24)

¹² <https://kirchenentwicklung2030.de/>

4.2.5 Das Prinzip der *Caring Communities* in Baden-Württemberg

Lucia Eitenbichler berichtete von dem Prinzip der *Caring Communities*, welches sie in die Kommunen in Baden-Württemberg bringen möchte, um damit neue Wege der (Seel)Sorge zu gehen. Es gehe darum, „sorgende Gemeinschaften“ zu etablieren, in denen die verschiedenen Akteursgruppen gemeinsam Verantwortung für sich und ihre Gemeinde übernehmen (Interview 2 LE: ab 00:05:19 und ab 00:41:51). Allerdings hätten viele Bürgermeister:innen das Thema der Sorge „in der Vielfalt ihrer Aufgaben nicht so auf dem Schirm“, glaubt Eitenbichler (Interview 2 LE: ab 00:09:39). Aufgrund ihrer beruflichen Vorerfahrungen liegt ihr Fokus bisher auf den Belangen einer älter werdenden Bevölkerung, an sich sollte das Prinzip der *Caring Communities* jedoch gesamtgesellschaftlich betrachtet werden (Interview 2 LE: ab 00:04:24). Auch Fridolin Koch berichtete von dem Prinzip und merkte an, dass dies nur funktioniere, wenn die Kommune selbst dahinterstehe und das Konzept unterstütze (Interview 1 FK: ab 01:13:51).

4.2.6 Leerstände in Baden-Württemberg

Sowohl Willi Sutter als auch Claudia Peschen stellten im Interview die Vermutung an, dass die Anzahl an Leerständen in den kommenden Jahren auch in Baden-Württemberg stark anwachsen werde. Laut Willi Sutter nehme „dieses Sterben in den Orten“ in den ländlichen Räumen in Baden-Württemberg bereits seit einigen Jahren zu, werde hier jedoch noch nicht richtig erkannt (Interview 4 WS: ab 00:34:34). Er sieht in den ländlichen Räumen in Baden-Württemberg aktuell ein hohes „Leerstandspotenzial“ (Interview 4 WS: ab 00:12:01). Claudia Peschen nimmt ebenfalls an, dass das Thema Leerstand in den kleineren Kommunen in Baden-Württemberg bald stark zunehmen werde (Interview 3 CP: ab 00:06:17).

Fridolin Koch und Lucia Eitenbichler machten auf die Umstrukturierungen in der katholischen und der evangelischen Kirche aufmerksam. Die katholische Kirche befinde sich laut Fridolin Koch zurzeit in einer ihrer tiefsten Krisen und müsse ihre Pfarrgemeinden und Besitztümer neu organisieren (Interview 1 FK: ab 00:31:24). So komme es, dass schon jetzt zahlreiche alte, und oftmals denkmalgeschützte, Kirchengebäude abgestoßen werden (ebd.). Auch die evangelische Kirche verkaufe aktuell viele ihrer Gebäude und vergebe Grundstücke über das Erbbaurecht, berichtete Lucia Eitenbichler (Interview 2 LE: ab 00:30:13). Oft hätten diese Gebäude und Grundstücke eine zentrale Lage im Ort (Interview 2 LE: ab 00:12:07).

Das von Willi Sutter angesprochene „Leerstandspotenzial“ sei oft nicht auf dem klassischen Immobilienmarkt sichtbar, wenn es sich um Gebäude, wie beispielsweise alte Gaststätten und Hotels im gewerblichen Bereich handelt (Interview 4 WS: ab 00:11:42). Im Gespräch bemängelte er den Umgang mit Leerständen in kleinen Kommunen in Baden-Württemberg, da diese oftmals nicht gelistet seien und weder Eigentümer:innen noch Kommunen sich rechtzeitig und aktiv um Nachnutzungen bemühten (Interview 4 WS: ab 00:14:58). Willi Sutter nimmt an, dass im Bereich der Leerstandsentwicklung in ländlichen Räumen viel mobilisiert werden könne, wenn man offensiv an das Thema heranginge (Interview 4 WS: ab 00:13:50). Für Willi Sutter ist die lokale Zeitung daher eine wichtige Informationsquelle, wo er lesen könne, wenn wieder ein Gewerbe schlosse (siehe zum Beispiel dpa 2023). Außerdem fände er in „fast in jedem Ort prägnante Leerstände“, wenn er selbst in den Gemeinden unterwegs sei (Interview 4 WS: ab 00:12:22). Bei den eigenen Ortsbesichtigungen fänden sich immer wieder Leerstände, die in keiner Liste auftauchten, weil beispielsweise Erbkonflikte im Raum stünden oder weil sie bereits zu heruntergekommen seien (ebd.).

Claudia Peschen wies darauf hin, dass aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen und im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung vieler Ortsmitten in kleinen Kommunen, alternative Modelle zur Wiederbelebung entwickelt werden sollten (Interview 3 CP: ab 00:06:17). Unabhängig von den besprochenen Förderprogrammen, merkte Helga Koof zum Thema Leerstand im Interview an, dass Umnutzungskonzepte natürlich nicht ausschließlich gemeinwohlorientiert sein müssten (Interview 5 HK & SSV: ab 00:31:09). In Bezug auf Umnutzungskonzepte berichtete Annika Reifschneider, dass den BWGV diesbezüglich bereits zunehmend Anfragen erreichten, bei denen es zum Beispiel um die sinnvolle Umnutzung ehemaliger Bankfilialen gehe – denn es bestehe ein vermehrtes Interesse daran, Gebäude in den Innerorten umzunutzen (Interview 6 AR: ab 01:03:30). Allerdings gebe es trotz aktueller schwieriger Rahmenbedingungen nach wie vor Interesse am Neubau (Persönlicher Schriftverkehr: 19.10.2023).

Helga Koof und Stefanie Schmitz-Veltin sprachen im Interview die Förderrichtlinien des ELR-Programms an, bei welchem stets ein Fokus auf Innen- vor Außenentwicklung liege und mit denen soziale und ökologische Nachhaltigkeitsaspekte unterstützt werden sollten (Interview 5 HK & SSV: ab 00:29:44). Neubauten unterlägen mit der neusten Förderrichtlinie immer strengeren Auflagen, wobei die Nachverdichtung in Baulücken bevorzugt werde (Interview 5 HK & SSV: ab 00:32:06).

4.2.7 Projektbeispiele in Baden-Württemberg

In fast allen Interviews nannten die Gesprächspartner:innen Projektbeispiele aus Baden-Württemberg, die sich unter anderem dem Gemeinwohl widmeten oder die auf Initiative engagierter Bürger:innen entstanden seien. Dass ich viele Projektbeispiele aus der Region nicht bereits im Laufe meiner Grundlagenrecherche entdeckt habe, könnte daran liegen, dass die Initiator:innen nicht auf Fördermittel und Medienpräsenz von außen angewiesen waren – dies beschrieb zum Beispiel Fridolin Koch (Interview 1 FK: ab 00:26:50). Gute Projektbeispiele seien nicht immer bekannt, weil die Leute „einfach in ihrem Selbstverständnis“ handeln würden, ohne dabei besondere Außenwerbung und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben (Interview 1 FK: ab 00:30:18). Annika Reifschneider merkte auf die Frage nach Projektbeispielen an, dass den BWGV eher Anfragen aus einer konkreten Nutzungsidee heraus erreichten und es selten in erster Linie darum ginge, Leerstand neu zu beleben (Interview 6 AR: ab 01:02:45). Daher konnte sie mir kaum Projektbeispiele von dieser Perspektive aus benennen (ebd.). Die folgenden Projektbeispiele für zivilgesellschaftliche Initiativen oder gemeinwohlorientierte Konzepte in Baden-Württemberg wurden im Laufe der verschiedenen Interviews konkret benannt und mehr oder weniger ausführlicher erläutert:

- Altersgerechte Wohngruppe und Tagespflege im *Ursulinenhof* in Oberried
- *Bürgerinitiative Bahntrasse* in Offenburg
- *Caring Community* in Eichstetten am Kaiserstuhl
- Gemeindezentrum im alten Rathaus in Kirchzarten (nicht umgesetzt)
- Genossenschaftliches *Café Goldene Krone* in St. Märgen
- Genossenschaftliches Dorfgasthaus *bolando* in Bollschweil
- Genossenschaftliches *Wohn- und Kulturprojekt Kirnhalden* in Kenzingen
- Pop-Up-Café *Wälderherz* in Titisee-Neustadt

4.2.8 Übertragbarkeit aus nordostdeutschen Regionen

Mit Blick auf die vielen Leuchtturmprojekte im Nordosten von Deutschland, verwies Willi Sutter auf die „extrem hohe“ Anzahl an Förderprogrammen in den Neuen Bundesländern (Interview 4 WS: ab 00:05:39). Zu einer konkreten Übertragbarkeit von Handlungshinweisen oder Projekterfahrungen aus nordostdeutschen Regionen gab es in den Interviews jedoch kaum Rückmeldungen. In den Gesprächen mit Fridolin Koch und Claudia Peschen ging es in diesem Zusammenhang kurz um die Herausforderung einer politisch nach rechts abrückenden Bevölkerung, wobei hier beide keine akute Dringlichkeit oder Grund zur Beunruhigung in Baden-Württemberg sähen (Interview 1 FK: ab 00:51:17; Interview 3 CP: ab 00:43:08).

4.3 Die Verantwortungsfrage gemeinwohlorientierter Projekte

4.3.1 Kommunale Aufgaben und komplexe Verwaltungsstrukturen

In den Interviews ging es insbesondere um die Bürger:innen im Zusammenspiel mit den kommunalen Verwaltungen. Innerhalb der kommunalen Verwaltungsstrukturen wurden immer wieder die Bürgermeister:innen als Verantwortliche genannt, außerdem die Mitarbeitenden der Verwaltung sowie die Organe der Gemeinderäte und der Ortsvorstände. Unterschiedliche Meinungen herrschten darüber, welche Akteursgruppen die Verantwortung für gemeinwohlorientierte Projekte in der Daseinsvorsorge tragen. Laut Annika Reifschneider hätten Kommunen die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, ob sie die Erfüllung freiwilliger kommunaler Aufgaben an zivilgesellschaftliche Initiativen, zum Beispiel Bürgergenossenschaften, abgäben oder nicht (Interview 6 AR: ab 00:46:04). Und je nachdem in welchem Bereich sie sich bewegten, hätten zivilgesellschaftliche Initiativen mehr oder weniger Schwierigkeiten ihre Projekte in der Kommune umzusetzen (ebd.). Seien sie beispielsweise im Bereich kommunaler Infrastruktur tätig, so führt Annika Reifschneider an, seien sie stärker von Genehmigungen der Kommunalverwaltung abhängig (ebd.). Willi Sutter verwies auf das häufige Problem in Beteiligungsprozessen, dass zwar viele Ideen geschmiedet würden, eine funktionierende Strategie für die Umsetzung aber letzten Endes fehle, so dass die Ideen „verpufften“ (Interview 4 WS: ab 00:53:17. Er bedauerte außerdem, dass nicht mehr soziale oder gemeinwohlorientierte Zentren gemeinschaftlich entwickelt würden (Interview 4 WS: ab 00:21:30). Er sieht hierin eine kommunale Aufgabe, die von Einzelnen erfüllt werde, obwohl sie mit großen Risiken und einem hohen Arbeitsaufwand verbunden sei (ebd.). Er kenne zwar Kommunen mit engagierten Bürgermeister:innen, die solche Projekte aus eigenem Interesse fördern und voranbringen wollten, doch auch für sie sei die Umsetzung nicht immer einfach (Interview 4 WS: ab 00:17:08). Lucia Eitenbichler sieht es ebenfalls in der Verantwortung der Kommunen, Infrastrukturen für gemeinwohlorientierte Projekte zu schaffen und Unterstützung für zivilgesellschaftliche Initiativen anzubieten (Interview 2 LE: 00:31:12). Kommunen dürften sich zudem nicht einfach darauf verlassen, dass ihnen bei den vielen verschiedenen gesellschaftlichen Herausforderungen, immer engagierte Bürger:innen zur Seite stünden, sagt Claudia Peschen. Bürger:innen müssten selbst entscheiden können, ob und wie und wo sie sich engagieren möchten. Stattdessen sollten die Kommunen Strukturen schaffen, die bürgerschaftliches Engagement begünstigten – denn ganz ohne werde es nicht gehen (Interview 3 CP: ab 00:55:52).

Helga Koof und Stefanie Schmitz-Veltin berichteten, dass der aktuell herrschende Fachkräftemangel auch die Verwaltungsstrukturen treffe, so dass zum Beispiel die richtige

Kommunikation bezüglich Fördermöglichkeiten auf der Strecke bleibe (Interview 5 HK & SSV: ab 00:45:48). Wenn in der kommunalen Verwaltung Stellen unbesetzt blieben und Bürgermeister:innen die Aufgaben der Sachbearbeitung selbst übernehmen müssten, sei vieles nicht mehr zu bewältigen, führten sie weiter aus (ebd.). Willi Sutter verwies darauf, dass Kommunalverwaltungen oft über begrenzte Haushaltsmittel verfügten und dadurch in ihrem Handeln eingeschränkt seien – immer häufiger müssten sie schauen, dass sie „überhaupt über die Runden“ kämen (Interview 4 WS: ab 00:17:08). Lucia Eitenbichler schlug vor, Kommunalverwaltungen, die mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen haben, sollten versuchen, dieses Problem gemeinschaftlich mit den anderen Akteur:innen in ihrer Gemeinde anzugehen (Interview 2 LE: ab 00:34:42). Claudia Peschen bemängelte im Interview jedoch, dass die aktuellen Verwaltungsstrukturen nur wenig Spielraum für Partizipation lassen würden (Interview 3 CP: ab 00:06:17). Für einen Wandel im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements müssten in der Verwaltung daher neue Wege eingeschlagen werden (ebd.).

Derzeit sei die Verwaltung aus Sicht der Bürger:innen oft negativ konnotiert und der notwendige Veränderungsprozess stelle eine Herausforderung für alle Beteiligten dar (Interview 3 CP: ab 00:06:17). Es komme unter anderem vor, dass Kommunen blockten und ihren Bürger:innen weder richtig zuhörten noch ihre kommunale Verantwortung in bestimmten Bereichen sähen, berichtete Lucia Eitenbichler (Interview 2 LE: ab 00:09:10). Einige Kommunen würden die Verantwortung lieber einer engagierten Bevölkerung überlassen, als selbst aktiv zu werden (ebd.). Wie stark sich Bürger:innen beteiligten und für ihre Gemeinde engagierten, hänge allerdings immer von der Haltung der Verwaltungsspitze ab (Interview 3 CP: ab 00:29:30). Wenn Bürgermeister:in und Gemeinderat vor Ort ihre Verantwortung nicht sähen, könne es für zivilgesellschaftliche Initiativen sehr schwer sein, ihre Projekte umzusetzen, gab auch Lucia Eitenbichler zu bedenken (Interview 2 LE: ab 00:09:10). Sie gehe davon aus, dass Kommunen, die gegenüber engagierten Bürger:innen eine offene Haltung zeigten, zukünftig einen deutlichen Standortvorteil hätten (Interview 2 LE: ab 00:10:33).

Stefanie Schmitz-Veltin erkannte an, dass es an der Schnittstelle von Verwaltung und Zivilgesellschaft teilweise am gegenseitigen Verständnis hake, Kommunikationswege und Unterstützungsangebote seien bisher nicht in allen Kommunen gleich gut ausgebaut (Interview 5 HK & SSV: ab 00:45:48). Einige Gemeinden kommunizierten die Ausschreibungen für Förderprogramme zum Beispiel über ihre Homepage und das Amtsblatt und gäben dazu gleich konkrete Ansprechpersonen mit Kontakt an (ebd.). In anderen Kommunen müssten engagierte Bürger:innen wiederum von selbst auf die Gemeindeverwaltung zugehen, um herauszufinden, welche Möglichkeiten es gebe und wer die richtigen Ansprechpersonen seien (ebd.).

4.3.2 Bürgerschaftliches Engagement als Chance

Lucia Eitenbichler sehe einen zunehmenden Bedarf an bürgerschaftlichem Engagement, einerseits aufgrund des Fachkräftemangels im Bereich der Daseinsvorsorge und andererseits, um den sozialen Zusammenhalt in kleinen ländlichen Kommunen zu stärken (Interview 2 LE: ab 00:45:25). Sie verstehe bürgerschaftliches Engagement als eine „Chance, Demokratie zu gestalten“ (ebd.). Claudia Peschen glaubt, die Umsetzung alternativer Modelle zur Belebung von Ortsmitten werde nur mit bürgerschaftlichem Engagement gehen (Interview 3 CP: 00:06:17). Im Bereich des Gemeinwohls sei es außerdem wichtig, Projekte gemeinsam mit der Zivilgesellschaft umzusetzen und nicht von oben herab über die Bedürfnisse der

Bürger:innen zu bestimmen – gemeinwohlorientierte Projekte sollten immer partizipativ entwickelt werden (Interview 3 CP: ab 00:53:51). Auch Fridolin Koch hält bürgerschaftliches Engagement für eine gute Lebensqualität in ländlichen Räumen für unabdingbar (Interview 1 FK: ab 00:58:05). Und Willi Sutter findet, die Bürger:innen sollten für ihren Ort Verantwortung übernehmen – nicht bloß in der Mitwirkung, sondern auch in wirtschaftlichen Aspekten (Interview 4 WS: ab 00:17:08).

Man müsse jedoch aufpassen, dass zivilgesellschaftliche Initiativen nicht „missbraucht“ würden, um Aufgaben zu übernehmen, für die eigentlich die Kommune zuständig sei, sagte Annika Reifschneider (Interview 6 AR: ab 00:52:00). Denn es liege ein schmaler Grat zwischen Beteiligung, Koproduktion und dem „Abwälzen“ von kommunalen Aufgaben (ebd.). Dieser Meinung waren auch Fridolin Koch (Interview 1 FK: ab 00:58:05) und Lucia Eitenbichler. Gerade, wenn aus Krisensituationen heraus nach bürgerschaftlichem Engagement gerufen werde, betonte Eitenbichler, dürfe dieses nicht als „Lückenbüßer“ dienen (Interview 2 LE: ab 00:45:25). Wenn Kommunen bei Beteiligungsprozessen zu bürgerschaftlichem Engagement aufrufen, bloß weil sie Aufgaben selbst nicht übernehmen möchten oder können, könne es dazu kommen, dass die Menschen vor Ort irgendwann sagen „für dich nicht“, warnte Claudia Peschen (Interview 3 CP: ab 00:29:04). Wenn die kommunalen Ressourcen oder bürgerschaftliches Engagement nicht ausreichen, könnten bestimmte Angebote nicht stattfinden – das ist „ja doch Realität“ sagte auch Fridolin Koch (Interview FK: ab 00:58:05). Problematisch werde es außerdem, so Willi Sutter, wenn die Basis an aktiver Unterstützung zu gering sei – wenn eine Kommune ein Projekt beispielsweise befürworte, dies aber vor allem tue, um sich nicht gegen ihre Bürger:innen zu stellen (Interview 4 WS: ab 00:23:01). Wenn die zivilgesellschaftlichen Initiator:innen sich dann der vollen Verantwortung und des notwendigen Einsatzes bewusst würden, zögen sich einige von ihnen mitunter schnell wieder zurück, auch, wenn sie zuvor lautstark Werbung für ihr Projekt gemacht hätten (ebd.).

4.3.3 Weitere Akteur:innen gemeinwohlorientierter Angebote

Neben den kommunalen Verwaltungen und engagierten Bürger:innen wurden in den Interviews auch privatwirtschaftliche Unternehmen und Investor:innen, die katholische und evangelische Kirche sowie soziale Träger als Akteur:innen gemeinwohlorientierter Projekte angesprochen.

Lucia Eitenbichler äußerte im Gespräch den Eindruck, dass die Menschen sich im Bereich der Daseinsvorsorge zu lange auf den Staat – und der Staat sich wiederum zu sehr auf den Markt – verlassen hätten, und glaubt, dass dabei eine gewisse Solidarität untereinander verloren gegangen sei (Interview 2 LE: ab 00:07:41). Aufgaben, welche der Markt üblicherweise regelt, überließen die Kommunen in der Regel gerne weiterhin dem Markt, merkte sie an, doch immer häufiger fänden sich auf dem freien Markt nicht mehr ausreichend Anbieter:innen und Träger:innen der Daseinsvorsorge (Interview 2 LE: ab 00:32:00). Wenn es um die Finanzierung von Gebäuden gehe, führte Willi Sutter aus, fänden sich am Ende manchmal private Investor:innen (Interview 4 WS: ab 00:53:17). Lucia Eitenbichler sieht bei privatwirtschaftlichen Investor:innen im Bereich gemeinwohlorientierter Projekte allerdings die Gefahr zusätzlicher Kosten für die Nutzer:innen sowie die fehlende Garantie, dass ein Gebäude dauerhaft dem Gemeinwohl gewidmet bleibt (Interview 2 LE: ab 00:23:11). Und auch Willi Sutter ist generell der Meinung, dass Landesverwaltungen nicht alles privatwirtschaftlichen Akteur:innen überlassen dürften, sondern dass es hier mehr

Kooperationen zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft geben sollte (Interview 4 WS: ab 01:07:52).

Im Gespräch mit Fridolin Koch ging es außerdem um die Rolle der Kirchen: Die gesellschaftliche Relevanz der kirchlichen Institutionen werde in den kommenden drei Jahrzehnten noch stärker abnehmen und die Kirche müssten sich überlegen, welche Rolle sie zukünftig spielen möchte (Interview 1 FK: ab 00:31:24). Solange die Kirche noch in fast jeder Kommune einen festen Platz hätte, könnte sie, wenn sie wollte, eine große Unterstützung in der ländlichen Entwicklung darstellen, führte Fridolin Koch an (Interview 1 FK: ab 00:22:14). Er glaubt daher, dass jetzt ein guter Zeitpunkt sein könnte, um mit den Kirchen ins Gespräch zu kommen (Interview 1 FK: ab 00:25:05). In Bezug auf Gebäude und Grundstücke aus kirchlicher Hand gab Lucia Eitenbichler zu bedenken, dass die Kirchen selbst auf die Einnahmen angewiesen seien und daher die Gebäude längst nicht immer zum symbolischen Taler abgaben – mitunter fehle es bürgerschaftlichen Initiativen dann am nötigen Kapital zum Kauf (Interview 2 LE: ab 00:30:36). Hier könnten zum Beispiel die Kommunen als Befürworterinnen einspringen oder eine Genossenschaft für den Kauf gründen und die Bürger:innen mit ins Boot holen, führte sie an (ebd.).

4.4 Von Beteiligung zu bürgerschaftlichem Engagement

4.4.1 Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement wandle sich parallel mit den gesellschaftlichen Veränderungen und sie sehe dieses System gerade an einem Kipppunkt, sagte Claudia Peschen (Interview 3 CP: ab 00:46:32). Es befinde sich an einer Schwelle von nicht mehr funktionierenden Strukturen hin zu neuen Möglichkeiten, die sich auftäten (ebd.). Bezüglich des Wandels von Engagement durch gesellschaftliche Transformationsprozesse sprach Fridolin Koch als Beispiel die Veränderungen in der Mobilität und der Arbeitswelt an, welche dazu führten, dass die Menschen immer weniger Zeit für Engagement hätten (Interview 1 FK: ab 00:41:09). Lucia Eitenbichler und Claudia Peschen machten beide darauf aufmerksam, dass Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement attraktive Treffpunkte bräuchten, um weiterhin zu funktionieren: Eitenbichler zitierte einen ehemaligen Bürgermeister als sie sagte: „Beteiligung schafft Verantwortung“ (Interview 2 LE: ab 00:46:42). Wenn wir es schafften, Menschen zu beteiligen, dann seien wir auf dem richtigen Weg – denn dann übernähmen diese Menschen auch Verantwortung für sich und ihre Gemeinschaft und für den Ort, an dem sie lebten (ebd.). Hierfür müssten Rahmenbedingungen und Räume geschaffen werden, die attraktiv sind und „wo man gerne ist, wo man sich gerne aufhält, wo man gerne miteinander arbeitet, wo man sich gerne engagiert, wo sinnhaftes Tun natürlich stattfindet, wo man was zurückkriegt“ (Interview 2 LE: ab 00:46:42). Auch Claudia Peschen findet, bürgerschaftliches Engagement brauche Treffpunkte (Interview 3 CP: ab 00:52:01). Am besten würden diese Orte von den Menschen selbst ausgewählt und gestaltet, denn sonst bestehe die Gefahr, dass am Ende niemand hingehge (ebd.). Gemeinwohlorientierte Projekte seien einerseits auf Förderungen und andererseits auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Haltung gegenüber finanziellem Profit und Leistung angewiesen (Interview 3 CP: ab 00:58:29). Claudia Peschen findet, wir müssen uns als Gesellschaft und als Einzelpersonen mehr Gedanken zum Thema Nachhaltigkeit und Erhalt machen, statt immer größeres Wachstum anzustreben, wie es seit Jahrzehnten geschieht (Interview 3 CP: ab 01:00:06).

4.4.2 Kommunale Beteiligungsprozesse

Insbesondere mit Claudia Peschen, die lange Zeit selbst in Verwaltungspositionen tätig war und freiberuflich regelmäßig Beteiligungsprozesse durchführt, habe ich im Interview über die kommunale Haltung zu Partizipation gesprochen (Interview 3 CP: ab 00:27:04). Die Haltung zu bürgerschaftlichem Engagement und Beteiligungsprozessen sei in den Kommunen sehr unterschiedlich, führte sie an (Interview 3 CP: ab 00:39:00). Einige Kommunen meldeten beispielsweise erst dann ein Interesse an Partizipationsverfahren an, wenn sich bereits Konflikte ankündigten, berichtete sie (Interview 3 CP: ab 00:35:39). Die betreffenden Kommunen hofften darauf, diese Konflikte durch ein Beteiligungsverfahren zu lösen, oder stünden, zum Beispiel durch Unterschriftenlisten, bereits so unter Druck, dass sie an einem Beteiligungsverfahren nicht mehr vorbeikämen (ebd.). Willi Sutter merkte an, dass es immer wieder Projekte gebe, bei denen erst Externe von außen kommen müssten, um darauf hinzuweisen, dass es eine gute Idee sei, in das Gespräch und in die Zusammenarbeit mit den Bürger:innen zu gehen (Interview 4 WS: ab 00:37:17). Er wünsche sich an dieser Stelle mehr Verantwortungsgefühl und Eigeninitiative in den Kommunen (ebd.). Ein Land wie Baden-Württemberg könne sich zwar wünschen, „Beteiligungsländle“ zu sein (Interview 3 CP: ab 00:28:20), erzwingen lasse sich die nötige Haltung dazu jedoch nicht, sagte Claudia Peschen (Interview 3 CP: ab 00:40:10).

Da Bürger:innen in der Regel spürten, wenn sie nicht ernst genommen werden, sei es wichtig, dass Verwaltungsinstitutionen nur Beteiligungsverfahren durchführten, wenn sie ein wirkliches Interesse an gemeinsamen Ergebnissen hätten und sich im Klaren darüber seien, warum sie Beteiligung machen, merkte Claudia Peschen ebenfalls an (Interview 3 CP: ab 00:27:55). Die Kommunen sollten „eine Lust daran haben, mit den Menschen in Kontakt zu gehen, in den Dialog zu gehen“ und außerdem offen sein für andere Meinungen, empfiehlt sie (ebd.). Für Beteiligungsprozesse und kooperative Entwicklungsprozesse sei es wichtig, von Verwaltungsseite einen klaren Rahmen vorzugeben (Interview 3 CP: ab 01:04:32). Kommunen, die ihre Bürger:innen in Entwicklungsprozesse mit einbeziehen möchten, sollten zunächst eine Strategie hierzu entwickeln und gemeinsame Ziele der Beteiligung festlegen (ebd.). Diese Ziele müssten den Bürger:innen transparent und begründet kommuniziert werden, um keine falschen Erwartungshorizonte bei ihnen zu wecken. Dieser Meinung waren auch Annika Reifschneider (Interview 6 AR: ab 00:48:32) sowie Helga Koof und Stefanie Schmitz-Veltin (Interview 5 HK & SSV: ab 00:53:34). Es müsse frühzeitig klargestellt werden, in welchen Bereichen die Bürger:innen tatsächlich ein Mitspracherecht hätten und in welchen nicht, und, wo eine Umsetzung möglich sei und wo nicht, sagte Reifschneider (Interview 6 AR: ab 00:48:32 & 00:50:38).

Sowohl Beteiligungsverfahren als auch bürgerschaftliches Engagement hätten viel mit Vertrauen zu tun, erklärte Claudia Peschen (Interview 3 CP: ab 00:27:04). Gut durchgeführte Beteiligungsverfahren könnten das Vertrauen in die Demokratie stärken, welches wiederum eine wichtige Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement darstellte (Interview 3 CP: ab 00:42:56). Abgesehen von klassischen Beteiligungsverfahren sei es für das Aufrechterhalten des Demokratie-Vertrauens wichtig, den Menschen nah zu sein, auf sie zuzugehen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen (ebd.). Ein Ortsvorsteher aus Baden-Württemberg lade beispielsweise drei- bis viermal im Jahr seine gesamte Gemeinde zum offenen Gespräch mit allen aktuellen Themen ein und eine SPD-Politikerin fahre im Süden Brandenburgs mit einem Bollerwagen durchs Dorf und spreche die Menschen auf der Straße an, statt aufdringlich an Haustüren zu klingeln (Interview 3 CP: ab 00:42:56; siehe auch Willeke 2023). Ebenso wichtig für bürgerschaftliches Engagement und Demokratie sei

außerdem das Gefühl der Selbstwirksamkeit, weshalb dieses so früh wie möglich und bereits mit Beteiligung im Kinder- und Jugendalter unterstützt werden sollte, führte Claudia Peschen an (Interview 3 CP: ab 00:45:22).

4.4.3 Kommunale Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement

Lucia Eitenbichler schlägt vor, dass Kommunen zivilgesellschaftliche Initiativen schon mit wenig Aufwand unterstützen könnten, indem sie zum Beispiel Räume zur Verfügung stellen und Kopier- und Druckmöglichkeiten anbieten würden – oder mit einer Ansprechperson und „einem offenen Ohr“ gegenüber ihren Bürger:innen (Interview 2 LE: ab 00:38:35). Willi Sutter berichtete von einer Gemeinde, in der die Kommune ihren Bürger:innen einen kleinen Raum zur Nutzung als Café zur Verfügung gestellt und den zivilgesellschaftlichen Akteur:innen somit das wirtschaftliche Risiko abgenommen hätte (Interview 4 WS: ab 00:23:01).

Die Begleitung zivilgesellschaftlicher Projekte könnten insbesondere kleine Kommunen in der Regel nicht bedienen, außer sie hätten eine Person hauptamtlich dafür eingesetzt, die fachlich passend dafür aufgestellt sei, führte Claudia Peschen an (Interview 3 CP: ab 00:10:27). Willi Sutter forderte, dass Kommunen besser zum Thema Förderung von Gemeinwohl und bürgerschaftliches Engagement geschult werden sollten, zum Beispiel könnten hierzu Arbeitsgruppen in den Verwaltungen gebildet werden (Interview 4 WS: ab 00:24:50). Er wünschte sich, dass das Thema Begegnungsorte, unter anderem als Entstehungspunkt sozialer Innovationen, in Hinblick auf die drei Eckpunkte Förderung, Engagement und Tragfähigkeit mehr kommunal gesteuert werde (Interview 4 WS: ab 00:24:50). Durch eine Vorgabe der EU würden die Kommunalverwaltungen beim Förderprogramm LEADER bereits gezielt mit in die Verantwortung genommen, da sie Teil der Aktionsgruppen sein müssten – denn, „wenn eine Kommune bei irgendetwas nicht dahintersteht, wird es auch nicht laufen“, erläuterte Helga Koof (Interview 5 HK 00:39:51).

Engagierten Bürger:innen, die von ihren Bürgermeister:innen nicht unterstützt würden oder sogar Gegenwind von ihnen erfahren, bleibe im schlimmsten Falle nur die Option einer Neuwahl mit der nächsten Wahlperiode – sofern die Initiative auch den anderen Menschen im Ort ein wichtiges Anliegen ist, merkte Claudia Peschen an (Interview 3 CP: ab 00:31:12). Allerdings könne es noch mehrere Jahre bis zur nächsten Wahl dauern, bis dahin müssten die Initiatorinnen versuchen, andere Kontakte in der Verwaltung von ihrer Idee zu überzeugen und zum Beispiel auch lokale Unternehmen mit ins Boot zu holen, schlug sie vor (ebd.).

4.4.4 Schlüsselfiguren im bürgerschaftlichen Engagement

Für zivilgesellschaftliche Initiativen sei es immer hilfreich, wenn eine Handvoll Personen laut und deutlich den Anfang mache, das Projekt nach außen trage und mit starkem Beispiel vorangehe, erklärte Lucia Eitenbichler (Interview 2 LE: ab 00:46:06). „Wenn es vor Ort gute Leute gibt, die die Zeit haben und Lust sich zu engagieren, dann kann wahnsinnig viel losgehen - wenn es sie halt nicht gibt, dann passiert nichts“, sagte auch Fridolin Koch (Interview 1 FK: ab 01:20:33). Und insbesondere LEADER-Projekte lebten davon, dass einzelne Bürger:innen sehr viel Engagement und „Herzblut“ reingeben, damit die Projekte erfolgreich laufen, berichtete auch Helga Koof (Interview 5 HK & SSV: ab 00:39:28). Willi Sutter beschrieb eine kleine Gemeinde nahe Freiburg, in der zwar viele bürgerschaftliche Projekte liefen, für die jedoch ein paar Einzelne mit viel Energie verantwortlich seien (Interview 4 WS: ab 00:35:17). Starke Initialzündler:innen in einer Gruppe seien wichtig, um

Initiativen auf den Weg zu bringen – fehlten diese zu Beginn, müsse eine Gruppe gute Standfestigkeit zeigen und sich gegenseitig stärken, führte Lucia Eitenbichler weiter aus (Interview 2 LE: ab 00:47:23). Einzelne bewirkten wenig, besser sei es, eine breitere Basis zu haben, erklärte sie (ebd.). Wenn sich zum Beispiel die Kommunalverwaltung schwer überzeugen lasse, sei es wichtig, so viele Menschen wie möglich aus der Gemeinde zusammenzubekommen, die hinter dem Projekt stünden (Interview 2 LE: ab 00:10:44). In zivilgesellschaftlichen Initiativen Menschen mit Erfahrungen aus der Verwaltung dabei zu haben, sei sicherlich hilfreich, um Projekte erfolgreich umzusetzen, dies berichtete Eitenbichler aus ihrer eigenen Erfahrung bei der Bürgergemeinschaft in Oberried (Interview 2 LE: ab 00:38:23). Auch Claudia Peschen erklärte, sie profitiere von dem Verständnis beider Seiten, da sie früher selbst im Verwaltungsbereich tätig war und bis heute eng mit Verwaltungen zusammen arbeite (Interview 3 CP: ab 00:01:20). Bürgerschaftliches Engagement sei außerdem immer auch auf die Unterstützung von und Zusammenarbeit mit Hauptamtlichen angewiesen – und genauso sei es auf der anderen Seite, merkte sie noch an (Interview 3 CP: ab 00:06:17).

Willi Sutter berichtete von einer engagierten Bürgermeisterin, die gemeinwohlorientierte Projekte vorantrieben und für die Betreuung und Koordination eine extra Personalstelle geschaffen habe (Interview 4 WS: ab 00:27:47). Diese Bürgermeisterin habe außerdem ein Projekt zur Schaffung eines multifunktionalen Begegnungsortes unterstützt und befördert (Interview 4 WS: ab 00:27:47). Auch Claudia Peschen erzählte von Gemeinden, in denen durch engagierte Bürgermeister:innen zahlreiche Projekte mit alternativen Konzepten umgesetzt würden, um ihren Ort lebendig halten und für eine hohe Lebensqualität vor Ort zu sorgen (Interview 3 CP: ab 00:29:30). Lucia Eitenbichler führte anhand eines Beispiels aus, wie schnell sich engagierte Personen freiwillig meldeten, wenn Projektideen von den Bürgermeister:innen unterstützt würden und auch hauptamtliche Personen mit beteiligt seien (Interview 2 LE: ab 00:05:19). Doch nicht überall gebe es engagierte Bürgermeister:innen, die gegenüber Innovationen und alternative Konzepten offen sind, merkte Willi Sutter an (Interview 4 WS: ab 01:14:52). Fridolin Koch sieht es als ein Hindernis für kooperative Ansätze, wenn Bürgermeister in Konkurrenzmustern dächten und handelten, da dies Begegnungen auf Augenhöhe verhinderte (Interview 1 FK ab 01:05:30). Er meinte hiermit insbesondere männliche Bürgermeister, die nach wie vor die Mehrheit an den Spitzen der ländlichen Kommunalverwaltungen stellten – bei weiblichen Bürgermeisterinnen sehe er weniger die Gefahr eines egoistisch ausgerichteten Geltungsbedürfnisses (ebd.). In Fällen, bei denen die Bürgermeister:innen nicht unterstützend dabei oder offen für eine Zusammenarbeit seien, könnten mitunter durch andere Verwaltungsmitarbeitende Handlungsspielräume entstehen, erklärte Koch außerdem (Interview 1 FK: ab 01:06:48). Bei unkooperativen Bürgermeister:innen helfe es, unterstützende Personen im Gemeinderat oder an anderen Stellen in der Kommunalverwaltung sitzen zu haben, ansonsten könne eine Neuwahl helfen, führte er weiter aus. (Interview 1 FK: ab 01:11:53). Fridolin Koch berichtete von einem Projekt, welches von der Verwaltungsspitze zunächst keine Unterstützung erhalten und sich bis zur nächsten Kommunalwahl mit Fördermitteln über Wasser gehalten habe – nun sitze eine Person im Rathaus, die sich dem Thema der *Caring Communities* angenommen habe, so dass auch das Projekt selbst wieder eine besser Perspektive habe (Interview 1 FK: ab 01:08:54).

4.4.5 Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement

Claudia Peschen engagiere sich selbst insbesondere dann, wenn sie Wertschätzung und Unterstützung bekomme und, wenn sie selbst über den zeitlichen Aufwand bestimmen

könne, erzählte sie im Interview (Interview 3 CP: ab 00:46:32). Lucia Eitenbichler führte aus, dass der Arbeitseinsatz engagierter Bürger:innen beispielsweise über ein Arbeitszeitkonto dokumentiert werden könne (Interview 2 LE: ab 00:16:33). So müssten alle Personen nur das an Zeit einbringen, was ihnen zur Verfügung stehe oder was sie für das Engagement aufbringen möchten – denn niemand solle sich für die Menge aufgebrauchter Zeit rechtfertigen müssen (ebd.). Eitenbichler merkte außerdem an, wie wichtig ehrenamtliches Engagement sei, um Entwicklungen in unserer Gesellschaft voranzubringen, doch das dieses auch fair verteilt sein müsse (Interview 2 LE: ab 00:20:31). Es dürfe dabei zum Beispiel nicht immer auf ehemalige Hausfrauen mit kleiner Rente zurückgegriffen werden, während Männer für ihre Tätigkeiten gut bezahlt würden (ebd.). Auch in Vereinen müsse nicht alles über freiwilliges Engagement laufen, sondern es könnten feste Mitarbeiter:innen mit Vergütung neben Ehrenamtlichen, die eine Aufwandspauschale erhielten, angestellt werden, erklärte Lucia Eitenbichler noch (ebd.). Wichtig sei, dass sich alle zusammen die Verantwortung teilten und niemand ausgebeutet werde (Interview 2 LE: ab 00:20:31). Bei der Aufwandsentschädigung könne beispielsweise darauf geachtet werden, in welchen anderen Arbeits- und Einkommensverhältnissen die Personen sich sonst befänden (ebd.).

4.5 Zur wirtschaftlichen Tragfähigkeit von Gemeinwohl

Gemeinwohlorientierte Projekte seien einerseits auf Förderungen und andererseits auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Haltung gegenüber finanziellem Profit und Leistung angewiesen, sagte Claudia Peschen (Interview 3 CP: ab 00:58:24). Viele Bereiche der Daseinsvorsorge würden in unserer heutigen Gesellschaft profitorientiert betrachtet. Dieses Prinzip habe dem „Gemeinwohl sehr geschadet“, meinte sie (Interview 3 CP: ab 00:58:53). Willi Sutter berichtete von einer kleinen Kommune nahe Freiburg, die mit einem genossenschaftlichen Projekt im ehemaligen Rathaus scheiterte (Interview 4 WS: ab 00:19:39). Dort sollte ein Treffpunkt mit Café und kleinem Veranstaltungssaal entstehen. Es gab bereits eine Beteiligungswerkstatt dazu, doch dann wurde das Projekt durch die Coronapandemie ausgebremst (ebd.). Allerdings seien die Bürger:innen schon zu Beginn des Projektes unsicher gewesen, ob sie es langfristig tragbar bekommen hätten (ebd.).

4.5.1 Voraussetzungen für eine langfristige Tragfähigkeit

Die große Schwierigkeit gemeinwohlorientierter Projekte bestehe darin, eine wirtschaftliche Tragfähigkeit herzustellen und Personen oder Gruppen zu finden, die langfristige Verantwortung übernehmen wollen und können, erklärte Willi Sutter (Interview 4 WS: ab 00:17:08). Um gemeinwohlorientierte Projekte langfristig tragen zu können, brauche es engagierte Menschen, die bereit seien, dauerhaft einen Beitrag zu leisten. Willi Sutter hat jedoch schon erlebt, wie schnell die Menschen davor Angst bekommen (Interview 4 WS: ab 00:18:45). Kommunen, die eh schon mit knappen finanziellen Mitteln zu kämpfen hätten, seien nicht in der Lage, sich selbst nicht tragende Projekte zu stützen. Denn es müssten auch andere wichtige Infrastrukturen finanziell getragen werden, wie zum Beispiel Kindergärten und Schule, eine Sporthalle oder mal ein Hallenbad. Ein Dorfgemeinschaftshaus zu finanzieren, wenn es eigentlich nur eine kleine Gruppe an Personen gibt, die dieses nutzen würde, könnten viele Kommunen sich nicht leisten, sagte Helga Koof (Interview 5 HK & SSV: ab 00:49:16). Je kleiner die Gemeinden, desto geringer sei in der Regel die Auslastungsquote und desto weniger Haushaltsmittel stünden der Kommune zur Verfügung. Viele Nutzungskonzepte würden in ihrer Umsetzung und Tragfähigkeit dadurch erschwert, sagte Fridolin Koch (Interview 1 FK: ab 00:56:06). Kleinere Kommunen hätten in der Regel auch keine Kapazitäten, sich um Fördermittel für zivilgesellschaftliche Projekte zu bemühen,

fürte Claudia Peschen an (Interview 3 CP: ab 00:10:27). Bevor Fördermittel bewilligt würden, müsse das Konzept wirtschaftlich betrachtet werden - man sei schließlich auch im wirtschaftlichen Bereich tätig, forderte Helga Koof (Interview 5 HK 00:39:04). Außerdem stelle sich die Frage, ob Steuergelder in Projekte fließen sollten, die gar nicht laufen (Interview 5 HK & SSV: ab 00:37:32). Wenn Konzepte wirtschaftlich funktionierten, trügen sie sich auch langfristig, unterstützt Willi Sutter diese Aussage (Interview 4 WS: ab 00:24:05). Und wenn Menschen sähen, dass ein Konzept funktionierte, engagierten sie sich auch weiterhin gerne und trügen die Projekte weiter (ebd. ff.). Wenn Nutzungskonzepte nicht von allein wirtschaftlich rentabel würden, müssten sie umso mehr von ehrenamtlichen Engagement getragen werden, glaubt Fridolin Koch (Interview 1 FK: ab 00:53:15). Für Nutzungskonzepte brauche es nicht nur den Bedarf und gute Ideen, sondern auch Personen, die den Betrieb übernehmen und sich dafür (wirtschaftlich) verantwortlich fühlen, so denkt Willi Sutter (Interview 4 WS: ab 00:35:17).

4.5.2 Bedarfsgerechte Entwicklung

Nicht jede Idee sei reif genug, umgesetzt zu werden oder wird in diesem Moment in einem Ort gebraucht (Interview 5 HK & SSV: ab 00:39:28). Helga Koof betonte während des Interviews mehrfach, dass nicht jede Idee engagierter Bürger:innen umsetzungsreif oder bedarfsgerecht sei (Interview 5 HK & SSV: ab 00:51:37). Dass Gaststätten und Dorfläden schließen, liege auch daran, dass viele sie nicht mehr nutzten, sagte Willi Sutter (Interview 4 WS: ab 00:17:08). Auch Helga Koof wies auf diesen Widerspruch von angeblichem Mangel bei gleichzeitiger Nicht-Nutzung hin (Interview 5 HK & SSV: ab 00:49:16). Nutzungskonzepte dürften sich nicht zu sehr auf globale Trends und moderne Ausstattung konzentrieren, sondern sollten bedarfsorientiert sein. Bei Co-Working-Konzepten, beispielsweise, sieht Willi Sutter in den ländlichen Räumen in Baden-Württemberg bisher wenig Bedarf. Statt leere Arbeitsplätze anzubieten sei es wichtig, lokale Unternehmen in die Planung mit einzubeziehen, so dass diese sich auch wirtschaftlich beteiligten und Nutzer:innen brächten, und damit tatsächlich ein Beitrag zur langfristigen Tragfähigkeit geleistet werde (Interview 4 WS: ab 00:28:35). Nicht-bedarfsorientierte Nutzungskonzepte seien eine Verschwendung von Fördermitteln, findet Willi Sutter (Interview 4 WS: ab 00:32:07). Es liege längst nicht immer an der fehlenden Unterstützung von kommunaler Seite, dass bürgerschaftliche Projekte nicht in die Umsetzung kommen, stellten Helga Koof und ihre Kollegin fest. Die Kommunalverwaltungen müssten die Bedarfe in der Gemeinde feststellen und priorisieren. Dabei könne es vorkommen, dass einige Ideen engagierter Bürger:innen nicht auf der Prioritätenliste der Kommune stehen und hintenangestellt werden (Interview 5 HK & SSV: ab 00:49:16). Es gebe einige Projekte, die solche Orte wiederbelebten, und gut funktionierten. Dabei müsse man allerdings beachten, dass sich viele davon im Einzugsbereich Freiburg befänden und dort zum Beispiel auch durch den Fahrradtourismus belebt und getragen würden. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen verhielten sich im Einzugsbereich um eine Stadt wie Freiburg allerdings ganz anders als tief im Schwarzwald, merkte Willi Sutter an (Interview 4 WS: ab 00:34:34). Es müsse auch untersucht werden, warum frühere Angebote nicht funktionierten (Interview 4 WS: ab 00:39:44). Auch Projekte, die Fördermittel erhielten, benötigten von Beginn an ein tragfähiges Konzept, damit sie nicht wieder in der Versenkung verschwänden (Interview 4 WS: ab 00:30:25). Außerdem müssten sie in die Gemeinde eingetragen und von den Bürger:innen vor Ort angenommen und mitgetragen werden (Interview 4 WS: ab 00:28:35). Wenn Projekte von außen kämen, von Fördermitteln finanziert und nicht richtig in die Gemeinde integriert würden, scheiterten sie schnell wieder - was durchaus dazu führen könne, dass auch weitere Unterstützungen eingestellt und zukünftig deutlich kritischer

betrachtet oder sogar von vornherein abgeblockt würden (Interview 4 WS: ab 00:24:50). Das richtige Fachwissen müsse zunächst einmal vorhanden sein und später geteilt werden. Bei einem ihm bekannten Projekt habe das für die Kommune zuständige Landratsamt beispielsweise ein Treffen mit allen Sozialverbänden im Landkreis organisiert, als es darum ging ein Konzept im sozialen Bereich aufzubauen. Bei dem Treffen hätten so alle Bereiche ihre individuellen Bedarfe anmelden können und Einblicke geben können, was sie tatsächlich brauchen und was nicht (Interview 4 WS: ab 01:02:16).

4.5.3 Geschäftsmodell und Businessplan

Von einer reinen Startförderung habe niemand etwas, wenn nicht klar sei, was am Ende dabei herauskommen soll, machten die beiden Referentinnen aus dem MLR deutlich (Interview 5 HK & SSV: ab 00:39:28). Gerade bei Beteiligungsprozessen kämen schnell viele Ideen auf, die noch längst nicht umsetzungsfähig und dementsprechend nicht bewilligungsreif aus Sicht der Fördermittelgebenden seien. Denn wenn Fördermittel zur Verfügung gestellt würden, sollten sie auch so bald wie möglich genutzt werden. Bei LEADER gebe es beispielsweise sehr kurze Fristen, in denen das Geld umgesetzt werden müsse, damit es nicht verpufft, zum Beispiel am Ende einer Förderperiode (Interview 5 HK & SSV: ab 00:49:16). Die verschiedenen Akteur:innen müssten in der einen oder anderen Form hinter dem Projekt stehen. Dazu zähle beispielsweise auch, dass Einrichtungen von den Bürger:innen tatsächlich genutzt würden. Ein Dorfladen, der dann aber aufgrund der höheren Preise nicht genutzt werde, bringe niemanden weiter und werde sich auf Dauer nicht tragen können (Interview 5 HK & SSV: ab 00:39:28).

4.5.4 Niedrigschwellige und multifunktionale Nutzungskonzepte

Der Bedarf an Lösungen für eine gute Lebensqualität sei in ländlichen Räumen größer als in städtischen Verdichtungsräumen, stellte Fridolin Koch dar (Interview 1 FK: ab 00:53:15). Je peripherer die Räume, desto größer seien die alltäglichen Herausforderungen; je dichter die Räume besiedelt seien, von desto mehr Nutzer:innen würden Orte genutzt und wirtschaftlich getragen (ebd.). In ländlichen Räumen werde die wirtschaftliche Rentabilität durch eine geringere Nutzungsintensität erschwert (ebd.). Damit sich gemeinwohlorientierte Projekte langfristig trügen, müssten gemischte Nutzungskonzepte entwickelt werden, die diverse Nutzer:innengruppen anziehen, sagte Willi Sutter (Interview 4 WS: ab 00:17:08). Ein gutes Konzept verbinde verschiedene Gesichtspunkte miteinander, die wichtig für die Gemeinde und die Menschen vor Ort seien. Außerdem müssten Funktionen integriert werden, wie zum Beispiel touristische Angebote, die Einnahmen generieren und dafür sorgen, dass das Gesamtkonzept sich tragen lasse (Interview 4 WS: ab 00:39:44). Multifunktionale Orte blieben lebendig und sorgten dafür, dass sich einzelne Nutzungskonzepte gegenseitig trügen (Interview 4 WS: ab 00:44:00). Multifunktionale Konzepte hälften, verschiedene Nutzungen in einem Gebäude unterzubringen und könnten die verfügbaren Flächen einer Gemeinde so effektiv ausnutzen. So würden weitere Flächenversiegelungen durch Neubauten verhindert, wertvolle Kosten gespart und Synergien im Ort geschaffen, die auch das Problem des Personalmangels zum Teil beheben könnten (Interview 4 WS: ab 01:02:16). Von multifunktionalen Begegnungsorten aus könnten wieder weitere Probleme angegangen und Lösungen entwickelt werden (Interview 4 WS: ab 00:19:39).

Falls die Kosten für Räumlichkeiten zu hoch werden, reiche für einen Begegnungsort vielleicht schon ein Tisch oder eine Bank vor dem Haus (Interview 1 FK: ab 01:17:32). Auch eine Kaffeemaschine unterstütze unkomplizierte Aufenthalte und soziale Begegnungen an einem Ort (Interview 1 FK: ab 00:45:40). Laut Helga Koof reiche es allerdings nicht aus, ein

Gebäude zur Verfügung zu stellen und zu sagen: „Hier habt ihr einen Treffpunkt, geht da rein und macht was“. Es müssen feste Nutzungskonzepte integriert werden, die Menschen und Leben in das Gebäude bringen (Interview 5 HK & SSV: ab 00:39:28). Fridolin Koch findet es ebenfalls sinnvoll, wenn unterschiedlich frequentierte Funktionen gemischt werden. Wenn zum Beispiel die Pfarrbücherei in das Gebäude des betreuten Wohnens verlegt werde, würde dieses Gebäude auch von externen Personen genutzt und unterschiedliche Nutzer:innengruppen begegnen sich (Interview 1 FK: ab 00:45:40).

Nicht nur eine gute Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch ein vielseitiges Angebot und die multifunktionale, schrittweise Aktivierung des Gebäudes sorgten in Oberried dafür, dass sich möglichst viele Menschen von dem Projekt angesprochen fühlten und sich mit engagierten, erzählte Lucia Eitenbichler (Interview 2 LE: ab 00:12:07). Fridolin Koch berichtete vom Beispiel einer Pfarscheune in Sachsen, die sich über die Zeit mit niedrighwelligen Nutzungen entwickelt habe (z.B. Sommerkino, Freitagabendkneipe, Pilgerstätte) und mit funktionellen, gemeinsam genutzten Räumen (z.B. Toiletten) ausgestattet worden sei (Interview 1 FK: ab 00:28:18). Wenn eine Person, ihren Arbeitsplatz vor Ort habe, sei automatisch eine Ansprechperson da, mit der man beispielsweise einen kurzen „Schwatz“ (Interview 1 FK: ab 00:45:00) halten könne.

Selbst im Bereich der gemeinschaftlichen Wohnprojekte wird immer multifunktionaler gedacht. Fridolin Koch berichtete von einer Initiative des Mehrgenerationenwohnens, wo zum Beispiel Co-Working-Arbeitsplätze sowie ein Café oder eine Art offenes Wohnzimmer für alle Menschen in der Gemeinde integriert werden sollten (Interview 1 FK: ab 01:17:32). Der BWGV sei weniger an reinen Wohnbaugenossenschaften und vielmehr an Projekten interessiert, die gesamte Quartiere positiv beeinflussen, führte Annika Reifschneider an (Interview 6 AR: ab 01:07:58). Dabei gehe es um Themen der Mobilität, über Energie und Nahversorgung, bis hin zu Betreuung und Pflege - grundsätzlich eng verbunden mit dem Thema Wohnen und vom BWGV dann unter dem Titel WohnenPLUS zusammengefasst (ebd.). Bei gemeinwohlorientierten Projekten macht es einen Unterschied, aus welcher Ausgangslage sie entstehen. Wenn ein Ort in erster Linie auch als Wohnprojekt für die Initiator:innen entsteht, steht viel mehr Eigeninteresse an einer erfolgreichen Umsetzung dahinter, als wenn das Gemeinwohl die Hauptmotivation darstellt. Denn stehe die Treffpunktfunktion im Vordergrund und es gälten ganz andere wirtschaftliche Risiken und Verantwortlichkeiten, sagte Willi Sutter (Interview 4 WS: ab 00:09:00).

4.6 Finanzielle Unterstützung und Förderprogramme

4.6.1 Kommunale Mittel

Was die finanzielle Frage bezüglich des Erhalts von Gebäuden und der räumlichen Infrastruktur angeht, macht sich Willi Sutter keine Sorgen (Interview 4 WS: ab 00:53:17). Er sehe auch die Gemeinden mit in der Verantwortung, hierfür Lösungen zu finden (ebd.).

Kommunen könnten Initiativen beispielsweise auf indirekte Weise finanziell unterstützen, indem sie Gebäude zu günstigen Mieten oder Grundstücke im Sinne des Erbbaurechtes vergäben, machte Willi Sutter deutlich (Interview 4 WS: ab 00:21:09). Lucia Eitenbichler sieht es als einen Mehrwert, wenn die Gebäude in Hand der Kommune seien, da sie dann auch in dreißig Jahren noch darüber entscheiden könnten, wie es für die Gemeinde genutzt werden solle. Laut Eitenbichler ließen sich die (Um)Baukosten über Mieteinnahmen von den nutzenden Gruppen durchaus refinanzieren (Interview 2 LE: ab 00:23:11).

4.6.2 (Start)Förderungen

Als ich berichtete, wie viele Leuchtturm-Projekte es in den Neuen Bundesländern gebe, merkte Willi Sutter an, dass dort eben auch „extrem hohe Fördermittel“ (Interview 4 WS: ab 00:05:39) vorhanden seien. Laut Claudia Peschen gebe es zwar auch in Baden-Württemberg bereits verschiedene Förderprogramme, mit denen Engagierte sich bei der Entwicklung ihrer Projekte begleiten lassen könnten, doch diese seien zu wenig bekannt (Interview 3 CP: ab 00:10:27). Laut Lucia Eitenbichler gibt es ausreichend Förderprogramme und Initiativen, die motiviert seien, man müsse „einfach nur zugreifen und schauen, was eigentlich passt“ (Interview 2 LE: ab 00:41:08). Wenn es um die Erstellung des nötigen Konzeptes zur Beantragung von Fördermitteln geht, sieht sie hier auch ihre Aufgabe als Mitarbeiterin des Landratsamtes, Kommunen und Initiativen dabei zu unterstützen (Interview 2 LE: ab 00:41:03). Förderungen könnten für die Entwicklung einer Idee oder Initiative gedacht sein, oder aber für das konkrete Projekte, das heißt den Betrieb nach der Umsetzung, erklärte Claudia Peschen (Interview 3 CP: ab 00:10:27). Wer Unterstützung sucht, könne sich über verschiedene Förderwegweiser oder beispielsweise die Webseiten der Ministerien informieren, sagten Helga Koof und Stefanie Schmitz-Veltin (Interview 5 HK & SSV: ab 00:53:34). Je nach Thematik verweisen die Ansprechpersonen des MLR bei Anfragen auf die Kommunen (ebd.).

Aus Perspektive der Fördermittelgebenden werden die Antragsverfahren häufig als „ganz einfach“ beschrieben, merkte Claudia Peschen an (Interview 3 CP: ab 00:10:27). Auf viele Antragsstellende würde die Förderanträge jedoch viel komplexer wirken und seien für sie nur mit viel Aufwand zu bewältigen (ebd.). Claudia Peschen sieht im Förderbereich einen Ausbaubedarf, so müsste es beispielsweise eine Servicestelle für das Thema Förderung geben (ebd.).

Während die kommunalen Verwaltungen vom Gemeindefeldnetzwerk BE zur Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam Gestalten“ beraten würden, übernehme diese Aufgabe gegenüber der Zivilgesellschaft die Allianz für Beteiligung, erklärte Claudia Peschen (Interview 3 CP: ab 00:01:20). In Baden-Württemberg fördert die Allianz für Beteiligung Gruppen, unabhängig von ihrem organisatorischen und rechtlichen Status. Zur Beantragung der Förderung benötigen die Initiativen das Einverständnis ihrer Kommune, hierauf verwies Fridolin Koch (Interview 1 FK: 14). Die Allianz für Beteiligung setzt in den Förderprogrammen die Zusammenarbeit von Bürger:innen und Kommunen voraus und regt die Akteursgruppen an, miteinander zu netzwerken (Interview 3 CP: ab 00:15:53).

Von einer reinen Startförderung habe niemand etwas, wenn nicht klar sei, was am Ende dabei herauskommen solle, sagten die Vertreterinnen des MLR (Interview 5 HK & SSV: ab 00:39:28). Startförderungen sind oft auf eine Laufzeit von zwei Jahren angelegt und damit wenig nachhaltig. Denn viele Gruppen haben nach zwei Jahren gerade mal richtig angefangen und noch längst keine stabile Struktur aufgebaut. Im besten Fall haben die Projekte bis dahin genug Anklang in der Kommune oder bei einem bürgerlichen Verein gefunden und werden von dieser Seite am Laufen gehalten. In der Regel verschwinden Projekte nach der Startförderung jedoch schnell wieder vom Fenster und es werden neue Projekte gestartet - Claudia Peschen bezeichnet dies als „Projektitis“ (Interview 3 CP: ab 00:18:37). Viele Projekte würden mit Fördermitteln gestartet, sobald es aber in den alltäglichen Betrieb gehe und dadurch Kosten auf die Kommune zukämen, würden sie wieder abgebrochen, berichtete auch Willi Sutter (Interview 4 WS: ab 00:28:35). Man dürfe nicht vergessen, dass Projekte und Unternehmen in der Regel einen Anlaufzeitraum von

mehreren Jahren benötigten, bis sie wirtschaftlich auf sicheren Beinen stünden (Interview 4 WS: ab 00:24:50).

Trotz der vielen aufgebrauchten Gelder und dem Arbeitsaufwand wurde das Projekt *Wälderherz* in Titisee-Neustadt nach einem halben Jahr wieder eingestellt (vgl. BZ-Online vom 31.07.23). Laut Willi Sutter lag dies daran, dass die Fördermittel ausgelaufen seien und die Kommune vor einem Minus im Haushalt Angst gehabt habe (Interview 4 WS: ab 00:28:35). Als Ergebnis des gescheiterten Projektes sei auch die Personalstelle in der Verwaltung aufgegeben worden. Insgesamt seien hohe finanzielle Beträge in das Projekt geflossen, ohne dass es zu einem positiven Ergebnis für die Gemeinde geführt habe (Interview 4 WS: ab 00:27:47). Beim Café *Wälderherz* in Titisee-Neustadt seien viele Fördermittel verschwendet worden, die man stattdessen in eine professionelle Planung hätte stecken können – eine Planung, die sich von Anfang an die Bedarfe vor Ort anschau, Fördermittel für den Bau akquiriere und überlege, welche Strukturen notwendig seien, um das Projekt langfristig betreiben zu können (Interview 4 WS: ab 00:37:17). Bei Projekten, die rein von Zuschüssen getragen werden, werde den Menschen zu viel abgenommen, findet Willi Sutter. Dann steht die „Mentalität des Forderns“ (Interview 4 WS: ab 00:25:10) im Mittelpunkt und die Initiatorinnen müssten sich nicht bemühen, ein eigenes, funktionierendes wirtschaftliches Konzept aufzustellen. Fördermittel in der Anfangsphase hält er für sinnvoll, aber die Ausrichtung solle immer in Richtung eines sich wirtschaftlich tragenden Konzeptes gehen (Interview 4 WS: ab 00:27:47).

Viele Fördermittel in Baden-Württemberg betreffen investive Maßnahmen im baulichen Bereich. Das sei zwar auch wichtig, doch es fehlten Förderkonzepte für die Aufrechterhaltung eines langfristigen Betriebes, meint Willi Sutter (Interview 4 WS: 00:19:00). Zuschüsse zum Bau oder Umbau von Gebäuden, die einige Gemeinden gerne bereitstellten, lösten nicht das Betreiber-Problem (Interview 4 WS: ab 00:37:17). Wenn jede Kommune für sich arbeite, ohne sich zu vernetzen, und ständig wieder kleine Fördermittel abgreife, entstünden in der Regel keine nachhaltigen Strukturen. (Interview 4 WS: ab 01:12:29).

Insbesondere beim Förderprogramm ELR fällt der Kommunalverwaltung die Rolle der Antragstellerin zu und sie bildet somit den Anknüpfungspunkt zwischen Projektsteller:innen und Förderprogramm. Damit ist die Kommune auch für die nötige Kommunikation verantwortlich (Vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 00:45:48).

Förderprogramme sind immer an die Herkunft der Mittel gebunden. Das Land oder Ministerium kann also nicht einfach entscheiden, dass beispielsweise auch der Betrieb gemeinwohlorientierter Projekte über ELR gefördert wird, weil sie die Konzeptidee gut finden. Ebenso gelten bei LEADER bestimmte Vorgaben der EU. Hier gilt zum Beispiel eine Zweckbindungsfrist, also dass die geförderte Art der Nutzung über einen festen Zeitraum lang nachgewiesen werden muss (Vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 00:37:32). Über das Programm ELR könnten investive Maßnahmen gefördert werden, jedoch nicht der Betrieb von Projekten, berichteten die zuständigen Referentinnen aus dem MLR (Interview 5 HK & SSV: ab 00:37:32) Mit dem Programm LEADER könnten auch investive Maßnahmen gefördert werden (Persönlicher Schriftverkehr: 23.10.2023). Zu ELR könnten die Evaluierungsergebnisse auf der Website eingesehen werden, bei LEADER würden allerdings keine Evaluierungsergebnisse in Zahlen nach außen gegeben werden, erklärten Stefanie Schmitz-Veltin und Helga Koof (Interview 5 HK & SSV: ab 01:17:20).

4.6.3 Das Förderprogramm ELR

Das Förderprogramm Entwicklung Ländlicher Raum (ELR) ist “eines der finanzschwerewichtigsten Programme” des Landes Baden-Württemberg für ländliche Räume (vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 00:29:44).

Hierbei gibt es die vier Förderschwerpunkte: Innenentwicklung/Wohnen, Grundversorgung, Gemeinschaftseinrichtung, Arbeiten. Innenentwicklung und Wohnen wurden zusammengefasst und nehmen aktuell circa 50% des Gesamtmittelvolumens in Anspruch (vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 00:32:06). Die Mittel für ELR kommen aus dem kommunalen Investitionsfonds (KIF), weshalb nur investive Maßnahmen darüber gefördert werden können (vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 00:37:32).

Bei ELR können sowohl Privatpersonen, private Organisationen, Unternehmen oder die Kommunen selbst Projekte einreichen. Der konkrete Förderantrag wird einmal jährlich von der Kommune gestellt, die die Projekte zuvor sammelt und priorisiert. Das heißt hier hat die Kommune die Entscheidungshoheit, ob Projekte für die Gemeinde sinnvoll sind oder nicht. Die Kommune reicht den Antrag zunächst beim Landratsamt ein, welche nochmals prüft, ob die Projekte den Zielen des Landkreises entsprechen. Anschließend wird der Antrag an das zuständige Regierungspräsidium weitergeleitet, wo der finale Programmvorschlag erstellt wird, sobald alle Anträge eingegangen sind (vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 01:04:12).

Die Förderung von Gemeinschafts- oder Gemeinbedarfseinrichtungen kann von Kommunen, Privatpersonen oder privaten Organisationen beantragt werden und findet insbesondere im Rahmen der ELR-Schwerpunktgemeinden¹³ statt (vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 00:32:06). Die Durchführung und professionelle Begleitung von Beteiligungsprozessen kann beispielsweise auch über ELR, im Rahmen der Schwerpunktgemeinden, gefördert werden. (vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 00:53:34)

4.6.4 Das Förderprogramm LEADER

Ländliche Entwicklung bedeutet nicht, nur Leerstände zu entwickeln und gemeinnützige Projekte zu etablieren. Doch der Erhalt der Daseinsvorsorge sowie eine nachhaltige Innenentwicklung spielen in der ländlichen Entwicklung eine wichtige Rolle. Das Förderprogramm LEADER (frz.: *Liaison entre actions de développement de l'économie rurale*) setzt in der neuen Förderperiode (2023-2027) einen Schwerpunkt auf die Daseinsvorsorge (vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 00:29:44).

Das EU-Förderprogramm LEADER ist ein sogenanntes Kulissen-Programm, das heißt Projekte und Kommunen können nur von den Fördermitteln profitieren, wenn sie in der aktuellen Förderperiode Teil der Kulisse, also des festgelegten LEADER-Gebiets sind (vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 01:06:28). LEADER-Gebiete umfassen in der Regel mehrere Kommunen, die sich in möglichst homogenen Verbänden zusammengeschlossen haben. Für die Bewerbung als LEADER-Gebiet müssen sie zuvor ein gemeinsames regionales Entwicklungskonzept (REK) mithilfe eines Beteiligungsprozesses erstellen. In diesem ersten Schritt werden die Bedarfe der Gemeinden festgestellt und gemeinsame Ziele für die folgenden fünf Jahre festgelegt. Alle Projekte, die in dem Gebiet später über LEADER gefördert werden, müssen zur Erreichung dieser Ziele beitragen (vgl. Interview 5 HK &

¹³ <https://mlr.baden-wuerttemberg.de/de/unsere-themen/laendlicher-raum/foerderung/elr/elr-schwerpunktgemeinden>

SSV: ab 01:00:57). Kommunen, die sich zu LEADER-Gebieten zusammenschließen, sollten sich nach Information von Helga Koof gemeinsam mit ihrer Region identifizieren und in ihrer Entwicklung einen ähnlichen geographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Hintergrund aufweisen - zwingend nebeneinander liegen müssen sie dabei nicht (Interview 5 HK & SSV: ab 01:10:35). Wichtig ist, dass sie sich zu einer Region zugehörig fühlten und gemeinsame Ziele verfolgten (ebd.). (Interview 5 HK & SSV: ab 01:10:21).

Die LEADER-Gebiete werden in der Regel für eine Förderperiode von fünf Jahren festgelegt. Manchmal werden Förderperioden jedoch auch verlängert. Bei der letzten Festlegung konnte sich die Kommission wohl nicht finden und auf eine neue Verordnung einigen, so dass es einen Übergangszeitraum von zwei Jahren gab. Die neue Förderperiode hat dieses Jahr begonnen und läuft bis voraussichtlich 2027, solange bestehen auch die neu gefundenen Aktionsgruppen in den aktuell zwanzig Regionen (vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 01:05:53).

LEADER bringe als EU-Förderprogramm strenge Richtlinien mit sich, es müssten viele Auflagen erfüllt werden und die Kommunen oder Landkreise müssten sich mit eigenen finanziellen Mitteln beteiligen, erklärt Helga Koof (Interview 5 HK & SSV: ab 01:07:09). Daher könne nicht jede Gemeinde einfach sagen: „nächstes Jahr sind wird dabei“ (ebd.). Die Bewerbung als LEADER-Fördergebiet habe außerdem eine sehr lange Vorlaufzeit: Zum Start einer neuen Förderperiode wirbt das MLR zunächst mit einem Interessensaufruf, woraufhin sich Gemeinden zusammenfinden müssen, die gemeinsam LEADER-Gebiet werden möchten. Dabei gibt es Ober- und Untergrenzen, das heißt es kann nicht eine Gemeinde allein Fördergebiet werden. Haben sich mehrere Gemeinden zusammengefunden, müssen sie ein regionales Entwicklungskonzept erstellen, mit dem sie sich dann als LEADER-Kulisse bewerben. Außerdem müssen die Kommunen oder der Landkreis sich finanziell am Regionalmanagement beteiligen, welches teilweise drei Personalstellen umfassen kann (vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 01:07:09). Bei der Erstellung eines regionalen Entwicklungskonzeptes werden die kommunalen Verbände häufig von externen Büros unterstützt, um ihre gemeinsamen Ziele und Herausforderungen herauszuarbeiten (vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 01:07:09). Dass alle ländlichen Räume in Baden-Württemberg LEADER-Gebiete werden, ist unrealistisch, erläuterten Helga Koof und Stefanie Schmitz-Veltin. Wie viele Gebiete und Aktionsgruppen zugelassen werden, entscheidet die Landesverwaltung beziehungsweise das MLR. Dabei geht es einerseits um die Verhältnismäßigkeit, wie die verfügbaren finanziellen Mittel eingesetzt werden und andererseits um die Qualität der regionalen Entwicklungskonzepte. Damit die Budgets der Aktionsgruppen für die Förderperiode von fünf Jahren ausreichen, hat das MLR bei der Auswahl einen hohen Standard angesetzt und eine Gebiets-Obergrenze festgelegt (vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 01:14:24). Immer mehr Gemeinden in den ländlichen Räumen schlossen sich zusammen und die Anzahl der LEADER-Gebiete nehme stetig zu (Interview 5 HK & SSV: ab 01:07:09).

Bei LEADER können die Projekte von Bürger:innen eingebracht werden, Entscheidungen über die Projektumsetzung werden jedoch immer paritätisch von einer sogenannten LEADER Aktionsgruppen (LAG) getroffen, in der alle vor Ort relevanten Akteursgruppen vertreten sind (vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 01:00:57). Eine LAG bekommt für die fünfjährige Laufzeit der Förderperiode ein bestimmtes Budget zur Verfügung gestellt und entscheidet darüber, wie und für welche Projekte diese Mittel eingesetzt werden. Dabei müssen sie prüfen, welche Projekte die Region voranbringen und, ob sie dem gemeinsamen Entwicklungskonzept dienen (vgl. Interview 5 HK & SSV: ab 01:03:05). Bei LEADER gebe

es den Vorteil, dass im Rahmen des Programmes eine Stelle als Regionalmanagement finanziert wird, erläuterte Helga Koof – das heißt dort werden Ansprechpersonen gezielt bereitgestellt, um mit den verschiedenen Akteur:innen über ihre Projektideen in den Austausch zu gehen (Interview 5 HK & SSV: ab 00:49:16). Insbesondere im Bereich von Kunst- und Kulturprojekten seien in Ausnahmefällen auch mal Anschlussfinanzierungen über LEADER möglich, ergänzte Hoga Koof (Interview 5 HK & SSV: ab 00:37:32). Doch Anschlussfinanzierungen sind nicht auf Dauer angelegt, sondern die Projekte müssen sich irgendwann selbst tragen (ebd.).

4.7 Die Chance von Netzwerken und kooperativen Ansätzen

4.7.1 Netzwerke und kommunale Verbände

Netzwerken sei wichtig (Interview 3 CP: ab 00:04:15), betont Claudia Peschen, gerade für Quartiersentwicklung und Gemeinwohl (Interview 3 CP: ab 00:27:04). Annika Reifschneider findet es wichtig, mit verschiedenen Partner:innen vernetzt zu sein und Erfahrungen samt Herausforderungen und Chancen aus der Praxis zu teilen (Interview 6 AR: ab 00:03:23). Die Vernetzungsarbeit zwischen den Kommunen werde in der Regel von den Landkreisen betrieben, auch im Hinblick auf den Kontakt zum MLR, berichtete Helga Koof (Interview 5 HK & SSV: ab 00:25:17). Sie vermitteln und beraten, wenn dies gewünscht und angefragt wird (vgl. ebd.). Wie in den vielen verschiedenen Kommunen auch, laufe diese Vernetzungsarbeit in einigen Landkreisen schlechter und in anderen besser (Interview 5 HK & SSV: ab 00:25:17).

„Im ländlichen Raum gibt es viele Herausforderungen, die man im Verbund denken sollte.“
Claudia Peschen (Interview 3 CP: ab 00:18:03)

Claudia Peschen findet, dass insbesondere aufgrund des akuten Fachkräftemangels verstärkt regionale Verbände in den Blick genommen werden müssten, um Wissen und Qualifikationen zu teilen (Interview 3 CP: ab 00:18:03). Claudia Peschen selbst ist bisher keine große Anzahl regionaler Verbände zum Thema Gemeinwohl in Baden-Württemberg bekannt. Sie sieht dies auch in der Schwierigkeit begründet, dass es nicht einfach ist, mehrere Bürgermeister:innen mit ihren eh schon vielfältigen Aufgabenbereichen zusammenzubringen (Interview 3 CP: ab 00:18:03). In einigen Kommunalverwaltungen kommen die Offenheit und Motivation für gemeinwohlorientierte Projekte insbesondere dann, wenn andere Gemeinden und Bürgermeister:innen von ihren positiven Erfahrungen berichten. Hilfreich ist dabei, wenn die Erfahrungen von Personen aus ähnlichen Positionen geteilt werden - von „Amtskolleg:innen auf Augenhöhe“, wie Claudia Peschen sagte (Interview 3 CP: ab 00:38:08). Gerade, wenn Kommunen bisher nicht so offen und innovativ denken, brauche es Wissen von außen und funktionierende Leuchtturmprojekte, um Gemeinden voranzubringen, merkte Willi Sutter an (Interview 4 WS: ab 01:12:29)

4.7.2 Alle Akteursgruppen an einen Tisch bringen

„Die Kunst eines Beteiligungsprozesses, frühzeitig alle an einen Tisch zu bekommen und gemeinsam irgendwo hinzuwirken“, merkte Helga Koof im Interview an (Interview 5 HK & SSV: ab 00:53:49). Um für Projekte zu begeistern und sie zum Laufen zu bringen, müssten alle Akteursgruppen vor Ort an einen Tisch gebracht werden und jeweils einen Sinn für sich darin sehen (ebd.). Dazu zählen zum Beispiel die Bürger:innen, Personen und Unternehmen aus der Wirtschaft, soziale Träger sowie die Verwaltungen (Interview 5 HK & SSV: ab 00:39:28). In der Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteursgruppen könnten Ideen

generiert werden, die sonst vielleicht nur in der Arbeit mit teuren Berater:innen entstanden wären, vermutete Annika Reifschneider (Interview 6 AR: ab 01:05:52). Die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Kommune und allen weiteren Akteursgruppen findet Eitenbichler besonders wichtig – denn, „wenn jeder einen Beitrag dazu legt, wenn man geteilter Verantwortung arbeitet, dann kommt was ganz anderes raus, als wenn immer nur einer was macht“, sagte sie (Interview 2 LE 00:06:23). Die verschiedenen Akteursgruppen müssen zum Gespräch zusammengebracht werden, um sich gemeinsam den Herausforderungen und Bedarfen bewusst zu werden. Dazu zählen die Kommunen und Gemeinderäte, genauso wie Unternehmen und Kirchen sowie die Bürger:innen vor Ort (Interview 2 LE: ab 00:34:42). Um Nutzungskonzepte trotz der erschwerten Bedingungen in kleinen ländlichen Kommunen möglich zu machen, müssten Koalitionen gebildet werden, führte Fridolin Koch an (Interview FK: ab 00:56:06). Engagierte Bürger:innen können ihre Zeit in der aktiven Umsetzung zur Verfügung stellen, während die Kommunalverwaltung zum Beispiel Aufgaben im organisatorischen Bereich übernimmt oder sich finanziell beteiligt. Entweder geht es Miteinander oder Angebote finden „eben gar nicht“ statt, meint Fridolin Koch (Interview FK: ab 00:56:06). Egal, von welcher Seite die Initiative ausgeht, ist es wichtig, dass Bürger:innen und Verwaltung zusammenarbeiten und frühzeitig miteinander in Kontakt kommen. Die Initiator:innen sollten sich von Anfang an bewusst sein, dass viele Projekte allein nicht machbar sind. (Interview 3 CP: ab 00:04:15).

Die gleichberechtigte Einbindung unterschiedlicher Akteursgruppen ist im Bereich der Quartiers- und Ortsentwicklung besonders relevant, da hier beispielsweise Unternehmen, Vereine, Kirchengemeinden, private Bürger:innen, Banken, etc. aufeinandertreffen (Interview 6 AR: ab 00:07:25). Helga Koof glaubt, es ist wichtig die Akteur:innen von Beginn an, an einen Tisch zu bringen, um alle Perspektiven im Blick zu haben. Man kann die Kommunen und anderen Mitglieder der Gemeinde nicht einfach vor vollendete Tatsachen setzen, die das Produkt individueller Ideen Einzelner sind (Interview 5 HK & SSV: ab 00:53:34). Wenn es um die Umsetzung von Projektideen geht, ist es immer sinnvoll, das Gespräch mit der Kommune zu suchen. Eine Ansprechperson zur Förderung bürgerschaftlicher Projektideen zur Verfügung zu stellen und davon auszugehen, dass dann jede Idee, aus zum Beispiel einem Beteiligungsverfahren, umgesetzt wird ist nicht der richtige Ansatz (Interview 5 HK & SSV: ab 00:51:37).

Fridolin Koch sieht außerdem einen Engpass in der ländlichen Entwicklung, wenn in den Kommunalverwaltungen keine Kooperationsbereitschaft gegeben ist (Interview 1 FK: ab 01:03:06). Um die Kommunen mitzunehmen und zu überzeugen ist es wichtig, darüber zu sprechen und Öffentlichkeitsarbeit für die Themen zu leisten (Interview 2 LE: ab 00:10:44). Seitens der Kommune ist allerdings selten die Bereitschaft da, den Betrieb von Projekten gemeinschaftlich aufzubauen und auch nach der Aufbauphase Mitverantwortung zu übernehmen, stellte Willi Sutter fest (Interview 4 WS: ab 00:37:17). Akteur:innen aus der Wirtschaft fungieren bisher eher selten als Projektinitiator:innen für gemeinwohlorientierte Projekte. Dennoch sollten sie auf jeden Fall eingebunden werden beziehungsweise, wenn sie initiativ agieren, ebenfalls mit den anderen Akteursgruppen vor Ort zusammenkommen (Interview 3 CP: ab 00:04:15).

*„Wenn jeder einen Beitrag dazu legt, wenn man geteilter Verantwortung arbeitet, dann kommt was ganz anderes raus, als wenn immer nur einer was macht“
Lucia Eitenbichler (Interview 2 LE: ab 00:06:23).*

4.7.3 Offene Gesprächskultur und transparente Kommunikation

Die verschiedenen Akteursgruppen müssen zum Gespräch zusammengebracht werden, um sich gemeinsam den Herausforderungen und Bedarfen bewusst zu werden. Dazu zählen die Kommunen und Gemeinderäte, genauso wie Unternehmen und Kirchen sowie die Bürger:innen vor Ort (Interview 2 LE: ab 00:34:42). Wenn man verschiedene Nutzungen anbieten möchte, ist es wichtig, mit vielen verschiedenen Gruppe kommunizieren zu können. Es müssen verschiedene Qualitäten und Wissensstände zusammengebracht werden. Dabei ist es egal, ob es um ein zusammenhängendes Areal aus Gebäuden oder einen ganzen Ort geht. Relevant ist, dass hier verschiedene Akteursgruppen zusammenkommen sollen (Interview 4 WS: ab 00:44:00). Entscheidend für eine kooperative Zusammenarbeit von Kommunen und ihren Bürger:innen ist die Frage wie offen die Verwaltungen dafür sind, den Menschen auf Augenhöhe zu begegnen und gemeinsame Lösungen zu finden (Interview 1 FK: ab 01:01:18). In den Kommunen braucht es ein offenes Klima, aus dem später eine Kultur des Miteinander Gestaltens wachsen kann (vgl. Interview FK: ab 01:01:18). Auf dieses Klima stößt Fridolin Koch immer wieder in Gemeinden, die sich besonders durch bürgerschaftliches Engagement hervortun. In diesen Gemeinden begegnet er Bürgermeister:innen, die sehen, was sie selbst nicht schaffen, ihre Bürger:innen nach ihren Bedarfen fragen und mit ihnen darüber nachdenken, was sie gemeinsam „auf die Füße stellen können“ (ebd.). Solche Gemeinden zeigen Offenheit, benennen konkrete Herausforderungen und sprechen die Menschen gezielt an - sie schaffen Raum für Austausch und setzen langfristige Projekte in Gang. (Interview 1 FK: ab 01:01:18).

Bei Beteiligungsprozessen ist eine transparente und klare Kommunikation wichtig, um die Menschen von Anfang an mitzunehmen. (Interview 5 HK & SSV: ab 00:53:34). Bürger:innen merken, wenn sie nicht ernst genommen werden. Daher ist es wichtig, dass Verwaltungsinstitutionen nur Beteiligungsverfahren durchführen, wenn sie ein wirkliches Interesse an gemeinsamen Ergebnissen haben und sich im Klaren darüber sind, warum sie Beteiligung machen. Die Kommunen müssen „eine Lust daran haben, mit den Menschen in Kontakt zu gehen, in den Dialog zu gehen“ (Interview 3 CP: ab 00:27:55) und außerdem offen sein für andere Meinungen. (Interview 3 CP: ab 00:27:04). Viele Kommunen, die auf Claudia Peschen zukommen, haben ein ernsthaftes Interesse daran, ihre Bevölkerung zu beteiligen. Manche Kommunen melden sich allerdings erst, wenn sich bereits Konflikte ankündigen. Sie hoffen, diese durch das Beteiligungsverfahren zu lösen oder stehen, durch zum Beispiel Unterschriftenlisten, bereits so unter Druck, dass sie an einem Beteiligungsverfahren nicht mehr vorbeikommen. (Interview 3 CP: ab 00:35:39)

Bei Unstimmigkeiten und Gegenwind ist es hilfreich zu verstehen, welche Bedenken die andere Seite hat und wie es dazu kommt, damit man im weiteren Prozess darauf eingehen kann. Besonders in Gemeinderäten treffen schließlich auch immer unterschiedliche Parteien und diverse Meinungen aufeinander (Interview 3 CP: ab 00:39:00). Es darf zwischen Bürger:innen und Kommunen kein „Frontendenken“ geben, sondern Projekte müssen von Beginn an gemeinsam wachsen. Das heißt die Ansprechperson in einer Vernetzungsstelle muss auf jeden Fall beide Seiten kennen, sich also auch mit den internen Verwaltungsstrukturen auskennen. (Interview 5 HK & SSV: ab 00:53:34). Konflikte bringen Prozesse voran, darum findet Claudia Peschen Konfliktbereitschaft und die konstruktive Auseinandersetzung wichtig für alle kooperativen Prozesse. Statt vor Konflikten zurückzuschrecken, sollten die Menschen mehr auf Konflikte zugehen und sie als Chance sehen. (Interview 3 CP: ab 01:07:13). Es komme vor, dass Kommunen blocken und ihren Bürger:innen weder richtig zuhören noch ihre kommunale Verantwortung in bestimmten

Bereichen sehen. Einige Kommunen blockten zwar nicht, überlassen die Verantwortung jedoch lieber einer engagierten Bevölkerung (Interview 2 LE: ab 00:10:33).

Als Beispiel dafür, wie wichtig es ist miteinander zu reden, erzählt Claudia Peschen von einer persönlichen Erfahrung aus ihrem Ehrenamt auf der Palliativstation. Dort hat sie sich mit einem Menschen unterhalten, wo von Anfang an klar war, dass beide gegensätzliche politische Meinungen vertreten. Aber statt sich von vornherein gegenseitig zu verweigern haben sie einander zugehört und versucht die Hintergründe für ihre jeweilige Meinung besser nachzuvollziehen (Interview 3 CP: ab 00:48:52ff.).

4.7.4 Kooperative Organisationsstrukturen

Willi Sutter fragt, wie Gemeinden und Bürger:innen gemeinsam in die Verantwortung gehen können. Er denkt dabei beispielsweise an Genossenschaften oder Stiftungen, die von kommunaler Seite aus initiiert und gegründet werden (Interview 4 WS: ab 00:19:39). Eine grundlegende Frage bei der Wahl der Rechtsform ist, ob man eine Projektidee schnell und unkompliziert ohne große wirtschaftliche Belange in die Umsetzung bringen möchte und kann - dann passt ein Verein besser. Oder, ob man bei einem Projekt auf finanzielles Kapital und ein abgesichertes Handelsrecht angewiesen ist – in diesem Falle sollte man sich die Mühe machen, eine Genossenschaft zu gründen (Interview 6 AR: ab 00:07:25).

Bei Projekten, welche die gesamte Gemeinde betreffen, ist es sinnvoll Steuerungsgruppen zu bilden, in denen etwa zehn Personen aus allen Akteursgruppen zusammenkommen, um so eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Im besten Fall ist auch die Kommunalverwaltung Teil der Steuerungsgruppe (Interview 2 LE: ab 00:10:44). Nach einer Auftaktveranstaltung seitens der Kommune wurden zwei erste Arbeitsgruppen zu den Themen Finanzierung und Konzeption gebildet (Interview 2 LE: ab 00:12:07). Später wurden in Oberried weitere Arbeitsgruppen gegründet, die auch in den Ort hineinwirken sollten, um das Projekt sichtbarer zu machen und für die Angebote zu werben (Interview 2 LE: ab 00:12:07).

Für kleinere bürgerschaftliche Gruppen mit wenigen Beteiligten und ohne feststehenden Businessplan ist es womöglich sinnvoller, zunächst einen Verein zu gründen (Interview 6 AR: ab 00:28:22). Dank Unterstützung der Gemeinde musste die Bürgergemeinschaft Oberried nicht selbst den Kauf und Umbau des Gebäudes stemmen (Interview 2 LE: ab 00:22:48) und konnte dadurch bei der rechtlich weniger komplexen Organisationsform des Vereins bleiben. Als Verein ist es der Gruppe dennoch möglich Lucia Eitenbichler als Geschäftsführerin beziehungsweise besondere Vertreterin anzustellen. Sie kann auf diese Weise eigenverantwortlich handeln und es muss nicht jede einzelne Angelegenheit über den Vorstand entschieden werden (Interview 2 LE: ab 00:15:46). Bei weniger komplexen Projekten ist es einfacher, einen Verein zu gründen, mit dem man flexibler unterwegs ist. Die Gründung und der Betrieb einer Genossenschaft sind deutlich aufwendiger, zum Beispiel braucht es dafür ein Geschäftsmodell und es fallen mehr Prüfungen an (Interview 2 LE: ab 00:21:43). Sobald bauliche Themen ins Spiel kommen oder ein größeres Kapital für die Projektumsetzung benötigt wird, eignet sich das Genossenschaftsmodell aufgrund seiner Rechtsform besser als ein Verein (Interview 2 LE: ab 00:49:42).

Wichtige Punkte zur Realisierung gemeinwohlorientierter Projekte für eine gute Lebensqualität in ländlichen Räumen sind kooperative Ansätze, der Zugang zu Wissen und Engagement. Ob und wie solche Projekte erfolgreich sind hängt von verschiedenen Faktoren, wie zum Beispiel den Akteurskonstellationen und den vorhandenen Kompetenzen vor Ort, ab. Wenn es sowohl auf bürgerschaftlicher als auch auf kommunaler Seite Menschen gibt,

die Zeit und Lust haben sich zu engagieren, können viele Projekte angestoßen werden (Interview 1 FK: ab 01:20:33).

4.8 Genossenschaften für koproduktive Quartiersentwicklung

4.8.1 Bürger- und Sozialgenossenschaften

Genossenschaften werden heutzutage längst nicht mehr nur im Bereich der Banken, des Wohnungsbaus oder der Landwirtschaft gegründet. Insbesondere im gewerblichen Bereich und im Quartiersmanagement entstehen immer mehr Genossenschaften, um neue Strukturen an Stellen zu schaffen, an denen gesellschaftliche Bedarfe nicht mehr gedeckt werden können (Interview 6 AR: ab 00:07:25). Einigen ist das Genossenschaftsmodell nicht bekannt, andere trauen sich das Konstrukt nicht heran, glaubt Annika Reifschneider (Interview 6 AR: ab 01:07:00). Bürgergenossenschaften haben nicht ausschließlich Bürger:innen als Mitglieder. Mehrheitlich sollten sie jedoch aus Bürger:innen bestehen, um als solch eine zu gelten (Interview 6 AR: ab 00:18:34). Während als Bürgergenossenschaften Genossenschaften bezeichnet werden, die von Privatpersonen gegründet wurden, gibt es für den Begriff der Sozialgenossenschaften bisher keine einheitliche Definition. Die beiden Begriffe werden jedoch häufig synonym verwendet, da viele Bürgergenossenschaften sich im thematischen Bereich der Sozialgenossenschaften bewegen, vermutet Annika Reifschneider (Interview 6 AR: ab 00:14:03). Der Begriff Sozialgenossenschaft ist sehr schwammig und wird immer wieder anders ausgelegt, erklärt Annika Reifschneider (Interview 6 AR: ab 00:14:03). Annika Reifschneider glaubt, das mit dem Begriff der Sozialgenossenschaft oftmals versucht wird, verstärkt auf die Prinzipien der Gemeinschaft und Demokratie aufmerksam zu machen. Und darauf, dass Hilfe zur Selbsthilfe sowie soziale Aspekte unterstützt werden. Theoretisch sollten diese Prinzipien allerdings in jeder Genossenschaft hinterlegt sein. (Interview 6 AR: ab 00:14:03). Sozialgenossenschaften sind noch gemeinnütziger ausgerichtet, vermutet Annika Reifschneider. Laut Genossenschaftsgesetz §1 sind Genossenschaften erstmal nämlich nur auf die gezeichneten Mitglieder ausgerichtet. Gemeinnützigkeit bedeutet wiederum, dass die Allgemeinheit gefördert wird - also auch Nicht-Mitglieder. Da die Genossenschaft prinzipiell eine offene Rechtsform ist, können in der Theorie alle Akteur:innen vor Ort Mitglied werden. Dies ist allerdings wieder abhängig von der Höhe eines Genossenschaftsanteils, den sich unter Umständen nicht alle Bürger:innen leisten können. Bei Sozialgenossenschaften wird also darauf abgezielt, sogenannte „positive externe Effekte“ zu schaffen, wodurch nicht bloß die Mitglieder, sondern auch umgebende Strukturen unterstützt werden. (Interview 6 AR: ab 00:14:03). Die meisten der Sozialgenossenschaften, die Annika Reifschneider kennt, werden von Bürger:innen initiiert und agieren daher auch als Bürgergenossenschaften. Es kann jedoch auch Sozialgenossenschaften geben, die zum Beispiel von Unternehmen oder Kommunen getragen werden (Interview 6 AR: ab 00:14:03).

4.8.2 Vor- und Nachteile der Genossenschaftsform

Die Genossenschaft als Rechtsform bietet viele Möglichkeiten, passe jedoch nicht für alle Gruppen (Interview 6 AR: ab 00:07:07). Im Gegensatz zum Verein ist die Genossenschaft die nachhaltigere Unternehmensform, findet Annika Reifschneider. Sie sagt, bei der Genossenschaft als Rechtsform sind mehr Beständigkeit und Verlässlichkeit gegeben (Interview 6 AR: ab 00:28:53). Klare, gesetzliche und individuell in der Satzung festgelegte, Regeln, die im Förderauftrag festgeschriebene „Mitgliederzentrierung“ und die Prüfung vermitteln Sicherheit (Persönlicher Schriftverkehr: 18.10.2023). Ist eine Genossenschaft

durch die Gründung durch, besitzt sie außerdem einen bereits auf Standfestigkeit geprüften Businessplan (Interview 6 AR: ab 00:28:22). Im Nachgang an unser Interview merkt Annika Reifschneider noch an, dass dadurch oftmals wirtschaftlich funktionierende Konzepte entstehen, die mehr finanziellen Spielraum ermöglichen – während die Einnahmemöglichkeiten bei Vereinen eingeschränkter sind (Persönlicher Schriftverkehr: 18.10.2023). Insbesondere, wenn verschiedene Akteursgruppen eingebunden werden sollen, eignet sich die Genossenschaft als Rechtsform, da hier natürliche gleichberechtigt mit juristischen Personen eingebunden werden können (Interview 6 AR: ab 00:07:25). Bei der Genossenschaftsform sind bereits zwei wichtige Dinge für die erfolgreiche Umsetzung von Projekten gegeben: einerseits steht durch die Voraussetzung eines Businessplans bereits ein solides wirtschaftliches Konzept und andererseits ist die Verantwortungsübernahme geklärt, da sich alle Mitglieder der Genossenschaft und somit ihrem Zweck gegenüber verpflichten. (Interview 6 AR: ab 00:40:03). Die Genossenschaft ist eine offene Rechtsform, in der zu jedem Zeitpunkt neue Mitglieder eintreten können (Anm.: außer in der Gründungsphase als eG i.G.), alle Mitglieder das Recht über ihre Daten behalten sowie über Einnahmen und Ausgaben, und somit über die „Wertschöpfung in der Region“ (Interview 6 AR: ab 00:12:58), mitbestimmen können. Genossenschaften unterstützen kooperative Projekte, da sie verschiedene Akteur:innen miteinander vernetzen und „Vertrauensräume“ (Interview 6 AR: ab 00:12:17) schaffen, in denen Wissen und Fähigkeiten ausgetauscht werden ohne, dass es zu einem Konkurrenzdenken kommt. Die Genossenschaftsverbände sorgen in der Regel auch für eine gewisse Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit zugunsten der Genossenschaften, die bei ihnen Mitglied sind (Interview 6 AR: ab 01:09:37). Regionale Genossenschaftsverbände bieten neben Beratungen und rechtlicher Unterstützung auch ein Netzwerk vor Ort und Kontakte zu anderen Gruppen und Institutionen, erklärt Annika Reifschneider (Interview 6 AR: ab 01:12:32). Wenn eine Gruppe es schafft, die erforderlichen Bedingungen - ausreichende Personenzahl und einen Businessplan - für eine Genossenschaft zu erfüllen, sind bereits viele wichtige Weichen für den Projekterfolg gestellt, glaubt Annika Reifschneider (Interview 6 AR: ab 00:07:25).

4.8.3 Wie Genossenschaften funktionieren

Die Genossenschaft ist eine Form der Kooperation und unterscheidet sich damit klar von klassischen Privatunternehmen. Bei Genossenschaften gilt immer das demokratische Prinzip und jedes Mitglied hat, unabhängig der eingezahlten Anteile, eine Stimme. Für eine Genossenschaft sind mindestens drei Gründungsmitglieder notwendig (Interview 6 AR: ab 00:07:25). Die Gründung einer Genossenschaft ist mit einem höheren bürokratischen Aufwand verbunden, da es sich um eine Rechtsform im Sinne des Handelsrechtes handelt und somit auch Steuern gezahlt werden müssen. Jede Genossenschaft muss zunächst eine Prüfung durchlaufen, für die ein Businessplan erstellt werden muss. Wie für Privatunternehmen auch, muss ein Geschäftsmodell auf die Beine gestellt werden, welches darstellt, wie die Genossenschaft einerseits sich selbst finanziert und andererseits die Rechtsform an sich. (Interview 6 AR: ab 00:07:25)). Als Genossenschaft muss man einem Genossenschaftsverband angehören, durch den auch die Prüfung durchgeführt wird. Jede Genossenschaft kann sich ihren Verband jedoch frei wählen. (Interview 6 AR: ab 01:09:37). Genossenschaften müssen immer Mitglied in einem Prüfverband sein, von dem sie nicht nur geprüft, sondern in allen rechtlichen Belangen unterstützt werden. Für Serviceleistungen, wie die Gründungsprüfung, die Eintragung ins Genossenschaftsregister, jährliche Prüfungen, rechtliche Unterstützung und weitere, werden Gebühren erhoben. Zum Teil sind diese Serviceleistungen für Genossenschaften obligatorisch (Interview 6 AR: ab 00:07:25). Erstberatungen für Gruppen, die an eine Genossenschaftsgründung denken, werden vom

BWGV kostenlos angeboten (Interview 6 AR: ab 00:53:15). Dies wird durch die aktuelle Förderung des Sozialministeriums möglich, merkt Annika Reifschneider im Nachgang an unser Interview an (Persönlicher Schriftverkehr: 18.10.2023). Beim BWGV zahlen Gruppen, die sich für eine Genossenschaft als Organisationsform entschieden haben, zunächst eine Gründungspauschale. Darin enthalten ist in der Regel eine tiefere Beratung sowie eine erste gemeinsame Prüfung der Satzung (Interview 6 AR: ab 00:53:15). Ob dies bei anderen Prüfverbänden auch über eine Pauschale läuft oder wie dort die Gebühren aufgestellt werden, weiß Annika Reifschneider nicht (Persönlicher Schriftverkehr: 18.10.2023). Aus der persönlichen Perspektive von Annika Reifschneider sind die Kosten für eine Genossenschaftsgründung nicht zu hoch angesetzt, denn sie kennt auch den notwendigen Aufwand im Hintergrund der Prüfung. (Interview 6 AR: ab 00:53:15). Annika Reifschneider findet es schade, wenn sich Genossenschaften einen Prüfverband außerhalb ihrer Region suchen. Denn dann findet einerseits weniger Vernetzung vor Ort statt und der Verband kann andererseits weniger auf die lokalen Bedürfnisse der Genossenschaft eingehen. (Interview 6 AR: ab 01:09:37). Bereits vor der Gründungsprüfung muss eine Versammlung mit allen zukünftigen Mitgliedern stattfinden, um den Businessplan und die Satzung zu beschließen. Diese reicht man zusammen mit einer Mitgliederliste ein, so dass darauf basierend ein Gründungsgutachten erstellt werden kann. Denn nur mit einer ersten Übersicht der Gründungsmitglieder lässt sich überhaupt kalkulieren, ob der Businessplan tragfähig ist. Nach der Gründungsversammlung und vor der finalen Zulassung im Prüfverband gilt die Gruppe zunächst als ‚eingetragene Genossenschaft in Gründung‘ (eG i.G.). Während dieses Übergangszeitraumes kann die Genossenschaft vorerst keine weiteren Mitglieder aufnehmen. Sobald das Gutachten steht und die Prüfung vollzogen ist, endet der Übergangszeitraum, die Genossenschaft wird rechtsfähig und die Haftungsbeschränkung greift (Interview 6 AR: ab 00:35:38).

Das wirtschaftliche Modell der Genossenschaft basiert grundlegend auf einem Eigenkapital, welches sich aus den gezeichneten Anteilen bildet, sowie aus regelmäßigen Einnahmen, dessen Generierung über das Geschäftsmodell bestimmt wird. (Interview 6 AR: ab 00:31:08). Der Betrag für einen Genossenschaftsanteil kann von der Genossenschaft frei festgelegt - von einem Cent bis einer Million Euro. Der zu Beginn festgelegte Betrag ist Teil der Satzung und kann nur über eine aufwendige Satzungsänderung verändert werden. Ebenso festgelegt ist, wie viele Anteile ein Mitglied maximal zeichnen darf. Falls der festgelegte Betrag für ein Mitglied zu hoch ist, kann der Anteil auch in Raten abbezahlt werden, bis er voll gezeichnet ist. So wird es beispielsweise bei vielen Wohnungsbaugenossenschaften geregelt. Die Anzahlung in so einem Fall beträgt in der Regel mindestens 10% eines vollen Anteils. Auf welche Höhe der Betrag für einen Anteil in der Satzung festgelegt wird ist abhängig vom Geschäftsmodell der Genossenschaft und sollte im Businessplan beachtet werden. Die Genossenschaftsanteile sind ein wichtiger Bestandteil des Eigenkapitals, weshalb die Höhe eines Anteils im Gründungsgutachten auf Plausibilität geprüft wird. Wenn ein erfolgsversprechendes Geschäftsmodell mit hohen regelmäßigen Einnahmen vorgelegt werden kann, reichen vielleicht auch Anteile in Höhe von jeweils einem Cent - das ist bei Bürgergenossenschaften jedoch eher unwahrscheinlich, sagt Annika Reifschneider. Insbesondere bei Sozialgenossenschaften mit gemeinnützigen Absichten ist es wichtig, bei der Festlegung des Betrags für einen Anteil einen guten Mittelweg zu finden, um nicht zu viele Personen auszuschließen und sich trotzdem finanzieren zu können (Interview 6 AR: ab 00:21:40). Mitglieder, die ihren Anteil in Raten zahlen, haben trotzdem von Anfang an ein volles Stimmrecht. (Interview 6 AR: ab 00:23:38). Eine Genossenschaft kann, wenn sie durch die Anfangsphase durch ist und kein großes Eigenkapital mehr benötigt, eine Satzungsänderung veranlassen und die Höhe eines Anteils runtersetzen. Dies würde

ermöglichen, dass die Genossenschaft später weiteren Personen offensteht, die sich zuvor keinen Anteil leisten konnten. Solch eine Satzungsänderung muss jedoch zunächst per Mitgliedsversammlung diskutiert und beschlossen werden. (Interview 6 AR: ab 00:24:26). Die Gemeinnützigkeit oder Gemeinwohlorientierung sollte von Sozialgenossenschaften in der Satzung festgelegt werden (Interview 6 AR: ab 00:19:48). In Genossenschaften gibt es Entscheidungen, die mithilfe einfacher Regelungen getroffen werden können, so dass bei zum Beispiel hundert Mitgliedern eine Mehrheit von 51 Ja-Stimmen ausreicht. Für andere Entscheidungen, wie beispielsweise eine Satzungsänderung, ist wiederum eine qualifizierte Mehrheit notwendig. Das heißt es braucht eine Dreiviertelmehrheit, damit wirklich ein Großteil der Mitglieder vertreten wird. (Interview 6 AR: ab 00:24:56). In einer Genossenschaft wird nicht jede Entscheidung von allen Mitgliedern gemeinsam getroffen. Kleinere Entscheidungen, vor allem im operativen Geschäft, werden von der Geschäftsführung oder dem Vorstand getroffen. Wobei diese von den Mitgliedern demokratisch gewählt wurden. Bei wichtigen und größeren Entscheidungen entscheiden alle Genossenschaftsmitglieder gemeinsam, jede:r mit einem Stimmrecht. (Interview 6 AR: ab 00:48:32)

Theoretisch können Genossenschaften auch Einnahmen über regelmäßige Mitgliedsbeiträge generieren. Diese funktionieren dann unabhängig von den gezeichneten Anteilen. Wie solche individuellen Mitgliedschaftsregelungen gestaltet werden, wird im Businessplan sowie in der Satzung festgelegt. Es können zum Beispiel verschiedene Stufen, wie Gold, Silber und Bronze, angeboten werden. Solche Mitgliedschaftsregelungen sind bei Bürgergenossenschaften unüblich, wären theoretisch jedoch möglich – beispielsweise, wenn es weiteren finanziellen Bedarf gibt und beteiligte Unternehmen mehr beitragen können und sollen als einzelne Bürger:innen, sagt Annika Reifschneider (Interview 6 AR: ab 00:33:08). Mitgliedschaftsstrukturen können Teil eines Geschäftsmodells sein und gelten in der Regel als verlässliche Einnahmequellen, solange nicht der unwahrscheinliche Fall eintritt, dass alle Mitglieder gleichzeitig austreten (Interview 6 AR: ab 00:35:09). Da Genossenschaften auch in der Steuerpflicht befinden, wird später mitunter eine Steuerberatung notwendig. Diese kann beispielsweise gegen eine Gebühr beim BWGV in Anspruch genommen werden. (Interview 6 AR: ab 00:55:11). Um einer Genossenschaft beizutreten oder wieder aus ihr auszutreten, reicht ein formloses Schreiben und die Bestätigung des Vorstands. (Interview 6 AR: ab 00:37:02). Nach einem Austritt werden die gezeichneten Anteile in der Regel an das ehemalige Mitglied zurückgezahlt. Zur Sicherung der Geschäftsfähigkeit bei einer erhöhten Austrittsdynamik wird in der Satzung eine Grenze festgeschrieben, unter der die Liquidität nicht mehr garantiert ist, so dass die Genossenschaft Anteile noch eine Weile länger einbehalten kann und erst später zurückzahlen muss. Austreten kann man also jederzeit, es ist nur nicht 100 % sicher, wie schnell man eingezahltes Kapital wieder zurückbekommt, erklärt Annika Reifschneider. (Interview 6 AR: ab 00:37:02). Insbesondere bei Bürger- und Sozialgenossenschaften sieht Annika Reifschneider keine große Gefahr, dass viele Mitglieder auf einen Schlag wieder austreten. Sobald sich Menschen erstmal dazu bereiterklärt haben und Anteile gezeichnet haben, treten sie in der Regel nicht so schnell wieder aus. Hinzu kommt, dass sie ein gemeinsames, höheres Ziel verfolgen und interessiert an dessen Umsetzung sind. Außerdem haben viele bereits einiges an ehrenamtlichem Engagement in das Projekt reingesteckt. (Interview 6 AR: ab 00:38:27). Genossenschaften sind in der Regel als nachhaltige Struktur angelegt und nicht auf eine bestimmte Dauer. Es kann allerdings vorkommen, dass sich Sinn und Nutzen der Genossenschaft auflösen, zum Beispiel wenn die Nahversorgung im Ort wieder durch ein privatwirtschaftliches Unternehmen gesichert ist. In solchen Fällen kann es vorkommen, dass Genossenschaften

wieder aufgelöst werden, da sie sich nicht mehr tragen und es den Bedarf nicht mehr gibt. (Interview 6 AR: ab 00:40:34).

4.8.4 Genossenschaften in der Quartiersentwicklung

Der BWGV ist weniger an reinen Wohnbaugenossenschaften und vielmehr an Projekten interessiert, die gesamte Quartiere positiv beeinflussen. Dabei geht es um Themen der Mobilität, über Energie und Nahversorgung, bis hin zu Betreuung und Pflege - grundsätzlich eng verbunden mit dem Thema Wohnen und vom BWGV dann unter dem Titel WohnenPLUS zusammengefasst (vgl. Interview 6 AR: ab 01:07:58). Die Themen Quartiersentwicklung und Multifunktionale Orte, wie zum Beispiel Wohnen kombiniert mit Angeboten der Daseinsvorsorge - von der BWGV zusammengefasst unter dem Titel „WohnenPLUS“ -, haben auch im Genossenschaftswesen in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung zugenommen. (Interview 6 AR: ab 00:03:23). Genossenschaften sind in der Regel regional verankert (Interview 6 AR: ab 00:07:25). Über das vom Sozialministerium geförderte Projekt „Quartiersentwicklung vor Ort gestalten - genossenschaftlich zusammenwachsen“ konnten zusätzliche Beratungen und Informationsveranstaltungen in den Kommunen realisiert werden. So wurden Bürger:innen, Kommunalverwaltungen und weitere Akteursgruppen für das Thema sensibilisiert und auf die Möglichkeiten aufmerksam gemacht (Interview 6 AR: ab 00:56:10). Das Projekt „Quartiersentwicklung vor Ort gestalten - genossenschaftlich zusammen wachsen“ ist bereits das zweite Projekt, das vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration in Baden-Württemberg gefördert wird. Der BWGV bekommt dadurch die Möglichkeit, tiefer in das Thema der Sozialgenossenschaften im Rahmen von Quartiersentwicklungen einzusteigen und mehr Personal für diesen Bereich bereitzustellen (Interview 6 AR: ab 00:03:23).

In der Auslegung des BWGVs kann der Quartiersbegriff sowohl städtische Räume als auch ländliche Kommunen umfassen (Interview 6 AR: ab 01:00:52). Der BWGV legt den Begriff der Quartiersentwicklung eher breit aus. Für den Verband fallen alle Bereiche darunter, die dazu beitragen, „das Leben vor Ort gemeinsam zu gestalten“ (Interview 6 AR: ab 00:58:49). Hierzu zählen zum Beispiel Energie-, Mobilitäts- oder Betreuungskonzepte und die Nahversorgung. Unter genossenschaftlich getragener Quartiersentwicklung versteht der BWGV Konzepte, die dabei helfen, Quartiere kooperativ weiterzuentwickeln, sie lebenswert zu machen und ökologisch sowie ökonomisch nachhaltig auszurichten. (Interview 6 AR: ab 00:57:52). Welche Projekte und Initiativen der BWGV im Rahmen der Förderung betreut, liegt in der Hand des BWGV solange die groben Vorgaben des Sozialministeriums eingehalten werden (Interview 6 AR: ab 00:59:34).

4.8.5 Koproduktion in Genossenschaften

Genossenschaften eignen sich gut für koproduktive Entwicklungsprozesse, da sich verschiedene Akteursgruppen, wie zum Beispiel auch Kommunen oder privatwirtschaftliche Unternehmen, auf unkomplizierte und trotzdem fundierte Art und Weise in die Struktur einbinden lassen, glaubt Annika Reifschneider (Interview 6 AR: ab 00:28:22). In der Zusammenarbeit mit Kommunen kann die Sicherheit der Genossenschaftsform, durch eine festgelegte Satzung und einen bereits geprüften Businessplan, von Vorteil sein. Durch Sitze im Aufsichtsrat kann sich die Kommune trotz des demokratischen Stimmrechts ihren Einfluss auf Entscheidungen innerhalb der Gemeinde sichern - und ist so vielleicht trotz der Hürde des Machtverlusts im genossenschaftlichen Demokratieprinzip in der Lage, sich für eine Beteiligung als Mitglied bereitzuerklären. (Interview 6 AR: ab 00:28:22). Die Rechtsform der Genossenschaft trägt automatisch dazu bei, die Zusammenarbeit von

Bürger:innen und Kommunen zu stärken - insofern beide Akteursgruppen Mitglied der Genossenschaft sind. Denn innerhalb der Genossenschaft sind Kommune und Bürger:innen gleichberechtigte Mitglieder, die (mindestens) einen Anteil zeichnen und ein Stimmrecht haben. Außerdem wird in der Satzung ein Zweck beziehungsweise Förderauftrag festgelegt, an welchen sich alle Mitglieder halten müssen. Der Förderauftrag wird gemeinschaftlich umgesetzt und die Umsetzung wird ebenso wie der Geschäftsplan und die Gründungssatzung vom Prüfverband begutachtet. Die Bürger:innen und die Kommunen werden gleichberechtigt in einen Prozess eingebunden, der auf Nachhaltigkeit angelegt ist, fasst Annika Reifschneider zusammen (Interview 6 AR: ab 00:43:01). Es gibt bereits einige Bürgergenossenschaften, in denen auch die jeweilige Kommune Mitglied ist. Annika Reifschneider fallen hier konkret drei Themenbereiche ein, in denen sie diesen Fall schon erlebt hat: bei Quartiersprozessen, bei Dorfläden sowie bei Energiegenossenschaften. In einigen Kommunen wird die Gründung einer Bürgergenossenschaft sogar von der Kommunalverwaltung angestoßen. Andere Kommunen akzeptieren die Bürgergenossenschaften zwar, und unterstützen diese vielleicht auch in ihren Anliegen, zögern jedoch davor, selbst Genossenschaftsmitglied zu werden. Dies kann beispielsweise damit zusammenhängen, dass die Kommunen Angst haben, in solchen Prozessen an Einfluss zu verlieren, wenn sie bei Entscheidungen nur noch ein Stimmrecht haben. (Interview 6 AR: ab 00:44:20). Annika Reifschneider bezeichnet Bürgergenossenschaften, in denen auch die Kommunen Mitglied sind, als „Bürgerbeteiligung, *at its best*“ (Interview 6 AR: ab 00:49:32). Im Gegensatz zu klassischen Beteiligungsprozessen, besitzen bei einer Genossenschaft alle darin gezeichneten Bürger:innen Mitbestimmungsrecht, wenn es um die Frage geht, welche Projekte umgesetzt werden und welche nicht. (Interview 6 AR: ab 00:48:32). Wie aufgeschlossen und mitmachbereit Kommunen gegenüber zum Beispiel Bürgergenossenschaften sind, ist oft abhängig von einzelnen Personen in der Verwaltung oder im Gemeinderat (Interview 6 AR: ab 00:44:20). Je nachdem wie wichtig ihnen ihr kommunaler Einfluss ist oder wie viele Umsetzungsprozesse sie aus Kapazitätsgründen gerne abgeben, wirken sie mehr oder weniger im Genossenschaftswesen mit (Interview 6 AR: ab 00:46:04). Es gibt Kommunen, die auf den BWGV zukommen, weil sie in ihrer Gemeinde Bedarfe sehen, die sie allein nicht bewältigen können, und auf eine Zusammenarbeit mit anderen lokalen Akteursgruppen hoffen, berichtet Annika Reifschneider (Interview 6 AR: ab 00:47:07). Kommunen, die von selbst auf den BWGV zukommen und einen Genossenschaftsprozess in Zusammenarbeit mit ihren Bürger:innen anfragen, haben in der Regel ein gutes Verhältnis zu ihrer Bürgerschaft. Ansonsten würden sie wohl eher nicht auf die Idee kommen, eine Genossenschaft gemeinsam mit ihren Bürger:innen zu initiieren. Insofern ist das Feedback der Bürger:innen auf solche Initiativen der Kommune eher positiv, berichtet Annika Reifschneider. Allerdings kann es trotzdem dazu kommen, dass so eine Genossenschaft am Ende nicht gegründet wird, da von der Idee vielleicht einige begeistert sind, vor der Verantwortung aber zurückschrecken (Interview 6 AR: ab 00:50:38). Genossenschaftsbanken sind nicht nur als Finanzierende, sondern auch als Expertinnen in rechtlichen Fragen und teilweise sogar als mittragendes Mitglied hilfreich für Genossenschaften (Interview 6 AR: ab 00:07:25). Falls es private Investor:innen gibt, die im Austausch gegen finanzielle Unterstützung nicht auf ihren Einfluss verzichten möchten, passt eine Genossenschaft als Rechtsform nicht. (Interview 6 AR: ab 00:07:25)

4.9 Anlaufstellen, Wissensvermittlung und Qualifizierung

4.9.1 Wie Bürger:innen die Hürden bürokratischer Prozesse meistern

Am Ende eines Beteiligungsprozesses wurden die Bürger:innen dazu aufgefordert, sich aktiv für ihre Ideen und die Umsetzung dieser einzubringen. Doch den Bürger:innen fehlen oft das passende Fachwissen und Handwerkszeug dazu. (Interview 4 WS: ab 01:02:16). Bürger müssen motiviert werden, sich zu engagieren, beispielsweise indem ihnen Unterstützung angeboten und so die Angst vor den bürokratischen Hürden genommen wird (Interview 2 LE: ab 00:38:23). Zivilgesellschaftliche Initiativen benötigen Unterstützungsbedarf auf verschiedenen Ebenen. Als wichtige Tools für Gruppenprozesse benennt Claudia Peschen beispielsweise die Punkte Fachwissen, Teambuilding und Umgang mit Konfliktsituationen. (Interview 3 CP: ab 00:10:27). Es müssen mehr Tools und Werkzeuge für zivilgesellschaftliche Initiativen gefördert werden (Interview 3 CP: ab 00:10:27). Es werden Strukturen benötigt, die den Transfer von Fachwissen und Handwerkszeug erleichtern und, die konkret auf eine Umsetzung von Projekten im Ort abzielen. (Interview 4 WS: ab 01:10:26).

Es ist wichtig, dass sich Initiativen informieren, sich bilden und Beispiele anschauen und eine Haltung entwickeln, um Bürgermeister:innen und Kommunalverwaltungen für eine Zusammenarbeit zu überzeugen (Interview 1 FK: ab 01:06:48). Eine Initiative für Mehrgenerationenwohnen, die Fridolin Koch kennt, wird von der Gemeinde zwar nicht unterstützt, aber auch nicht gebremst. Sie müssen alles aus eigener Kraft schaffen und brauchen für einige Prozessschritte, wie zum Beispiel die Gebäudesuche, wahrscheinlich länger als andere. Doch durch eine starke eigene Haltung und motivierte Mitglieder kann sich die Initiative trotzdem halten (Interview 1 FK: ab 01:13:51). Wenn die Gemeindeverwaltung bei Ideen nicht mitgeht, gibt es verschiedene Wege, die bürgerschaftliche Initiativen gehen können. Dafür ist es wichtig, sich bestimmter Hebel bewusst zu sein und sich zu fragen, was die Gegenseite motiviert und antreibt. Für Verwaltungen und Gemeinderäte, denen ihre Auswirkung besonders wichtig ist, könnte es zum Beispiel interessant sein, Pilotkommune bei größer angelegten Studienprojekten zu sein - so hat es Claudia Peschen einmal erlebt (Interview 3 CP: ab 00:33:21).

4.9.2 Kommunale Fachstellen für bürgerschaftliches Engagement

Mit der ersten großen Flüchtlingswelle vor einigen Jahren wurden in den Kommunen vielerorts Stellen für Integrationsbeauftragte gefördert. Claudia Peschen fragt sich, warum nicht auch mehr Personalstellen zur Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement und gemeinwohlorientierten Projekten gefördert werden (Interview 3 CP: ab 00:18:03). Denn Claudia Peschen sieht in gemeinwohlorientierten Projekten und in bürgerschaftlichem Engagement wichtige Schlüsselfaktoren für die Bildung resilienter Gemeinden (Interview 3 CP: ab 00:18:03). Willi Sutter findet, anstatt diverser Fördermittel, sollten die Kommunen vor allem mehr Unterstützung in Form von Fachwissen und dem richtigen Handwerkszeug bekommen, um ihre Gemeinden lebendig zu halten (00:39:07) (Interview 4 WS: ab 00:37:17). Beauftragte für Gemeinwohl gibt es in der Regel nicht, eher Fachstellen für bürgerschaftliches Engagement [*Anm.: im Rahmen dieser Arbeit zwei Themenbereiche, die jedoch eng miteinander verknüpft sind*]. Während Aufgaben in diesem Bereich in sehr kleinen Kommunen in der Regel von der Rathauspitze selbst bearbeitet werden müssen, gibt es in etwas größeren Kommunen schon immer häufiger extra dafür eingestellte Fachkräfte (Interview 3 CP: ab 00:22:07). Doch selbst, wenn eine Personalstelle für Gemeinwohl

geschaffen wird, stehen die Kommunen zunehmend vor dem Problem, qualifizierte Personen zur Besetzung der Stelle zu finden. Qualifiziertes Fachpersonal fehlt in den Verwaltungen aktuell an vielen Stellen, unter anderem in den ebenfalls sehr wichtigen Bereichen Klimaschutz und Mobilität (Interview 3 CP: ab 00:18:03). Einige Kommunen schaffen Stellen auf Minijob- oder Teilzeitbasis für Koordinator:innen vor Ort (Interview 1 FK: 14). Claudia Peschen hält die Personen, die Fachstellen für bürgerschaftliches Engagement und ähnliche Themen besetzen, für kompetent und lernbereit. Oftmals eher Einzelkämpfer:innen in der klassischen Verwaltungsstruktur, sind sie darauf angewiesen, sich weiterzubilden und gut zu vernetzen. Für die Handlungsfähigkeit der Fachstelle ist es in unter anderem relevant, an welcher Position diese innerhalb der Verwaltung eingegliedert ist. Davon ist abhängig, „wieviel Einfluss sie haben und von wem sie gehört werden“ (Interview 3 CP: ab 00:23:53). Die Kommunen werden von den Regierungspräsidien (RP) darin unterstützt, sich genauer über die möglichen Förderprogramme zu informieren. An den Infoveranstaltungen vor Ort können häufig außerdem die Bürger:innen selbst teilnehmen. Dennoch bleibt es die Zuständigkeit der Kommunalverwaltung, sich mit den Förderprogrammen auseinanderzusetzen und dieses Wissen an ihre Bürger:innen und an weitere relevante Akteursgruppen weiterzugeben. Das Referat 45 des MLR steht daher immer wieder in Kontakt mit dem Gemeindetag, um gemeinsam die Zielrichtungen und Vorgehensweisen betreffend der Förderprogramme abzustimmen (Interview 5 HK & SSV: ab 00:45:48). In vielen Kommunen wird zwar die Dringlichkeit gesehen, aber es fehlt einfach das Fachwissen und Handwerkszeug, um sich mit der Entwicklung ihrer Leerstände und der Gemeinde praktisch auseinanderzusetzen. (Interview 4 WS: ab 01:10:40). Den Kommunen fehlt das Handwerkszeug, verschiedene Akteursgruppen zusammenzubringen, um Projekte gemeinschaftlich aufzubauen. (Interview 4 WS: ab 00:44:00). Im Interview kommt Willi Sutter der Gedanke, dass es den Kommunen oftmals an den Grundlagen fehlt, richtige Projektstrukturen aufzubauen und Initiativen zu fördern, zu unterstützen und am Laufen zu halten (Interview 4 WS: ab 00:39:44). Laut Willi Sutter ist ein viel größeres Problem als verfügbare Gebäude, die Vermittlung von Fachwissen sowie das notwendige Handwerkszeug und konkrete Handlungsempfehlungen. Die Probleme in der Projektentwicklung sind in der Regel immer ähnlich gelagert, unabhängig ob sich um gastronomische Konzepte oder Projekte im sozialen Bereich handelt. (Interview 4 WS: ab 00:53:17).

Es braucht Unterstützungsstrukturen, die zivilgesellschaftlichen Initiativen vor allem in der Hintergrundorganisation zur Seite stehen, wenn es etwa um Abrechnungen, Verträge, Förderanträge, Datenschutzverordnungen oder Qualifizierungsmaßnahmen geht. Dies sind Aufgaben, die im freiwilligen Engagement kaum jemand gerne übernimmt. Solche Strukturen könnten von Kommunen oder Landkreisen angeboten werden, genauso wie von Vereinen, die sich im Verbund zusammenschließen, oder von einer Dachgenossenschaft (Interview 2 LE: ab 00:38:23). In einer Dachgenossenschaft zum Thema Daseinsvorsorge könnten kleine Vereine zusammengefasst werden, und einen Verbund bilden. Solch eine Genossenschaft wird aufgrund ihrer Größe jedoch nicht mehr rein ehrenamtlich betrieben werden können (Interview 2 LE: ab 00:32:00). Das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE) startet in einem wissenschaftlich begleiteten Projekt den Versuch in mehreren Kommunen eine Dachgenossenschaft für alle Genossenschaften zum Thema Daseinsvorsorge zu etablieren. Laut Eitenbichler ist das Projekt daran gescheitert, dass die Menschen, die sich bereits für eine Genossenschaft engagieren und dies ehrenamtlich tun, damit oft bereits ausgelastet sind und sich vor allem aus persönlichem Interesse für einen spezifischen Themenbereich einsetzen. Eitenbichler hält die Entwicklung einer Dachgenossenschaft, welche sich um die meist komplexen, organisatorischen Belange

kümmert, durchaus für sinnvoll. Doch hält sie es für realistischer, erst eine Dachgenossenschaft zum Oberthema Daseinsvorsorge zu gründen, aus der sich dann kleinere Genossenschaften zu spezifischen Bereichen und Unterthemen entwickeln (Interview 2 LE: ab 00:25:03).

4.9.3 Wie Qualifizierungsmaßnahmen Ideen ins Rollen bringen

Um weitere Bürger:innen für Engagement zu aktivieren, möchte Lucia Eitenbichler mit ihrer Stelle Landkreis gerne das Thema Qualifizierung voranbringen, so dass darüber zum Beispiel Menschen als Alltagsbegleiter:innen ausgebildet werden können (Interview 2 LE: ab 00:41:51). Welche Angebote durch die neu qualifizierten Bürger:innen entstehen ist zweitrangig. Wichtig ist Lucia Eitenbichler vor allem, dass Menschen aktiviert werden und anfangen "miteinander Ideen zu entwickeln und Verantwortung füreinander im Dorf zu übernehmen" (Interview 2 LE: 00:44:01). Die Bürgergemeinschaft Oberried hat engagierte Bürger:innen, insbesondere Frauen, als Alltagsbegleiterinnen qualifiziert (Interview 2 LE: ab 00:12:07). Es braucht ein qualifiziertes Netzwerk und Unterstützung im Bereich Wissenstransfer. Es braucht vor Ort Menschen, entweder innerhalb der Kommune oder von außen dazugeschaltet, die das Fachwissen darüber haben, wie Projekte wirtschaftlich tragfähig aufgebaut werden und wie diese Struktur dann in einer Gemeinde aufrechterhalten werden kann. (Interview 4 WS: ab 00:48:38).

4.9.4 Feedback zur Idee einer mobilen Vernetzungsstelle

Um engagierten Bürger:innen unter die Arme zu greifen und ihnen das notwendige Fachwissen und Handwerkszeug zu vermitteln, könnte eine mobile Vernetzungsstelle sinnvoll sein. Dann würden Ideen aus Beteiligungsprozessen am Ende vielleicht erfolgreich umgesetzt werden. (Interview 4 WS: ab 01:00:11). Die Wissensvermittlung könnte über eine mobile Vernetzungsstelle gut funktionieren. (Interview 4 WS: ab 00:53:17). Eine mobile Vernetzungsstelle könnte von Gemeinde zu Gemeinde wandern und Wissen und Erfahrungen weitergeben. So ein Mobil muss praktisch funktionieren, es darf nicht bloß diskutiert werden. Es sollte die Menschen zusammenbringen, so dass diese das Gelernte weitertragen. (Interview 4 WS: ab 00:53:17). Ein Mobil darf dann jedoch nicht bloß für eine kurze Zeit stehenbleiben und weiterfahren, sondern es muss eine ständige Rückkopplung stattfinden, damit die Projekte am Laufen bleiben. (Interview 4 WS: ab 00:57:01). Eine mobile Vernetzungsstelle kann nur erfolgreich sein, wenn das nötige Wissen für solche Prozesse da ist. Willi Sutter empfiehlt, dafür einen Leitfaden zu erstellen, beispielsweise angelehnt an ein bereits umgesetztes Projekt. Büros wie zum Beispiel *wohnbau bogenständig* und *sutter*³ hätten dabei den Vorteil eines großen Erfahrungsschatzes aus durchgeführten Projekten. (Interview 4 WS: ab 01:03:59). Es bleibt die Frage, in wessen Aufgabenbereich solch eine mobile Vernetzungsstelle liegt. Willi Sutter sieht zumindest den Aufbau als eine Landesaufgabe, da es um "den Erhalt der Kommunikationsstrukturen und der Versorgung im ländlichen Raum" (Interview 4 WS: ab 00:57:28) geht. In der Umsetzung ist später dann außerdem eine enge Verzahnung mit den Kommunalverwaltungen wichtig. (Interview 4 WS: ab 00:57:01). Die Frage ist, wer solch eine mobile Vernetzungsstelle trägt und wo das Projekt angesiedelt ist. Läuft es über die Verwaltungsebene, über eine Stiftung oder ist es ein privates, vielleicht gemeinnütziges, Unternehmen oder Start-Up, das über das nötige Fachwissen verfügt und wirtschaftlich von dem Projekt profitiert. In dem Fall könnte das Mobil, ähnlich wie ein klassisches Planungsbüro, von der Kommune beauftragt werden und zum Beispiel über ein Erfolgshonorar honoriert werden. Wo solch ein Mobil angesiedelt sein kann, ist auch eine Frage der Fördermöglichkeiten und -programme. (Interview 4 WS: ab

01:07:52). Es reicht nicht aus, einfach einen Raum oder eine mobile Vernetzungsstelle und eine Ansprechperson mit Fachwissen anzubieten. Wenn die Menschen nicht motiviert sind, sich einzubringen und Zeit dafür aufzuwenden, wird die Angebote niemand nutzen. Helga Koof hat bei LEADER-Projekten immer wieder die Erfahrung gemacht, dass es Menschen mit Leidenschaft und Engagement braucht, um die Projekte in die Umsetzung zu bringen. Und wenn Menschen engagiert hinter ihren Projekten stehen, finden sie in der Regel auch Wege in die Umsetzung, auch wenn diese nicht immer unkompliziert sind. Laut Helga Koof kann den Initiator:innen nicht alles abgenommen werden. Sie findet die Idee einer mobilen Vernetzungsstelle zwar spannend, ist sich aber unsicher, ob das Modell finanziell tragbar ist beziehungsweise glaubt, dass dies nur über hochmotivierte Privatpersonen laufen kann. (Interview 5 HK & SSV: ab 00:39:28). Stefanie Schmitz-Veltin sieht in der Idee einer mobilen Vernetzungsstelle vor allem ein Leuchtturmprojekt, welches Vorbild sein kann, aber nicht die ganze Breite der Kommunen im Land abdecken wird. Sie hält es für sinnvoller ein ähnliches Konzept regulär in die kommunalen Prozesse einzuflechten (Interview 5 HK & SSV: ab 00:55:41). Die Frage ist, über wen eine mobile Vernetzungsstelle getragen und betreut wird. Es darf zwischen Bürger:innen und Kommunen kein "Frontendenken" geben, sondern Projekte müssen von Beginn an gemeinsam wachsen. Das heißt die Ansprechperson in einer Vernetzungsstelle muss auf jeden Fall beide Seiten kennen, sich also auch mit den internen Verwaltungsstrukturen auskennen (Interview 5 HK & SSV: ab 00:53:34). Willi Sutter war bereits einmal mit dem Ministerium im Gespräch, ein Projekt zum Thema Wissenstransfer aufzubauen. Die Idee war, als Büro Personal aus der Verwaltung auszubilden, um die Erfahrungen und das nötige Fachwissen weiterzugeben und zu vervielfältigen. Leider sind die Gespräche dazu später wieder eingeschlafen, als die Frage im Raum stand, wer die Kosten trägt und wie das personell von Seite des Büros zu leisten ist – hier hat es an Zuschussmitteln gehapert (Interview 4 WS: ab 01:12:29). Stefanie Schmitz-Veltin weist auf die mobilen Gestaltungsbeiräte der Architektenkammer Baden-Württemberg hin. (Interview 5 HK & SSV: ab 00:57:49). Solch eine mobile Vernetzungsstelle scheint kostenintensiv zu sein – „Wer finanziert das?“, fragte Helga Koof (Interview 5 HK & SSV: ab 00:12:43). Wie eine mobile Vernetzungsstelle aufgebaut wird, ist in Willi Sutters Augen keine große Schwierigkeit - "den kriegst du immer hin, wenn du das willst" sagt er. (Interview 4 WS: ab 01:10:50). Willi Sutter kennt bisher kein Unternehmen, dass sich, mit dem richtigen Fachwissen im Hintergrund, auf die Umsetzung gemeinwohlorientierter und bürgerschaftlicher Projekte spezialisiert hat. Dabei sollte das viel mehr stattfinden, findet er (Interview 4 WS: ab 01:10:40). Willi Sutter hätte Lust dazu, so eine mobile Vernetzungsstelle mit aufzubauen, sieht der Verantwortung dafür aber eigentlich beim Land. (Interview 4 WS: ab 01:12:29). Um Modellprojekte gemeinsam mit dem Ministerium zu entwerfen und zu diskutieren, sind die Planenden viel zu sehr im Alltagsgeschäft eingebunden. (Interview 4 WS: ab 01:10:40).

5 Interpretation

5.1 Beantwortung der Fragestellung(en)

Im Folgenden stelle ich die wichtigsten Erkenntnisse der durchgeführten Forschungsarbeit vor, die der Beantwortung der zu Beginn formulierten Forschungsfragen (siehe 1.3) dienen. Diese waren:

- **Wie können Bürger:innen befähigt und dabei unterstützt werden, leerstehende Gebäude mit langfristig tragfähigen und gemeinwohlorientierten Konzepten neu zu beleben?**
- Welche Relevanz hat die gemeinwohlorientierte Leerstandsentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg?
- Wie übertragbar sind die Erkenntnisse von Konzepten, wie beispielsweise den vorgestellten *Zukunftsorten*, aus nordostdeutschen Bundesländern nach Baden-Württemberg?

In den ersten beiden Abschnitten gehe ich zunächst auf die beiden untergeordneten Fragestellungen ein, da diese die Grundlage für die Beantwortung der leitenden Forschungsfrage bilden.

5.1.1 Zur Relevanz gemeinwohlorientierter Leerstandsentwicklung

Aus den dargelegten Forschungsergebnissen ziehe ich den Schluss, dass die Entwicklung von Leerständen mit alternativen Nutzungskonzepten auch in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg eine Rolle spielt – und vor allem in den kommenden Jahren eine zunehmende Rolle spielen wird. Insbesondere der demografische Wandel betrifft alle ländlichen Regionen Deutschlands und die Auswirkungen führen auch in Baden-Württemberg zu einer steigenden Zahl an leerstehenden Gebäuden. Bisher scheint jedoch keine systematische Erfassung aller Leerstände auf Landes-, Landkreis oder kommunaler Ebene stattzufinden (siehe 2.1.2 & 4.2.6). Die komplexen Herausforderungen der aktuellen gesellschaftlichen Transformationsprozesse mit Auswirkungen auf Mensch und Umwelt betreffen sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Kommunalverwaltungen in ländlichen Räumen und erfordern neue Wege in der Ortsentwicklung (siehe 2.3) sowie alternative Umnutzungskonzepte für Bestandsgebäude (siehe 2.2). Spätestens, wenn sich keine direkte Nachfolgenutzung findet oder Gebäude bereits stark sanierungsbedürftig sind (siehe 4.2.6), sollten alternative Modelle der Umnutzung entwickelt werden. Alternative Modelle sind auch gefragt, wenn es um die Schaffung neuer Begegnungsorte (siehe 4.2.2), die Wiederbelebung von Ortszentren in kleinen Kommunen (siehe 4.2.6) oder den Erhalt von Einrichtungen der Daseinsvorsorge (siehe 4.2.4) geht. Die Schließungen von Gaststätten und kleinen Ladengeschäften zu einem Wegfall von Begegnungsorten beziehungsweise führen die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse dazu, dass die alltäglichen Begegnungen aufgrund veränderter Lebensweisen abnehmen (siehe 4.2.2). Dabei sind Begegnungsorte wichtig für resiliente Gemeinden, die sowohl den aktuellen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen gewachsen sind als auch gestärkt mit plötzlich auftretenden Ereignissen umgehen können. Denn Begegnungen fördern den gesellschaftliche Zusammenhalt und eröffnen Diskussionsräume, aus denen Neues entstehen kann (siehe 4.2.2). Mehrere der Gesprächspartner:innen wiesen in den Interviews darauf hin, dass in ländlichen Kommunen

außerdem ein dringendes Augenmerk auf Konzepte zur Versorgung älterer Menschen gelegt werden müsse (siehe 4.2.3). Auch an dieser Stelle ist Begegnungsorten eine besondere Relevanz zuzuschreiben, da sie ein wichtiges Mittel gegen die Gefahr der Vereinsamung älterer Menschen darstellen, wenn diese selbst nicht mehr mobil sind und ihre frühere Bezugspersonen weggezogen oder bereits verstorben sind. Neben Begegnungen können gemeinwohlorientierte Projekte auch Alternativen zur klassischen Seelsorge bieten, welche früher die Kirche übernommen hat und die vom Rathaus als nächste Anlaufstelle, personell unter Umständen nicht immer aufgefangen werden kann (siehe 4.2.4). Gemeinwohlorientierte Projekte könnten einen Teil dieser Aufgaben der Sorge übernehmen und damit die Kommunalverwaltungen entlasten. Auf Verwaltungsebene wiederum gibt es in Baden-Württemberg bereits einige Kommunen, die sich auf den Weg gemacht haben, sogenannte *Caring Communities* (dt.: Sorgende Gemeinschaften) aufzubauen – unterstützt werden sie dabei unter anderem von Lucia Eitenbichler (siehe 4.2.5). Obwohl solche alternativen Umnutzungskonzepte nicht in jedem Fall zu hundert Prozent dem Gemeinwohl dienen müssen (siehe 4.2.6), besteht dennoch ein verstärkter Bedarf an gemeinwohlorientierten Lösungen. Dass diese Lösungen allein von Seiten engagierter Bürger:innen initiiert und getragen werden, schließe ich nach den aus der Forschungsarbeit gezogenen Erkenntnissen aus (siehe 5.1.3). Es bleibt zunächst festzuhalten, dass eine gemeinwohlorientierte Leerstandsentwicklung sowie die Revitalisierung von Ortsmitten kleinerer Kommunen nicht bloß Themen der strukturschwachen Regionen Deutschlands sind, sondern auch in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg Beachtung finden sollten. Gemeinwohlorientierte Projekte wie ich sie verstehe (siehe 2.1.1) könnten einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität in ländlichen Räumen leisten, den Zusammenhalt der Menschen vor Ort und damit die Resilienz einer Gemeinde stärken sowie Verwaltungen im Bereich der freiwillig zu leistenden kommunalen Aufgaben entlasten.

5.1.2 Zur Übertragbarkeit von Konzepten aus Nordostdeutschland

Auf Grundlage der durchgeführten Forschungsarbeit ziehe ich den Schluss, dass die Erkenntnisse und Handlungshinweise aus anderen Regionen Deutschlands, wie zum Beispiel die des *Netzwerk Zukunftsorte*, teilweise auf die Leerstandsentwicklung in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg angewendet werden können – jedoch nicht ohne Anpassungen und das Erfassen eigener regionaler Erfahrungen. Ein sehr bildhaftes Beispiel hierfür wurde von Willi Sutter im Interview erbracht, als er von dem Co-Working-Projekt einer kleineren Kommune nahe Freiburg im Breisgau berichtete (siehe 4.6.2). Dieses musste schon nach kurzer Zeit wieder schließen, weil die Arbeitsplätze kaum oder gar nicht genutzt wurden. Konzepte, die dem Trend des Co-Working folgen, werden längst nicht überall gleich gut angenommen. Insbesondere inhaltliche Nutzungskonzepte, müssen daher auf den lokalen Bedarf und die regionalen Bedingungen abgestimmt sein (siehe auch 5.2.5). Das *Netzwerk Zukunftsorte* beschreibt die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, die maßgeblich für die Entwicklung von Zukunftsorten verantwortlich sind, vor allem als Menschen, die von außerhalb zuziehen (siehe 2.5). Im Rahmen meines Forschungspraktikums und der Arbeit im Planungsbüro *sutter*³ hatte ich in erster Linie mit Menschen zu tun, die die Gemeinde, in der sie bereits leben, weiterbringen und zukunftsfähig machen möchten. In den Interviews wurde auf diese Thematik nicht näher eingegangen, so dass offen bleibt, ob die Aussagen einen Unterschied zwischen den beiden Gruppen zivilgesellschaftlicher Akteur:innen machen und wenn ja, welche Gruppe gemeint ist. Aufgrund der deutschlandweiten Auswirkungen des demografischen Wandels in ländlichen Räumen, sind Projekte mit diesbezüglicher thematischer Ausrichtung in ihren Grundzügen vermutlich auf verschiedene Regionen übertragbar. Wichtige Unterschiede stellen jedoch die Ausgangslagen vor Ort dar,

wie zum Beispiel die Bodenpreise für Grundstücke¹⁴ oder das vorhandene Angebot unterstützender Fördermittel (siehe 4.2.8). Die Herausforderung, mit starken rechtspopulistischen Meinungen umzugehen, scheint zivilgesellschaftliche Gruppen in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg weniger zu tangieren als dies bei Projektbeispielen aus ostdeutschen Regionen der Fall ist. Die dazu befragten Interviewpartner:innen sehen in Baden-Württemberg bisher keine schwerwiegende Gefahr für gemeinwohlorientierte Projekte (siehe 4.2.8). Dennoch ist der Rechtsruck ein bundesweites Thema und sollte nicht unbeachtet bleiben – die Hintergründe hierzu sind jedoch komplexer, als oft vermittelt:

„Zu sagen, das Dorf wählt rechts, wäre zu einfach. Ich würde solche Wahlergebnisse nicht den Raumkategorien zuschreiben, sondern den gesellschaftlichen Prozessen und strukturellen Problemen, die dahinterstehen. [...] Ich glaube aber, in erster Linie sind die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in peripheren Räumen dem Strukturwandel und einer politischen Vernachlässigung dieser Räume im Zuge anhaltender Neoliberalisierungsprozesse zuzuschreiben. Wenn nun Diskussionen über Wärme-, Energie- und Mobilitätswende geführt werden, präsentiert die Politik in erster Linie Lösungen für urbane Räume.“

Lisa Maschke im Interview mit Uwe Rada (2023)

Trotz des Fokus auf nordostdeutsche Regionen hat das *Netzwerk Zukunftsorte* (2022: 14) den Anspruch, die gemachten Erfahrungen und das gesammelte Wissen deutschlandweit zu teilen. Ob und wie dies umgesetzt werden kann, wäre in einem Gespräch mit den Verantwortlichen des Netzwerks zu klären. Die koproduktive und gemeinwohlorientierte Entwicklung leerstehender Gebäude scheint im Allgemeinen in Baden-Württemberg bisher eine deutlich geringere Strahlkraft als im Nordosten Deutschlands beziehungsweise in den Neuen Bundesländern zu haben (siehe 4.2.7). Meine erste Interpretation ist, dass dies entweder daran liegt, dass insbesondere im Umfeld zwischen Hamburg, Berlin und Leipzig viele Kultur- und Kreativschaffende wirken (vgl. *Netzwerk Zukunftsorte* 2022), die zum Beispiel geübt im Bereich der medialen Werbung sind, oder an einer dünneren Forschungs- und Förderstruktur in Baden-Württemberg. Letzteres ließe sich darin begründen, dass Projekte, die im Rahmen von Forschungsvorhaben oder mithilfe von Förderprogrammen entstehen, in der Regel stärker evaluiert und vorgestellt werden. Eine geringere Zahl an Förderprogrammen für gemeinwohlorientierte Projekte in Baden-Württemberg (siehe 4.6.2) könnte beispielsweise ein Grund dafür sein, dass diese Projekte stattdessen vermehrt mit der Unterstützung privater Investor:innen oder kleinerer Stiftungen entstehen und dadurch weniger öffentlich berichterstattend tätig sind (siehe 4.2.7). Für genauere Erkenntnisse zur Anzahl gemeinwohlorientierter Umnutzungsprojekte in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Regionen in Deutschland bräuchte es eine systematische Best-Practice-Analyse. Um konkrete Aussagen zur Medienwirksamkeit von Projekten oder zu den Hintergründen der Initiator:innen zu machen, wären ebenso weitere Untersuchungen notwendig (siehe 5.3 & 5.4).

5.1.3 Zur Umsetzung durch bürgerschaftliches Engagement

Die Ergebnisse der Forschungsarbeit machen deutlich, dass zivilgesellschaftliche Initiativen in der Umnutzung leerstehender Gebäude wie auch gemeinwohlorientierte Projekte auf die Zusammenarbeit mit den Kommunalverwaltungen angewiesen sind – bestenfalls findet gar eine Zusammenarbeit aller Akteursgruppen vor Ort statt. Selbst in nur einem Ortsteil oder

¹⁴ https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Karten/Wie-wir-wohnen/043/_node.html

Quartier kommen verschiedene Menschen, junge wie alte, arme wie reiche, mit diversen Hintergründen und unterschiedlichen Interessenslagen zusammen. Hinzu kommen ortsansässige Gewerbe und Unternehmen, kirchliche Einrichtungen, Vereine und nicht-organisierte Gruppen, soziale Träger, die Einrichtungen der Verwaltung inklusive Ortschafts- und Gemeinderäten und mitunter auch noch eine nicht unbedeutende Menge an Tourist:innen von außerhalb. Vom Gemeinwohl ist nie nur eine homogene Gruppe betroffen. Dementsprechend ist es kaum bis gar nicht möglich, dass eine Gruppe individuell und im Alleingang gemeinwohlorientierte Projekte auf die Beine stellt. Es existieren zwar einzelne Projekte, bei denen eine kleine Gruppe motivierter Menschen etwas aufbaut, ohne dass eine größere Einbindung der lokalen Akteur:innen im Vorfeld stattfindet. Dies sind in der Regel jedoch Projekte, bei denen eine Gemeinwohlorientierung nicht im Vordergrund steht, sondern vielmehr ein Nebenprodukt darstellt (siehe 4.5.4). Ein Beispiel sind Wohnprojekte, in denen die Initiator:innen Wohnraum für sich selbst generieren und einzelne Räume für die Menschen aus der Umgebung öffnen. Die Initiator:innen tragen dabei stets die volle Verantwortung für den gemeinwohlorientierten Teil und können die gemeinschaftlichen Räume jederzeit anderweitig nutzen oder schließen, ohne sich mit anderen Akteur:innen der Gemeinde darüber abzustimmen. Ähnlich wie bei privaten Investor:innen ist in solchen Konstellationen jedoch nicht die Sicherheit gegeben, dass Projekte oder Teilprojekte, wie zum Beispiel gemeinschaftliche Räumlichkeiten, langfristig dem Gemeinwohl gewidmet werden (siehe 4.3.3). Wenn gemeinwohlorientierte Projekte langfristig funktionieren sollen, müssen sie auf die Bedarfe vor Ort abgestimmt sein und unter Einbindung der verschiedenen Akteursgruppen entwickelt werden (siehe 4.5.2; vgl. Henkel 2020: 94). Dass die Menschen vor Ort an der Transformation ihrer Kommunen zu resilienten und zukunftsfähigen Gemeinden beteiligt werden müssen, darin sind sich nicht nur die interviewten Expert:innen, sondern auch viele weitere Expert:innen in Baden-Württemberg einig, wie ich bei der Tagung *Das neue Bild vom Land* mitbekommen habe. Marc Redepenning (2023: 44ff.) sprach über die Schaffung von Raumbildern, die Räumen zugeschrieben und von der Gesellschaft übernommen würden, die Identität stiften und zukunftssträchtige Entwicklungen anstoßen würden – und die von den Menschen vor Ort selbst gestaltet werden müssten. Der Landrat Matthias Neth stellte in einem Kommentar während der Tagung die Vermutung an, dass es zu neuen Antworten führen könne, wenn man mit den Menschen redet. Dies scheinen auch die beiden Politiker:innen verstanden zu haben, von denen Claudia Peschen im Interview berichtete (siehe 4.4.2). Mark Michaeli (2023: 35ff.) forderte, dass alle betroffenen Akteur:innen in den Blick genommen und Prozesse verbessert werden sollten, um Transformation zu gestalten. Monika Gonser (2023: 50ff.) sprach über die wichtige Voraussetzung der transparenten Kommunikation bezüglich Erwartungen in Beteiligungsprozessen und darüber, dass zunächst geklärt werden müsse, wer vom Prozess betroffen ist und von wem Wissen und Fähigkeiten benötigt werden.

Die Perspektive der Fragestellung verschiebt sich insofern, dass nun zu klären ist, wie die Zusammenarbeit zwischen engagierten Bürger:innen, der kommunalen Verwaltung und weiteren Akteur:innen gestaltet werden kann. Hierfür ist es wichtig, sich mit kooperativen Formen der Ortsentwicklung auseinandersetzen. Im laufenden Forschungsprozess habe ich mich daher nochmals eingänglicher mit dem Modell der *Koproduktion* auseinandergesetzt. In den letzten drei Jahrzehnten wurden bereits diverse Formen der Beteiligung erprobt (siehe 2.4). Neue Ansätze und Kooperationsformen der kommunalen Entwicklung werden heute unter dem Begriff *Koproduktion* zusammengefasst (vgl. Abt et al. 2022: 11 ePUB). Mithilfe dieser neuen Ansätze sollen beispielsweise Angebote der Daseinsvorsorge aufrechterhalten und leerstehende Gebäude wiederbelebt werden (ebd.). Wie auch meine Gesprächspartner:innen in den Interviews (siehe 4.7.2) sehen Jan Abt und seine

Kolleg:innen (2022: 22 ePUB) die Zusammenarbeit aller Akteur:innen vor Ort unter anderem als einen wichtigen Schlüsselfaktor für erfolgreiche Innenentwicklung. In der Koproduktion geht es nicht darum, lediglich gemeinsam Problemlösungen zu finden oder Entscheidungen abzustimmen, sondern diese im Anschluss auch gemeinsam umzusetzen – also zu „produzieren“ (vgl. Abt 2022: 241f. ePUB). Es sollen Partnerschaften zwischen politischen, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteur:innen gebildet werden, um öffentliche Angebote gemeinsam zu realisieren (ebd.). Im Unterschied zur klassischen Kooperation sind die Akteursgruppen „gleichmaßen und untrennbar bei der Herstellung eines Gemeinschaftsgutes verbunden“ (Abt 2022: 242 ePUB). Dabei sollen die individuellen Stärken der verschiedenen Akteursgruppen intelligent miteinander verknüpft werden (vgl. Wolf & Londong 2022: 52 ePUB). „Dadurch, dass Fach- und Alltagswissen zusammengebracht und Kreativitätspotenziale verbreitert werden, können – so die Erwartung – Innovationen entwickelt werden, mit denen sich aktuelle oder zukünftige Herausforderungen besser begegnen lassen“, schreibt Jan Abt (2022: 243 ePUB). Insbesondere im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge werden bereits einige Angebote, wie zum Beispiel Dorfläden und Betreuungsdienste, in Form von koproduktiven Prozessen umgesetzt – üblich ist das Modell in den Kommunen jedoch noch nicht (ebd.: 246f. ePUB). Generell kann Koproduktion in verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge stattfinden, voneinander zu trennen sind hier jedoch kommunale Pflichtaufgaben, bei denen die Kommune stets in der Verantwortung steht, und freiwillige kommunale Aufgaben, die auch durch andere Akteur:innen geleistet werden können (vgl. Abt 2022: 247 ePUB; siehe Abb. 7).



Abb. 7: Kommunale Aufgaben (Quelle: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg)

Jan Abt (2022: 247 ePUB) schreibt, dass andere Formen der Beteiligung längst etabliert seien, doch herrsche dabei meist ein Ungleichgewicht zwischen kommunaler Verwaltung und Zivilgesellschaft: Bürger:innen bringen ihre Meinung ein und dürfen Empfehlungen aussprechen, während Kommunen auf Basis dieser Stimmen Entscheidungen treffen und sie umsetzen. Durch das Prinzip des „gleichberechtigten Entwickelns, Entscheidens und Umsetzens“ werden die bekannten Rollen von Kommunen und Bürger:innen infrage gestellt und müssen neu verhandelt werden (vgl. Abt 2022: 248 ePUB). Für eine gemeinsame Entwicklung gemeinwohlorientierter Projekte müssen zunächst alle Akteur:innen an einen

Tisch gebracht werden (siehe 4.7.2) und in die offene Kommunikation miteinander gehen (siehe 4.7.3). Hierfür ist es wichtig, dass sowohl die Kommune als auch die Bürger:innen eine klare Haltung dazu haben, was sie von der Zusammenarbeit erwarten und was ihre Ziele sind (siehe 4.4.2). Projekte, die koproduktiv umgesetzt werden, sollten außerdem stets langfristig angelegt sein, um keine falschen Erwartungshorizonte in der Zivilgesellschaft zu wecken (vgl. Abt 2022: 252 ePUB), wie dies teilweise in klassischen Beteiligungsverfahren geschieht (siehe 4.4.2). In Anbetracht des aktuellen Wandels der Verantwortungsstrukturen von einer „regulierenden Ordnungskommune“ über eine „serviceorientierte Dienstleistungskommune“ hin zu einer „partnerschaftlichen Bürgerkommune“ sieht Jan Abt (2022: 248 ePUB) gute Chancen für das Aushandeln koproduktiver Formen der Zusammenarbeit. Dabei gilt allerdings zu beachten, dass das Verhandeln neuer Rollen in einem heterogenen Feld an Akteur:innen meistens nicht konfliktfrei verläuft (ebd.). Schwierig wird es beispielsweise, wenn Kommunen Angst davor haben, mit der Abgabe von Verantwortung auch Macht, Kontrolle und „Prestige“ abzugeben (vgl. Abt 2022: 251 ePUB). Oder wenn engagierte Bürger:innen, die bisher in lockeren Initiativen agiert haben, in den komplexeren Organisationsstrukturen von Koproduktion ihre Selbstwirksamkeit bedroht sehen (ebd.). Auch passt das neue Modell der Zusammenarbeit nicht immer mit den Strukturen und den klassischen Abläufen in der Verwaltung zusammen (ebd.: 248f. ePUB). Hier wiederum sieht Jan Abt (2022: 249f. ePUB) das Problem schlechtgestellter kommunaler Haushalte als Chance, denn „Not lässt Bedenken zurücktreten und macht neue Verfahrenswege gangbar“ – solange alle Beteiligten in dem Modell der Koproduktion Mehrwerte für sich sehen können. Das Wissen zu diesen Mehrwerten habe sich innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte jedoch kaum gefestigt (ebd.: 250 ePUB).

Für den Aufbau gemeinwohlorientierter Projekte – insbesondere, wenn die Initiative von engagierten Bürger:innen mit begrenzten finanziellen Mitteln ausgeht – ist es besonders wichtig ein tragfähiges Geschäftsmodell zu entwickeln, damit ein langfristiger Betrieb gesichert ist und nachhaltige Strukturen geschaffen werden können. Förderprogramme sind hilfreich für die Anlaufphase, um zum Beispiel eine fachliche Beratung einzuholen, sollten jedoch keine Dauerlösung darstellen. Im besten Falle können Projekte im Anschluss verstetigt werden und stehen auf eigenen Beinen. Willi Sutter merkte im Interview an, dass es in den Neuen Bundesländern vielleicht so viele alternative Leerstandsprojekte gäbe, weil dort auch viel gefördert werden würde (siehe 4.2.8). Fraglich ist jedoch, wie viele diese Projekte wirklich dauerhaft verstetigt wurden. Claudia Peschen betonte im Gespräch die Gefahr vieler kleiner Projekte, die durch Förderprogramme ins Laufen gebracht werden, doch abgebrochen werden, sobald die Fördermittel aufgebraucht sind (siehe 4.6.2). In Baden-Württemberg gibt es in erster Linie die beiden Förderprogramme ELR und LEADER, die für Projekte in der gemeinwohlorientierten Leerstandsentwicklung in Frage kommen (siehe 4.6.2 bis 4.6.4). Über ELR-Fördermittel können nur investive Maßnahmen gefördert werden, also nur die baulichen Maßnahmen zur Einrichtung eines Projekts, nicht jedoch der Betrieb. Bei LEADER sind zwar auch nicht-investive Maßnahmen möglich, doch gibt es hier eine festgelegte Förderkulisse und Initiativen außerhalb der aktuellen LEADER-Gebiete können innerhalb der laufenden Förderperiode nicht auf diese Mittel zurückgreifen. Der Bewerbungsprozess für LEADER-Gebiete benötigt mehrere Jahre Vorlaufzeit vom Zusammenfinden verschiedener Kommunen bis zur Erstellung eines gemeinsamen, regionalen Entwicklungskonzeptes – dass kleinere zivilgesellschaftliche Initiativen so langen Atem zeigen, ist eher unwahrscheinlich. Für Projekte außerhalb der LEADER-Gebiete scheint es in Baden-Württemberg demnach keine Möglichkeiten zu geben, den Betrieb, zumindest für die erste Laufzeit, über öffentliche Fördermittel zu finanzieren. Die Frage nach geeigneten und benötigten Förderprogrammen für gemeinwohlorientierte Projekte, die

aus der Zivilgesellschaft heraus entstehen, ist ein wichtiger Punkt, den es in zukünftigen Forschungsarbeiten zu diesem Thema in Baden-Württemberg näher zu betrachten gilt (siehe 5.4). Man könnte nun schlussfolgern, das Problem liegt bei den fehlenden Förderprogrammen für gemeinwohlorientierte Projekte aus der Zivilgesellschaft – doch was es braucht ist einerseits eine Finanzierungsverantwortlichkeit (vgl. Rappen 2022: 264 ePUB; siehe auch 4.3.2 & 4.6.2) und sind andererseits für sich stehende, tragfähige Nutzungskonzepte.

Um die Tragfähigkeit gemeinwohlorientierter Projekte zu gewährleisten, eignen sich beispielsweise multifunktionale Nutzungskonzepte, die für eine höhere Auslastung und möglichst durchgehende Belegung des Ortes sorgen (siehe 4.5.4). Es muss jedoch beachtet werden, dass multifunktionale Nutzungskonzepte, die sich erst im Laufe der Gebäudenutzung voll entwickeln, durch bürokratische Hürden, wie beispielsweise die Zweckbindungsfrist bei LEADER-Fördermitteln, gehemmt werden könnten (siehe 4.6.3). Wichtig ist außerdem eine genaue Untersuchung der Bedarfe, damit nicht an den Bedürfnissen der Gemeinde vorbeientwickelt wird oder es zu einer Dopplung von Angeboten und der Gefahr einer wirtschaftlichen Konkurrenzsituation kommt (siehe 4.5.2). Auch im Hinblick auf die ökologische Nachhaltigkeit ist die Durchführung einer umfangreichen Bedarfsplanung essenziell, um erneute Umbauten oder beispielsweise „einen frühzeitigen Rückbau zu vermeiden“ (Bundesstiftung Baukultur 2022: 3). Gebäude sollten stets so geplant werden, dass eine flexible Änderung der Nutzungen niedrigschwellig und ressourcenschonend möglich ist (ebd.). Willi Sutter berichtete zum Beispiel von einem Projekt in Baden-Württemberg, bei dem viel Energie und Fördermittel der Kommune reingesteckt wurden, und welches trotzdem schon vorzeitig, nach acht von zwölf Monaten geplanter Laufzeit, wieder schließen musste, weil das Nutzungskonzept vor Ort nicht tragfähig war (siehe 4.6.2; BZ-Redaktion 2023). Nutzungskonzepte und Projekte, egal ob sie zunächst mit Fördermitteln unterstützt werden, sollten daher immer auf den Ort und auf die Bedarfe vor Ort abgestimmt sein (siehe 4.5.2). Unabhängig von Förderprogrammen, empfiehlt Claudia Peschen, bei Beteiligungsprozessen im ersten Schritt eine klare Haltung zu entwickeln und gemeinsame Ziele festzustecken – dies gilt für die kommunale Seite, die plant, ihre Bürger:innen mit einzubeziehen, und genauso für zivilgesellschaftliche Initiativen, die die Unterstützung der Kommune suchen (siehe 4.4.2 & 4.9.1).

Für die Umsetzung gemeinwohlorientierter Projekte, die von Bürger:innen initiiert werden, scheint ein niedrigschwelliges Entwicklungskonzept sinnvoll, so dass einerseits das notwendige Eigenkapital zum Projektstart möglichst klein gehalten werden kann und andererseits Nutzungen auch noch im Verlauf des Projektes flexibel angepasst werden können (siehe 4.5.4). Die komplexen Herausforderungen und Abläufe der gemeinwohlorientierten Quartiersentwicklung wie auch der Projektentwicklung im Bestandsumbau machen die Vermittlung von Fachwissen, die Qualifizierung zur Selbsthilfe sowie Netzwerke zum Austausch dringend notwendig – bei allen beteiligten Akteursgruppen. Um neue Wege der Ortsentwicklung zu gehen braucht es neben dem „alltäglichen Knowhow“ der Bürger:innen, Fachwissen, Qualifizierungsmaßnahmen, sowie eine gute Kommunikation und Netzwerkarbeit (siehe 4.7 & 4.9). Abschließend ist festzuhalten, dass eine gemeinwohlorientierte Leerstandsentwicklung in ländlichen Räumen durch bürgerschaftliches Engagement vor allem dann gelingen kann, wenn die kommunale Verwaltung und weitere Akteur:innen vor Ort Kooperationsbereitschaft zeigen und sich in der ihnen möglichen Form und mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen beteiligen. Zur weiteren Beantwortung der Forschungsfrage weise ich im folgenden Abschnitt auf einige Handlungsempfehlungen für die koproduktive Orts- und

Leerstandsentwicklung in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg hin, die sich aus den bisherigen Erkenntnissen der Forschungsarbeit erschließen.

5.2 Handlungsempfehlungen

5.2.1 Gemeinwohlorientierung anlassbezogen definieren

Wie bereits in der Forschungsliteratur deutlich geworden, existiert keine klare Definition des Begriffs Gemeinwohl (siehe 2.1.1) und auch die interviewten Personen unterscheiden sich in ihren Vorstellungen von Gemeinwohl beziehungsweise in der Bezeichnung dessen (siehe 4.2.1). Ein als selbstverständlich vorausgesetztes Begriffsverständnis kann in der Kommunikation schnell zu Missverständnissen führen. In der Zusammenarbeit von Gruppen sollte daher zunächst ein Austausch und ein Aushandeln der Perspektiven auf das Gemeinwohl stattfinden (siehe 2.1.1). Unumstritten ist jedoch, dass Gemeinwohl immer mehrere Akteur:innen oder Akteursgruppen betrifft. Nicht immer mag es um das Wohl der gesamten Allgemeinheit in Deutschland oder gar der Welt gehen. Im Falle der kommunalen Entwicklung in ländlichen Räumen kann zum Beispiel in erster Linie das Wohl aller innerhalb einer Kommune gemeint sein (siehe 2.1.1). Bei kommunalen Zusammenschlüssen kann der Fokus je nach Bedarf vorerst auch nur auf einem Ortsteil liegen. Wird der Begriff des Gemeinwohl in Verabredungen, Verträgen oder anderweitigen Übereinkommen verwendet, sollte er zunächst durch die beteiligten Akteur:innen in seinem Anwendungskontext besprochen und für den jeweiligen Anlass definiert werden. Dies wäre beispielsweise der Fall, wenn ein gemeinwohlorientiertes Projekt sich organisiert und Ziele in einer Satzung festgelegt werden. Oder, wenn zum Beispiel ein Förderprogramm auf den Weg gebracht wird, in welchem die Gemeinwohlorientierung eine Fördervoraussetzung werden soll.

5.2.2 Systematisches Leerstandsmanagement

Eine Schwierigkeit bezüglich der Klärung der Leerstandsproblematik in Baden-Württemberg besteht darin, dass aktuell keine ortsübergreifende und systematische Erfassung aller leerstehender Gebäudearten vorliegt (siehe 2.1.2 & 4.1.6). In Anbetracht der zunehmenden Leerstände, schlage ich vor, sich schon jetzt offensiv mit dieser Thematik auseinanderzusetzen, um nicht die Lebens- und Standortqualität kleinerer Gemeinden in ländlichen Räumen zu gefährden (siehe 2.3). Einen Ansatz zur Erfassung von Leerständen abseits des klassischen Immobilienmarkts, bietet bereits die Plattform *Leerstandsmelder.de* (siehe Abb. 8, folgende Seite), welche nach dem Prinzip der Bürger:innenforschung (auch *Citizen Science* genannt) funktioniert. Die Autor:innen der Website schreiben über das Tool: „Leerstände können auf der Leerstandskarte von allen NutzerInnen direkt und unkompliziert eingetragen werden. Dadurch entsteht nach und nach ein kollektiver und frei zugänglicher Daten- und Raumpool, unabhängig von städtischen Informationskanälen. Darüber hinaus können registrierte NutzerInnen des *Leerstandsmelders* Infos zu den Leerstandsgebäuden und Ideen zum konstruktiven Umgang mit ihnen austauschen.“ (Leerstandsmelder.de 2021).

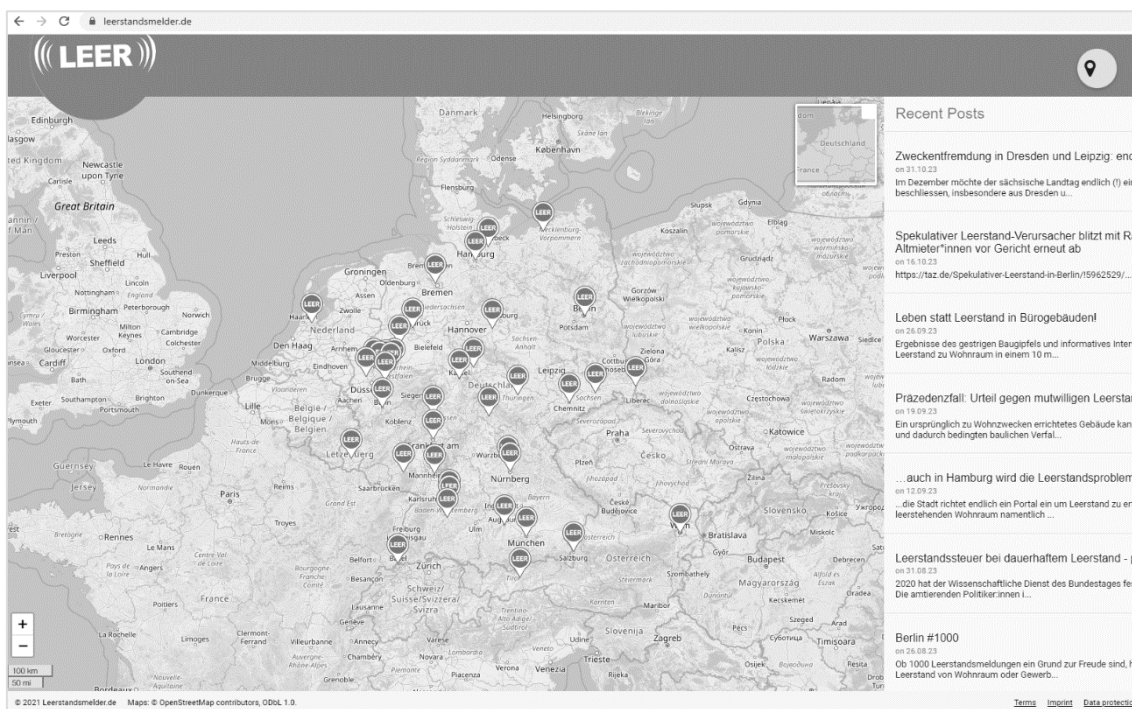


Abb. 8: Website Leerstandsmelder (Quelle: Screenshot von Leerstandsmelder.de)

5.2.3 Kommunalverwaltungen fachlich qualifizieren

Nach den Erkenntnissen von Barbara Malburg-Graf (2020: 317) funktionieren viele Orts- und Regionalentwicklungsprozesse in ländlichen Räumen am besten mit einer Kombination verschiedener Methoden zur Information und Beteiligung der Bürger:innen. Wichtig ist, dass die verschiedenen Verfahren sinnvoll miteinander verknüpft und anlassbezogen gestaltet werden (ebd.). Sie empfiehlt, dass sich kommunale Verwaltungen hierfür mit „kompetenten Fachleuten der Prozessbegleitung, Partizipation, Moderation und Mediation“ zusammenschließen (ebd.). Nicht nur für Bürger:innen, sondern auch für Kommunen ohne eingerichtete Fachstelle sind die Antragsverfahren der Förderprogramme so komplex und zeitaufwendig, dass externe Büros, wie zum Beispiel *sutter*³, damit beauftragt werden – vorausgesetzt die finanziellen Mittel für die Beauftragung einer externen Bearbeitung stehen zur Verfügung. Klassische Verwaltungsabläufe und das traditionelle Rollen- und Selbstverständnis einiger kommunaler Akteur:innen passen oft nicht mit dem neuen Modell der Koproduktion zusammen und Mitarbeitende aus der Verwaltung wissen mitunter nicht, wie die Gestaltung im Rahmen des existierenden Strukturen gelingen kann (vgl. Abt 2022: 248f. ePUB). Diesbezüglich hat das Bundesministerium (2021 in Abt 2022: 249 ePUB) bereits die Empfehlung ausgesprochen, Mitarbeitende der Kommunalverwaltungen im Bereich Kooperation und Koproduktion zu schulen und dort eine offene Fehlerkultur zu etablieren. Inwiefern solche Schulungen bereits umgesetzt werden, bleibt offen. Claudia Peschen wies im Interview zum Beispiel auf die Servicestellen *Lebendige Ortsmitten* hin (siehe 4.6.2). Zu den öffentlichen Förderprogrammen können sich Kommunen außerdem von den zuständigen Regierungspräsidien beraten lassen (siehe 4.9.2).

5.2.4 Koproductive Strukturen aufbauen und organisieren

Damit koproductive Prozesse zu einem Mehrwert für alle führen, müssen zunächst Organisationsstrukturen geschaffen und Verantwortungsbereiche bestimmt werden (siehe 4.7.4). In der Findungsphase und bei dem Aufbau gemeinschaftlicher

Organisationsstrukturen kann es sinnvoll sein, eine externe Hilfe in Anspruch zu nehmen. Zivilgesellschaftliche Initiativen in Baden-Württemberg können sich hierzu beispielsweise an die Allianz für Beteiligung¹⁵ wenden. Kommunen in Baden-Württemberg, welche die Initiative ergreifen möchten, finden zum Beispiel über das Gemeinnetzwerk BE¹⁶ Unterstützung. (siehe 4.6.2). Wie Monika Gonser in ihrem Tagungsbeitrag zu partizipativen Prozessen bereits ausführte (siehe 5.1.3), bedarf auch der koproduktive Prozess zunächst Strategien und Rahmbedingungen, die auf die jeweiligen lokalen und akteurspezifischen Bedingungen abgestimmt sind. Mario Wolf und Jörg Londong (2022: 51ff. ePUB) empfehlen hierzu die Methode der *Konstellationsanalyse*. Mithilfe der *Konstellationsanalyse* sollen gesellschaftliche Wirkungszusammenhänge untersucht und dargestellt sowie eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis geschlagen werden (ebd.: 55 ePUB). Für eine schnelle Umsetzung von Projekte, in denen wirtschaftliche Themen kaum von Belang sind, reicht in der Regel die Vereinsform aus – auch hier gibt es zum Beispiel die Möglichkeit eine Person als Geschäftsführung anzustellen, damit Entscheidungen im operativen Geschäft unkompliziert getroffen werden können (siehe 4.7.4). Projekte, die jedoch auf finanzielles Kapital oder ein abgesichertes Handelsrecht angewiesen sind, sollten besser in der Genossenschaftsform organisiert werden – insbesondere, wenn es um Grundstückseigentum und Gebäude sowie den damit verbundenen Invest geht (ebd.). Auch bei kooperativen Prozessen, in denen nicht nur die Zivilgesellschaft, sondern auch die Verwaltung oder privatwirtschaftliche Unternehmen mit in die Verantwortung gehen, ist die Genossenschaft besser als Trägermodell geeignet (siehe 4.8). Für die interne Organisation mit vielen verschiedenen Akteursgruppen ist es sinnvoll eine Steuerungsgruppe zu bilden, die das Projekt auch nach außen hin vertritt (siehe 4.7.4). Für die interne Arbeit sollten Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen- und Aufgabenbereichen gebildet werden, um Lasten und Verantwortung zu verteilen (ebd.). Weitere Hinweise zur organisatorischen Absicherung und langfristigen Finanzierung koproduktiver Prozesse finden sich auch in dem Beitrag von Elke Dahlbeck, Kerstin Jochimsen und Dajana Esch (2022) in ihrem Beitrag des Sammelbands zur Koproduktion. Übersichtliche Auflistungen verschiedener Trägermodelle finden sich außerdem im „Glossar zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung des BBSR (2020: 27) sowie in der Publikation des *Netzwerk Zukunftsorte* (2022: 96). Beatrix Drago und Nina Kiehlbrei (2012) haben ebenfalls verschiedene Beteiligungsverfahren in der ländlichen Entwicklung untersucht und empfehlen zusammenfassend folgende Strategien für einen erfolgreichen Prozessverlauf: systematisch Akteur:innen vor Ort für die Beteiligung gewinnen und an den Prozess binden, den Akteur:innen Qualifizierungsmaßnahmen anbieten, „lernende Organisationsstrukturen“ ermöglichen sowie einen Fokus auf Koordination und Kooperation setzen (in Malburg-Graf 2020: 318).

„Beteiligung lebt auch vom Erlernen und Wiederentdecken sozialer Kompetenzen [...] Deshalb können Erfahrungen aus Projekten wie Dorfgespräch und Methoden wie die Zukunftswerkstatt helfen, rationale und emotionale Ebenen von Veränderungsprozessen gleichermaßen in den Blick zu nehmen.“

Barbara Malburg-Graf (2020: 319)

¹⁵ <https://allianz-fuer-beteiligung.de/>

¹⁶ <https://www.gemeinnetzwerk-be.de/>

5.2.5 Bedarfe aller Akteursgruppen gemeinsam erfassen

Globale Trends sind nicht auf alle Orte und Regionen übertragbar und Nutzungskonzepte dürfen somit nicht allein auf solchen Trends beruhen (siehe 4.5.2). Ebenso wenig treffen die Ideen und Vorstellungen einiger einzelner Bürger:innen immer auf die gesamte Gemeinde zu (ebd.). Und in kleinen Kommunen, die in der Umgebung größerer Städte liegen, sehen die Bedarfe ganz anders aus als in abgelegenen kleinen Kommunen (ebd.). Die individuellen Bedarfe einer Gemeinde müssen daher vor Ort von den betroffenen Akteursgruppen gemeinsam erfasst werden. Außerdem müssen frühere oder alternative Angebote geprüft werden und was an ihnen nicht funktioniert (hat). Projekte, die nicht bedarfsgerecht geplant wurden und daran scheitern, bringen auch die öffentliche Förderung weiterer zukünftiger Projekte in Gefahr (siehe 4.5.2). Bei Gebäudeumnutzungen ist es zudem sinnvoll, dass Akteur:innen miteinander sprechen, die ähnliche Bedarfe haben, und Synergien bilden – dies schont ökologische und ökonomische Ressourcen und führt zu Begegnungen. Auch koproduktive Prozesse ermöglichen eine zielgenaue Bedarfsermittlung, leben von der „Weisheit der Vielen“ und führen somit zu Angeboten, die tatsächlich gebraucht und genutzt werden (Abt 2022: 251 ePUB). Von diesem Wissensschatz in Form von Expert:innenwissen und „Alltags-Knowhow“, der sich in Gemeinschaften mit vielfältigen Akteur:innen verbirgt, berichtete auch schon Barbara Malburg-Graf (2020: 315) in ihren Erkenntnissen zur Beteiligungskultur. Beim Förderprogramm LEADER wird eine grobe Bedarfsermittlung der regionalen Zusammenschlüsse bereits in der Bewerbungsphase für die Gebietskulissen eingeleitet, indem zunächst ein regionales Entwicklungskonzept (REK) aufgestellt werden muss (siehe 4.6.4). Alle Projekte, die später in dem jeweiligen LEADER-Gebiet eingereicht werden, werden zunächst auf die im REK festgelegten, lokalspezifischen Themen und Ziele geprüft und abgestimmt. Damit soll sichergestellt werden, dass die Projekte den Bedarfen vor Ort entsprechen und so eine langfristige Tragfähigkeit garantieren.

5.2.6 Über Fördermöglichkeiten aufklären

Auch wenn es in strukturschwachen Regionen mitunter eine größere Anzahl an Förderprogrammen gibt – auch in Baden-Württemberg sind verschiedene Förderprogramme, sowohl für die Entwicklung als auch den Betrieb alternativer (Um)Nutzungskonzepte vorhanden. Doch oft sind die Förderprogramme gar nicht bekannt oder sie wirken zu unübersichtlich auf die Initiativen (siehe 4.6.2). Förderprogramme im Land Baden-Württemberg werden generell auf den Internetseiten der Ministerien vorgestellt, einer andere gut strukturierte Übersicht stellen Förderwegweiser dar, in denen man zum Beispiel nach Bundesland filtern kann. Und je nach Thematik verweist das MLR beispielsweise auf die anderen zuständigen Stellen in der Verwaltung (siehe 4.6.2). Mit ihrer Stelle im Landratsamt sieht sich Lucia Eitenbichler zum Beispiel ebenfalls verantwortlich für die Beratung von der Konzepterstellung bis hin zu Fördermittelanträgen (siehe 4.6.2). Denn Fördermittelanträge sind nicht nur für zivilgesellschaftliche Akteur:innen eine Herausforderung dar, sondern auch für die Kommunalverwaltungen. Wichtig ist, dass Fördermöglichkeiten und die Unterschiede der verschiedenen Programme transparent kommuniziert und bekannt gemacht werden.

5.2.7 Bürger:innen weiterbilden und qualifizieren

In Beteiligungsprozessen werden die Bürger:innen aktiviert, sich Gedanken zur Zukunft ihrer Gemeinde und zur Entwicklung ihres Ortes zu machen. Dabei entstehen viele Ideen und mitunter finden sich Menschen, die diese Ideen weiterbringen und umsetzen möchten

(siehe 4.4.2). Insbesondere, wenn diese Ideen nicht direkt von der Kommune selbst übernommen und umgesetzt werden – unabhängig davon, aus welchen Gründen – ist das Engagement der Bürger:innen gefragt. Oft fehlt denen allerdings das nötige Fachwissen und Handwerkszeug dazu (siehe 4.9.1). Zivilgesellschaftliche Initiativen brauchen in vielen Fällen Unterstützungsbedarf in Form von Wissensvermittlung und Qualifizierung, damit der geweckte Antrieb nicht bald wieder gehemmt wird, sondern starke Initiativen entstehen, die den komplexen Herausforderungen der gemeinwohlorientierten Ortsentwicklung gewachsen sind. Bürger:innen können einerseits für die Projektentwicklung qualifiziert werden und andererseits, um im späteren Betrieb Tätigkeiten auszuführen (siehe 4.9.3). Claudia Peschen wies im Interview auf Werkzeuge für beispielsweise Teambuilding oder Konfliktlösung, hin, die unabdingbar für Gruppenprozesse sind und Kernkompetenzen gemeinschaftlicher Projekte darstellen (siehe 4.9.1). Damit Initiativen eine Haltung entwickeln können, um so zum Beispiel weitere Unterstützer:innen zu gewinnen, ist es außerdem wichtig, dass sie Zugang zu Informationen und sich bilden können (ebd.). Bürger:innen, die weitergebildet und qualifiziert werden, fangen an „miteinander Ideen zu entwickeln und Verantwortung füreinander im Dorf zu übernehmen“ – so sagte es Lucia Eitenbichler bereits (Interview 2 LE: ab 00:12:07; siehe 4.9.3).

Willi Sutter forderte, zunächst einmal Strukturen aufzubauen, die den Transfer von Wissen und Know-How erleichtern (ebd.). In einigen Kommunen wurden bereits Fachstellen für bürgerschaftliches Engagement eingerichtet (siehe 4.9.2). Diese könnten zivilgesellschaftlichen Initiativen unterstützend und beraten zur Seite stehen. Es kommt allerdings drauf an, wo in der Verwaltung diese Stellen eingegliedert sind und welche Mittel ihnen zur Verfügung gestellt werden. Die Fachstellen sind nur handlungsfähig, wenn ihnen auch ein gewisser Spielraum zur Verfügung gestellt wird (siehe 4.9.2). Eine weitere Hürde in Bezug auf kommunale Anlaufstellen ist das Problem des Fachkräftemangels – das heißt, auch Kommunen die motiviert sind, eine solche Stelle einzurichten, müssen erstmal qualifiziertes Personal dafür finden (siehe auch 5.2.3). Eine weitere wichtige Stütze im Wissenstransfer stellen daher Netzwerke dar, in denen Projekte und Akteur:innen voneinander lernen können (siehe 4.9.3; siehe auch 5.2.10).

5.2.8 Tragfähige Geschäftsmodelle erarbeiten

Gemeinwohlorientierte Projekte, deren Fokus und Hauptanliegen es ist, das Gemeinwohl vor Ort zu fördern und zu stärken, funktionieren nur über kooperative Entwicklungsprozesse, durch eine Orientierung an den Bedarfen vor Ort sowie mit einem realistischen Geschäftsmodell (siehe 4.5.3). Der Begriff des Geschäftsmodells scheint sich zunächst mit dem Begriff Gemeinwohl zu beißen – soll es bei letzterem doch nicht um finanzielle Rendite, sondern um das Wohl der Allgemeinheit gehen (siehe 2.1.1 & 4.2.1). „Ist das Leben wirklich nur noch unter dem Aspekt Gewinnmaximierung interessant und muss die Gestaltung des ländlichen Raumes wirklich auf der Grundlage reiner Kosten-Nutzen-Analysen geschehen?“, fragt sich auch Rainer Ningel (2020: 30). Er schlägt innovative Konzepte vor, die einem gesellschaftlichen Auftrag folgen und günstige Bedingungen schaffen, kleine Geschäfte im ländlichen Raum attraktiv zu machen (ebd.). Aber auch wenn Gemeinwohl selbst nicht renditeorientiert sein sollte, so leben und praktizieren wird doch in einer, von wirtschaftlichen Konzepten getragenen Gesellschaft und müssen Projekte dementsprechend aufstellen, wenn sie langfristig bestehen sollen (siehe 4.5.3). Ohne Gönner:innen mit dem nötigen Eigenkapital, große Spenden oder ständige Fördermittelzuläufe müssen sich Projekte über ihre Nutzung und damit einhergehende Einnahmen tragen (siehe 4.5). Um Projektverläufe nicht dem Zufall zu überlassen, sollte

somit bereits im Vorfeld ein nachhaltiges Geschäftsmodell entwickelt werden. Dies bedeutet zwar einen Mehraufwand für die Initiator:innen und setzt ein bestimmtes Wissen voraus, trägt jedoch maßgeblich dazu bei, dass Projekte erfolgreich umgesetzt werden. Knappe kommunale Ressourcen, sowohl auf personeller als auch finanzieller Ebene (siehe 4.3.1 & 4.6.1), könnten außerdem dazu führen, dass koproduktive Projekte von einer Kommune tendenziell abgelehnt werden. Ein Grund mehr, weshalb gemeinwohlorientierte Projektinitiativen sich weniger auf Fördermittel oder kommunale Mittel und stärker auf ein tragfähiges Geschäftsmodell mit regelmäßigen Einnahmequellen konzentrieren sollten.

5.2.9 Projekte niedrigschwellig entwickeln

Damit die Kosten zu Beginn eines Projektes für zivilgesellschaftliche Akteur:innen machbar bleiben ist es sinnvoll Projekte möglichst niedrigschwellig zu entwickeln (siehe 4.5.4). Eine niedrigschwellige Entwicklung ist außerdem ressourcenschonend, da nur das produziert wird, was tatsächlich gebraucht und genutzt wird. Die tatsächlichen Bedarfe können durch eine niedrigschwellige Entwicklung vor Ort geprüft und ausgebaut werden, ähnlich dem Prinzip von Reallaboren. Es geht dabei nicht darum, bloß einen leeren Raum zu Verfügung zu stellen und davon auszugehen, dass die aktiven Bürger:innen kommen und ihn nutzen. Vielmehr geht es darum, dass bereits aktive Initiativen ihre zuvor geplanten Vorhaben Schritt für Schritt umsetzen (siehe 4.5.4). Dabei kann es um die Ausstattung gehen, um den Um- und Ausbau eines Gebäudes oder um den Betrieb.

5.2.10 Netzwerke bilden und Erfahrungen weitergeben

Gute Projekte können Vorbilder für andere Kommunen sein (siehe 4.7.1). Auch für zivilgesellschaftliche Initiativen sind gute Beispiele wichtig, um eine eigene Haltung herauszubilden (siehe 4.9.1). Neben einer medienwirksamen Öffentlichkeitsarbeit spielen hier insbesondere Netzwerke eine Rolle. In den Interviews habe ich von vielseitigen Projektbeispielen in der Region erfahren, welche über die vorangegangene Online-Recherche gar nicht oder nur vereinzelt sichtbar geworden sind. Viele der überregionalen Projektbeispiele haben starke mediale Auftritte, fördermittelgebende Institutionen und Netzwerkorganisationen, wie das *Netzwerk Zukunftsorte*, sind dabei wirksame Multiplikatoren. Netzwerke unterstützen außerdem den Transfer von Wissen und ermöglichen es, Erfahrungen auszutauschen, Feedback einzuholen und von den Erfahrungen anderer zu lernen (siehe 4.7.1).

5.3 Grenzen der Forschungsarbeit

Die Grenzen der durchgeführten Forschungsarbeit sehe ich hauptsächlich in der Natur einer Abschlussarbeit mit einem zeitlich begrenzten Rahmen. Für tiefere Erkenntnisse zu dem Thema „Gemeinwohlorientierte Leerstandsentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg“ wäre ein Methodenmix notwendig gewesen. Mit sechs Monaten ist der Zeitrahmen einer Masterarbeit jedoch zu eingeschränkt, um einen Methodenmix vollständig durchzuführen, einen vollumfassenden Vergleich herzustellen sowie die Handlungsempfehlungen detailliert und vollumfänglich auszuarbeiten. Die Grundlagenforschung und Theoriebildung hätten mithilfe einer systematischen und vergleichenden Literaturrecherche sowie Best-Practice-Analyse ein starkes Fundament, vor allem für die zweite Unterfrage der Übertragbarkeit zwischen verschiedenen deutschen Bundesländern bilden können. Eine systematische Literaturrecherche allein hätte voraussichtlich jedoch zu wenigen Erkenntnissen zu der von mir gewählten Thematik speziell im Land Baden-Württemberg geführt, da ein Großteil der

Studien mit regionalem Bezug die strukturschwachen Regionen in Deutschland betrachtet. Eine reine systematische Best-Practice-Analyse hätte ohne die geführten Expert:inneninterviews ebenfalls zu lückenhaften Ergebnissen geführt, da ich von vielen der Projekten in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg erst durch die Interviews erfahren habe. Warum bestimmte Projekte erfolgreich sind und andere nicht, konnte im Rahmen dieser Forschungsarbeit nicht untersucht werden. Die formulierten Handlungsempfehlungen basieren daher auf den allgemeinen Eindrücken der interviewten Expert:innen. Der Bearbeitungszeitraum der Masterarbeit, der ursprünglich zwischen Mai und Oktober angelegt war, führte außerdem dazu, dass die Durchführungsphase der Interviews in die Sommerferien in Baden-Württemberg fiel. Die Terminfindung wurde dadurch erschwert, einige der potenziellen Interviewpartner:innen konnten nicht erreicht werden. Im Laufe der Interviews hat sich herauskristallisiert, dass die Interviewpartner:innen mit einer Ausnahme sehr ähnliche Perspektiven eingenommen haben. Insbesondere fehlte für eine breite Streuung der Perspektiven eine Stimme aus den Kommunalverwaltungen selbst. Den Gemeindegag Baden-Württemberg habe ich nachträglich zum Ende der Durchführungsphase angefragt, ein Interview konnte jedoch nicht mehr stattfinden. Des Weiteren wurde mir erst im Laufe der Arbeit bewusst, welchem Bias ich durch die parallele Arbeit mit bestimmten Projekten bei *sutter*³ unterliege. Die Beobachtungen konnte ich zwar teilweise für die Forschungsarbeit nutzen, dennoch war es auch eine Herausforderung, die erlebten und nicht empirisch erhobenen Eindrücke auszudifferenzieren.

5.4 Hinweise für zukünftige Forschungsvorhaben

Weiterführende Forschungsvorhaben könnten beispielsweise an die vorliegende Arbeit andocken, indem sie die Ergebnisse mithilfe der erwähnten Methode des *System Mapping* (siehe 3.1) aufnehmen, um so weitere Hebelpunkte für gemeinwohlorientierte Orts- und Leerstandsentwicklung in ländlichen Räumen durch zivilgesellschaftliche Initiativen, beziehungsweise durch koproduktive Prozesse, ausfindig zu machen. Mit systematischen Literaturrecherchen, durch eine vergleichende Best-Practice-Analyse sowie über qualitative Umfragen bei Bürger:innen und in den Kommunalverwaltungen könnten zudem die Handlungsempfehlungen detaillierter ausgearbeitet werden. Für weitere Forschungsarbeiten, welche die Unterschiede gemeinwohlorientierter Projekte in verschiedenen deutschen Regionen untersuchen, wäre es interessant zu beleuchten, wie viele der geförderten Projekte am Ende tatsächlich verstetigt wurden. Weiterhin schlage ich vor Förderprogramme auf ihre Nachhaltigkeit zu untersuchen und zu prüfen, ob Startförderungen zu verstetigten Projekten führen (siehe 4.6.2). Es sollte geprüft werden, ob und welche Förderprogramme in Baden-Württemberg zur Umsetzung gemeinwohlorientierter Projekte beitragen. Bei der Suche nach dem Schlagwort „Gemeinwohl“ in der von mir verwendeten Literatur wurde deutlich, wie häufig der Begriff genutzt wird, ohne ihn zu definieren. Da nach wie vor keine allgemeingültige Definition von Gemeinwohl existiert und der Begriff schwammig bleibt, ist es auch in zukünftigen Forschungsvorhaben, die sich mit einer solchen Thematik beschäftigen, wichtig, das jeweilige Verständnis zu Beginn der Arbeit festzulegen (siehe auch 5.2.1). Damit können Missverständnisse im Verlauf der Forschung vermieden werden. Weiterhin interessant für die Umsetzung für Projekten, wäre es zu wissen, wie relevant Medienwirksamkeit und Öffentlichkeitsarbeit für den Projekterfolg sind. Für passgenaue Handlungsempfehlungen wäre es außerdem hilfreich zu wissen, welche Personengruppen sich an der Entwicklung leerstehender Gebäude im Sinne des Gemeinwohls beteiligen – beispielsweise, ob es sich tendenziell um Menschen von außerhalb oder ortsansässige Bürger:innen handelt (siehe 5.1.1). Allgemein sollten Forschungsvorhaben, die Interviews oder andere

Befragungsformen durchführen, – insofern sie die Möglichkeit dazu haben – darauf achten, die Durchführungsphase der Gespräche nicht auf Zeiträume wie die Sommerferien oder den Jahreswechsel zu legen.

6 Fazit

Mit meiner Forschungsarbeit möchte ich die Lücke im Bereich gemeinwohlorientierter Leerstandsentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen, speziell in Baden-Württemberg auffüllen und einen Einblick darin geben, wie koproduktive und nachhaltige Ortsentwicklung aussehen könnte. Die im Fokus stehende Forschungsfrage, wie Bürger:innen befähigt und dabei unterstützt werden können, leerstehende Gebäude mit langfristig tragfähigen und gemeinwohlorientierten Konzepten neu zu beleben, konnte über eine Erweiterung der Perspektive, hin zu einer Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltung, beantwortet werden. Die beiden Unterfragen konnten teilweise beantwortet werden. Die Frage nach der Relevanz gemeinwohlorientierter Leerstandsentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen, speziell in Baden-Württemberg, beantworte ich nach meinem jetzigen Erkenntnisstand mit einem klaren „Ja“. Die Frage nach der Übertragbarkeit von Projekterfahrungen und Handlungshinweisen aus anderen, insbesondere strukturschwachen, Regionen in Deutschland konnte nicht abschließend beantwortet werden.

6.1 Reflexion der eigenen Arbeit

Wie im aktuellen Forschungsstand beschrieben, kommt die wissenschaftliche Perspektive zu ländlichen Räumen oftmals von Institutionen und Personen, die selbst in städtischen Räumen sitzen. Auch ich kann mich von dieser Kritik nicht freimachen, dennoch versuche ich offen für die Perspektiven der Menschen vor Ort zu sein, ihnen zuzuhören und ihnen eine Stimme zu geben ohne über sie zu urteilen. Die Forschungsarbeit war für mich insofern eine Herausforderung und ebenso spannende Erfahrung, als das ich mit vielen neuen Aspekten zu tun hatte. Abseits des Forschungspraktikums hatte ich bisher keine Erfahrungen und kaum Wissen zu Baden-Württemberg und dessen kommunalpolitischen Strukturen. Mit einem Bachelor in der Architektur waren die Methoden der qualitativen Sozialforschung ebenfalls ein fremdes Feld für mich, in dass ich mich während der Forschungsarbeit „Learning by Doing“ eingearbeitet habe. Ich habe aus der Arbeit wertvolle Erfahrungen mitnehmen können und hoffe, diese nun mit in die Praxis oder zukünftige Forschungsvorhaben weitertragen zu können.

6.2 Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse

Sowohl der Bedarf an gemeinwohlorientierten Nutzungskonzepten als auch die Frage nach alternativen Umnutzungsmodellen für leerstehende Gebäude werden in den ländlichen Räumen in Baden-Württemberg zunehmend wichtiger. Davon auszugehen, dass die kommunale Verwaltung sich allein darum kümmert, ist ebenso unrealistisch wie die Annahme, dass engagierte Bürger:innen einspringen und eigenständig die Verantwortung übernehmen. Im Sinne koproduktiver Ansätze sollten die verschiedenen Akteur:innen vor Ort zusammenarbeiten und gemeinsam Verantwortung für die Entwicklung zukunftsfähiger Gemeinden übernehmen. Da die Zusammenarbeit auf unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Ebenen mit komplexen Organisationsprozessen verbunden ist, empfiehlt es sich, eine externe Beratung hinzuzuziehen. Aus den Erkenntnissen dieser Forschungsarbeit habe ich die folgenden zehn Handlungsempfehlungen formuliert, welche der Begleitung dieser Prozesse dienen sollen (siehe 5.2):

- Gemeinwohlorientierung anlassbezogen definieren
- Systematisches Leerstandsmanagement
- Kommunalverwaltungen fachlich qualifizieren
- Koproduktive Strukturen aufbauen und organisieren
- Bedarfe aller Akteursgruppen gemeinsam erfassen
- Über Fördermöglichkeiten aufklären
- Bürger:innen weiterbilden und qualifizieren
- Tragfähige Geschäftsmodelle erarbeiten
- Projekte niedrigschwellig entwickeln
- Netzwerke bilden und Erfahrungen weitergeben

6.3 Ausblick

Auf der Tagung *Das neue Bild vom Land* im Herbst 2022 in Baiersbronn wurde mehrfach gefordert, das viele zusammengetragene Wissen von der Theorie in die Praxis zu bringen. Daran anknüpfend hatte ich als erste Idee zu dieser Masterarbeit ein Workshopformat entworfen, welches engagierte Bürger:innen dabei unterstützen soll, ihre Ideen (z.B. als Ergebnis von Beteiligungsprozessen) in die Umsetzung zu bringen und Leerstände gemeinwohlorientiert in Eigeninitiative zu entwickeln. Einerseits sollen aus vorhandenen oder neuen Ideen Visionen werden, und andererseits soll den Teilnehmenden Wissen zu planungsrechtlichen, organisatorischen und finanziellen Grundlagen vermittelt werden. Der Workshop-Prototyp umfasste eine Vorbereitungsphase mit den Bausteinen Leerstandserfassung, Bürger:innen-Aktivierung und Bestandsaufnahme, eine Durchführungsphase mit den Bausteinen Visionserstellung, Wissensvermittlung und Organisation, sowie eine Abschlussphase mit einer öffentlichen Ergebnisvorstellung sowie einer Überleitung in die Umsetzung. Eine weitere Idee, die ihren Ursprung bereits in meinem Forschungspraktikum hat und während die Interviewphase wieder aufkam, war die Idee einer mobilen Vernetzungsstelle, angelehnt an das Konzept *MachMobil* von *sutter*³. Als Inspiration dienten dafür unter anderem das *Baukulturmobil*¹⁷ der *Bundesstiftung Baukultur*, das *TinyRathaus*¹⁸ in Kiel sowie das Projekt *Landinventur*¹⁹. Solch eine mobile Vernetzungsstelle könnte auf überkommunaler Ebene in ländlichen Räumen unterwegs sein, als Anlaufstelle für den Wissenstransfer und für Qualifizierungsmaßnahmen dienen und Projekte und Akteur:innen miteinander verbinden. Sowohl die Inhalte des Workshopformats als auch das Konzept der mobilen Vernetzungsstelle spiegeln mehrere der Handlungsempfehlungen wider und könnten in ausgearbeiteter Form demnach eine Überleitungsmöglichkeit in die Praxis bieten.

„Globale, nationale und regionale Veränderungen sind in den Kommunen direkt und deutlich spürbar, wenn auch manchmal verzögert. [...] Dort müssen lokal angepasste Lösungsansätze verhandelt und vor allem auch umgesetzt werden“
(Abt et al. 2022: 10 ePUB)

¹⁷ <https://www.bundesstiftung-baukultur.de/baukultur-bundesweit/baukultur-sommerreise>

¹⁸ <https://tinyrathaus.de/>

¹⁹ <https://studioamore.de/portfolio/landinventur/>

II Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1:** *Neue Leipzig Charta* (Quelle: BMI)
https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/bilder/Webs/BMWSB/DE/grafiken/neue-leipzig-charta-grafik.jpg?__blob=poster&v=1
- Abb. 2:** *Siedlungsstruktureller Typ von Stadt-Land-Regionen* (Quelle: BBSR)
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/regionen/siedlungsstrukturtypen-stadt-land-regionen/KarteSLR_Typen.png?__blob=poster&v=6
- Abb. 3:** *Thünen-Typologie* (Quelle: Thünen-Institut; Thünen-Landatlas, Ausgabe 04/11/2023) <https://karten.landatlas.de/>
- Abb. 4:** *Raumkategorien LEP 2002* (Quelle: WMBW 2002: A29, Karte 1)
- Abb. 5:** *Collage Landleben – Corona* (Eigene Darstellung, nach Screenshots, s.u.)
<https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-01/deutsche-grossstaedte-bevoelkerungsentwicklung-zuzuege-wegzuege>
<https://www.jetzt.de/schwerpunkt-landleben/stadtflucht-in-der-corona-pandemie>
<https://www.rnd.de/wirtschaft/stadtflucht-wieso-die-corona-pandemie-uns-aufs-land-treibt-I264DC3Y7ZHUVMQ5F7Q6CO4M3Y.html>
<https://www.ndr.de/ndr1niedersachsen/epg/ARD-Themenwoche-Corona-und-die-neue-Lust-aufs-Landleben,sendung1202512.html>
<https://www.tagesschau.de/inland/studie-land-100.html>
<https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/stadt-und-land-warum-wir-uns-nach-dem-landleben-sehnen>
<https://www.deutschlandfunk.de/stadt-land-coronakrise-das-sind-kurze-strohfeuer-wo-das-100.html>
- Abb. 6:** *Strukturschwache Regionen – GRW-Fördergebiete* (Quelle: BBSR)
https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Infografiken/Schlaglichter/2022/01/im-fokus-4.png?__blob=normal&v=1&size=834w
- Abb. 7:** *Kommunale Aufgaben* (Quelle: Landeszentrale für politische Bildung BW)
https://www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de/fileadmin/_processed_/8/5/csm_Kommunale_Aufgaben_5d4bf62161.png
- Abb. 8:** *Website Leerstandsmelder* (Quelle: Screenshot Leerstandsmelder.de)
<https://www.leerstandsmelder.de/>

III Literatur- und Quellenverzeichnis

- abrissmatorium.de** (o.D.). *Offener Brief*. <https://abrissmatorium.de/Offener-Brief> (Letzter Aufruf: 06.11.2023)
- Abt, Jan** (2022). *Koproduzieren*. Eine lebenswerte Stadt gemeinschaftlich entwickeln, umsetzen und bewahren. In: Abt, Jan; Blecken, Lutke; Bock, Stephanie; Diringer, Julia & Melzer, Michael (Hrsg.), *Von Beteiligung zu Koproduktion* (251-268/240-258 ePUB). Stadtforschung aktuell. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-36181-5>
- Abt, Jan; Blecken, Lutke; Bock, Stephanie; Diringer, Julia & Melzer, Michael** (2022). *Einführung*. Heute das Morgen gestalten. Veränderte Formen der Zusammenarbeit in den Gemeinden, Städten und Regionen. In: Abt, Jan; Blecken, Lutke; Bock, Stephanie; Diringer, Julia & Melzer, Michael (Hrsg.), *Von Beteiligung zu Koproduktion* (1-19/9-28 ePUB). Stadtforschung aktuell. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-36181-5>
- Baden-Württemberg.de** (o.D.). Mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung wagen. <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/bw-gestalten/buergernahes-baden-wuerttemberg/demokratie-buergerbeteiligung> (Letzter Aufruf: 20.10.2023)
- Bayer, Kristina; Flieger, Burghard; Menzel, Sonja & Thürling, Marleen** (2021). *Bürgergenossenschaften in den Neuen Ländern*. Engagiert für das Gemeinwesen.
- Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael & Naumann, Matthias** (2022). *Ungleiche Entwicklung ländlicher Räume*. Zur Einleitung. In: Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael & Naumann, Matthias (Hrsg.), *Ungleiche ländliche Räume*. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven (9-26). transcript. <https://doi.org/10.14361/9783839460139>
- Birkmann, Jörn** (2023). *Räumliche Entwicklung und Planung für das nächste Jahrzehnt*. Eine Perspektive für ländliche Räume in Baden-Württemberg. In: Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR) (Hrsg.), *Das neue Bild vom Land*. Raumwissen und Perspektiven für die Transformation ländlicher Räume (39-43). https://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlr/intern/dateien/publikationen/Laendlicher_Raum/Das_neue_Bild_vom_Land-online.pdf
- Bogumil, Jörg & Holtkamp, Lars** (1999). *Der Bürger als Auftraggeber, Kunde und Mitgestalter*. Ein Systematisierungsvorschlag zur Einordnung bürgerschaftlichen Engagements. In: Bogumil, Jörg & Vogel, Hans J. (Hrsg.) (1999). *Bürgerschaftliches Engagement in der kommunalen Praxis*. Initiatoren, Erfolgsfaktoren und Instrumente (13-18). Köln KGSt.
- Bogumil, Jörg & Vogel, Hans J.** (Hrsg.) (1999). *Bürgerschaftliches Engagement in der kommunalen Praxis*. Initiatoren, Erfolgsfaktoren und Instrumente. Köln KGSt.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)** (Hrsg.) (o.D.). *Siedlungsstruktureller Typ von Stadt-Land-Regionen*. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungenn/deutschland/regionen/siedlungsstrukturtypen-stadt-land-regionen/StadtLandRegionen_Typen.html (Letzter Aufruf: 24.10.2023)

- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)** (Hrsg.) (2020). *Glossar zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung*. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).
- Bundesstiftung Baukultur** (Hrsg.) (2023). *Baukulturbericht 2022/23*. Neue Umbaukultur (2. Aufl.)
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)** (Hrsg.) (2019). *Unser Plan für Deutschland*. Gleichwertige Lebensverhältnisse überall.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)** (Hrsg.) (2020). *Neue Leipzig-Charta*. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)** (Hrsg.) (2023). *Begegnung, Nahversorgung, gemeinschaftliches Arbeiten – vielfältige Angebote unter einem Dach*. Ergebnisse und Empfehlungen aus den BULE-Mehrfunktionshäusern.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)** (Hrsg.) (2023, 19. April). *Staatliche Beihilfen*. <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/staatliche-beihilfen/staatliche-beihilfen-agrar-fischerei-forst.html> (Letzter Aufruf: 24.10.2023)
- BZ-Redaktion** (2023, 30. Juli). *Pop-up-Store Wälderherz in Titisee-Neustadt schließt vorzeitig*. Badische Zeitung. <https://www.badische-zeitung.de/pop-up-store-waelderherz-in-titisee-neustadt-schliesst-vorzeitig> (Letzter Aufruf: 24.10.2023, vollständiger Artikel liegt als PDF vor)
- Dahlbeck, Elke; Jochimsen, Kerstin & Esch, Dajana** (2022). *Finanzierungs- und Organisationsmodelle zur Sicherung gesellschaftlicher Dienste im Quartier*. In: Abt, Jan; Blecken, Lutke; Bock, Stephanie; Diringer, Julia & Melzer, Michael (Hrsg.), *Von Beteiligung zu Koproduktion* (287-316 ePUB). Stadtforschung aktuell. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-36181-5>
- Dettweiler, Martina; Spatz, Lena; Diepes, Christoph & Linke, Hans J.** (2020). *Gemeinsam aktiv den Ort gestalten*. Aktivierung durch Beteiligung und Gemeinschaftssinn. In: Altrock, Uwe; Kurth, Detlef; Kunze, Ronald; Schmidt, Holger & Schmitt, Gisela (Hrsg.), *Stadterneuerung in Klein- und Mittelstädten*. Jahrbuch Stadterneuerung (259-282). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-30231-3_11
- Die Bundesregierung** (Hrsg.) (2021). *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie*. Weiterentwicklung 2021 – Kurzfassung.
- dpa** (2023, 3. September). *In Baden-Württemberg wächst die Zahl der Dörfer ohne Wirtshaus*. Badische Zeitung. <https://www.badische-zeitung.de/in-baden-wuerttemberg-waechst-die-zahl-der-doerfer-ohne-wirtshaus> (Letzter Aufruf: 24.10.2023, vollständiger Artikel liegt als PDF vor)
- Faber, Kerstin & Oswalt, Philipp** (Hrsg.) (2013). *Raumpioniere in ländlichen Regionen*. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Spector Books.

- Frankerl, Bettina** (2016). *Leerstand in ländlichen Räumen*. Eine Potenzialanalyse in den Ortskernen der Marktgemeinden Groß Sankt Florian und Wies (Masterarbeit, Karl-Franzens-Universität Graz). unipub Open Access Publikationsserver Universität Graz. <https://unipub.uni-graz.at/obvugrhs/download/pdf/1376200?originalFilename=true>
- Freise, Matthias** (2022). *Local Governance und bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen*. *Voluntaris*, 10(2/2022): 194-208. <https://doi.org/10.5771/2196-3886-2022-2-194>
- Gonser, Monika** (2023). *Wie lassen sich Nutzungsstrategien partizipativ entwickeln?* Zentrale Designprinzipien beteiligender Entscheidungsprozesse. In: Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR) (Hrsg.), *Das neue Bild vom Land*. Raumwissen und Perspektiven für die Transformation ländlicher Räume (50-53). https://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlr/intern/dateien/publikationen/Laendlicher_Raum/Das_neue_Bild_vom_Land-online.pdf
- Hauenstein, Stefan** (2021). *Sozialgenossenschaftliche Initiativen in ländlich-peripheren Räumen Deutschlands*. Eine fallstudienbasierte Untersuchung zu den Gründungsprozesse bürgerschaftlich getragener Dorfläden (Dissertation, Universität Leipzig). Qucosa Publikationsserver der Universität Leipzig. <https://ul.qucosa.de/api/qucosa%3A78224/attachment/ATT-0/>
- Henkel, Gerhard** (2020). *Das Dorf im Wandel*. Zwischen Selbstverantwortung und fortgesetzter Entmündigung. In: Kröhnert, Steffen; Ningel, Rainer & Thomé, Peter (Hrsg.), *Ortsentwicklung in ländlichen Räumen* (93-110). Ein Handbuch für planende und soziale Berufe. Haupt Verlag.
- heute im bundestag (hib)** (Hrsg.) (2019, 17. Dezember). *Definition strukturschwacher Regionen*. Deutscher Bundestag, Parlamentsnachrichten. https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2019_12/673880-673880 (Letzter Aufruf: 08.11.2023)
- Hübler, Marius** (2022). Suffizienz und Postwachstum in ländlichen Räumen. Kommunaler Klimaschutz als Katalysator einer sozial-ökologischen Transformation? In: Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael & Naumann, Matthias (Hrsg.), *Ungleiche ländliche Räume*. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven (201-216). transcript. <https://doi.org/10.14361/9783839460139>
- Institut für angewandte Sozialforschung (IfaS)** (Hrsg.) (2023). *Fit für die Zukunft*. Handlungsempfehlungen für Engagement fördernde Infrastrukturen in Kommunen des ländlichen Raums (Handreichung). https://www.sozialwissenschaften-stuttgart.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/2023_09_04_BLI_FiT_Handreichung_FIN.pdf
- Kröhnert, Steffen; Ningel, Rainer & Thomé, Peter** (2020). *Vorwort*. In: Kröhnert, Steffen; Ningel, Rainer & Thomé, Peter (Hrsg.), *Ortsentwicklung in ländlichen Räumen* (13-14). Ein Handbuch für planende und soziale Berufe. Haupt Verlag.
- Kuckartz, Udo** (2018). *Qualitative Inhaltsanalyse*. Methoden, Praxis, Computerunterstützung (4. Aufl.). Beltz Juventa.

- Küpper, Patrick** (2016). *Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume*. Thünen Working Paper 68. Thünen-Institut für Ländliche Räume.
<http://dx.doi.org/10.3220/WP1481532921000>
- LeerGut-Agenten** (2019). *LeerGut-Agenten*. Thüringer Netzwerk zur Belebung von Leerstand (Initiativpapier zur Regierungsbildung in Thüringen). <https://leergut-agenten.de/files/2020-03/leergut-agenten-initiativpapier-stand-maerz-2020.pdf?27c95ea6c8>
- Leerstandsmelder.de** (2021). *Über uns*. <https://www.leerstandsmelder.de/site/about> (Letzter Aufruf: 02.11.2023)
- Malburg-Graf, Barbara** (2020). Bürger- und Akteursbeteiligung für die Orts- und Regionalentwicklung in ländlichen Räumen. In: Kröhnert, Steffen; Ningel, Rainer & Thomé, Peter (Hrsg.), *Ortsentwicklung in ländlichen Räumen* (304-322). Ein Handbuch für planende und soziale Berufe. Haupt Verlag.
- Malburg-Graf, Barbara; Bieling, Claudia & Bliestle, Janine** (2023). Fazit. Gedanken zum Ertrag der Tagung. In: Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR) (Hrsg.), *Das neue Bild vom Land*. Raumwissen und Perspektiven für die Transformation ländlicher Räume (109-112). https://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlr/intern/dateien/publikationen/Laendlicher_Raum/Das_neue_Bild_vom_Land-online.pdf
- Malburg-Graf, Barbara & Meyer, Ute M.** (2023). *Einführung*. Raumwissen und Perspektiven für die Transformation ländlicher Räume. In: Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR) (Hrsg.), *Das neue Bild vom Land*. Raumwissen und Perspektiven für die Transformation ländlicher Räume (18-20). https://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlr/intern/dateien/publikationen/Laendlicher_Raum/Das_neue_Bild_vom_Land-online.pdf
- Meuser, Michael & Nagel, Ulrike** (2008). *ExpertInneninterview*. Zur Rekonstruktion spezialisierten Sonderwissen. In: Becker, Ruth & Kortendiek, Beate (Hrsg.). *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Theorien, Methoden, Empirie (3. Aufl.: 376-379). https://doi.org/10.1007/978-3-531-92041-2_44
- Michaeli, Mark** (2023). *Trendwandel heißt Gestaltungspotenzial*. Welches Raumwissen brauchen wir? In: Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR) (Hrsg.), *Das neue Bild vom Land*. Raumwissen und Perspektiven für die Transformation ländlicher Räume (35-38). https://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlr/intern/dateien/publikationen/Laendlicher_Raum/Das_neue_Bild_vom_Land-online.pdf
- Mieg, Harald. A. & Näf, Matthias** (2005). *Experteninterviews in den Umwelt- und Planungswissenschaften*. Eine Einführung und Anleitung (2. Aufl., Skript). Institut für Mensch-Umwelt-Systeme (HES), ETH Zürich.
http://www.metropolenforschung.de/download/Mieg_Experteninterviews.pdf

- Mieg, Harald. A. & Näf, Matthias** (2006). *Experteninterviews in den Umwelt- und Planungswissenschaften*. Eine Einführung und Anleitung. Pabst Science Publishers.
- Netzwerk Zukunftsorte e.V.** (2022). *ÜBER MORGEN*. Vom Leerstand zum Zukunftsort. https://zukunftsorte.land/assets/site/03_Vereinsseite/Uebermorgen_Netzwerk_Zukunftsorte.pdf
- Ningel, Rainer** (2020). *Der Umgang mit dem ländlichen Raum als gesellschaftliche Herausforderung*. Kongruente Beziehungsgestaltung als „Conditio sine qua non“. In: Kröhnert, Steffen; Ningel, Rainer & Thomé, Peter (Hrsg.), *Ortsentwicklung in ländlichen Räumen* (17-34). Ein Handbuch für planende und soziale Berufe. Haupt Verlag.
- Rada, Uwe** (2023, 16. Oktober). *Landleben versus Großstadtdasein*. „Da wird zu wenig differenziert“. taz. <https://taz.de/Landleben-versus-Grossstadtdasein/!5963382/> (Letzter Aufruf: 08.11.2023)
- Rappen, Hermann** (2022). *Koproduktion kommunaler Daseinsvorsorge*. Chancen und Risiken. In: Abt, Jan; Blecken, Lutke; Bock, Stephanie; Diring, Julia & Melzer, Michael (Hrsg.), *Von Beteiligung zu Koproduktion* (259-286 ePUB). Stadtforschung aktuell. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-36181-5>
- Redepenning, Marc** (2023). *Raumbilder – Identität – Engagement*. Vom Zusammenhang dreier Begriffe für die ländliche Entwicklung. In: Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR) (Hrsg.), *Das neue Bild vom Land*. Raumwissen und Perspektiven für die Transformation ländlicher Räume (44-49). https://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlr/intern/dateien/publikationen/Laendlicher_Raum/Das_neue_Bild_vom_Land-online.pdf
- Statista Research Department** (2023, 30. August). *Statistiken zum Leerstand von Immobilien*. Statista. <https://de.statista.com/themen/2541/immobilienleerstand/> (Letzter Aufruf: 24.10.2023)
- Steinführer, Annett** (2023). *Gutes Leben*. Was bedeutet Lebensqualität in ländlichen Räumen? In: Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR) (Hrsg.), *Das neue Bild vom Land*. Raumwissen und Perspektiven für die Transformation ländlicher Räume (21-23). https://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlr/intern/dateien/publikationen/Laendlicher_Raum/Das_neue_Bild_vom_Land-online.pdf
- Sterman, John D.** (2000). *Business Dynamics*. Systems Thinking and Modeling for a Complex World. McGraw-Hill.
- Troeger-Weiß, Gabi** (02.05.2022). *Gleichwertige Lebensverhältnisse*. <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/506199/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/> (Letzter Aufruf: 24.10.2023)

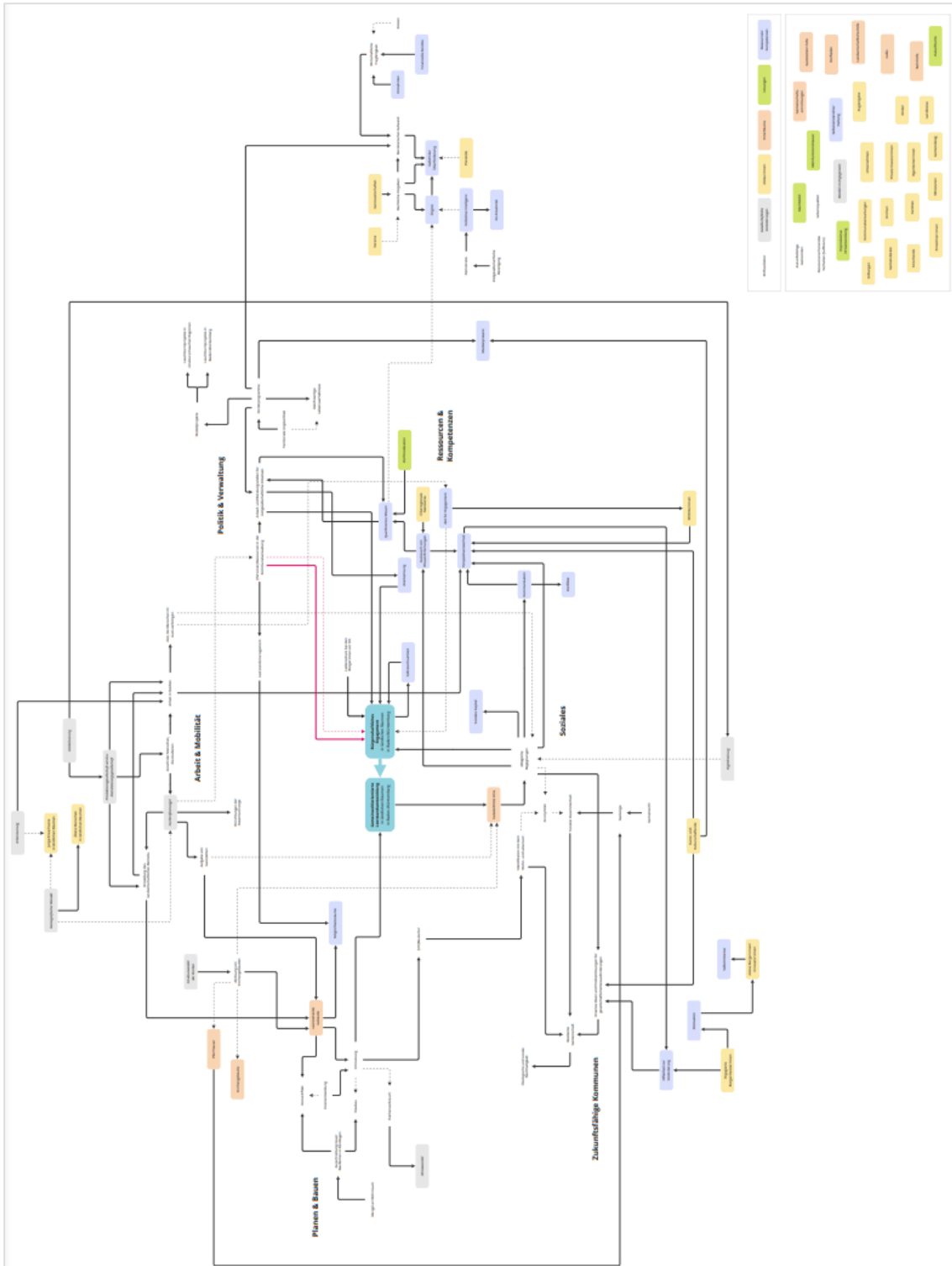
- Tropf, Knut** (2023). *Strukturpolitik für den Ländlichen Raum in Baden-Württemberg*. In: Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR) (Hrsg.), *Das neue Bild vom Land*. Raumwissen und Perspektiven für die Transformation ländlicher Räume (10-15). https://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlr/intern/dateien/publikationen/Laendlicher_Raum/Das_neue_Bild_vom_Land-online.pdf
- Wascher, Eva** (2022). *Kommunale Innovationslabore für eine nachhaltige Stadtgesellschaft*. In: Abt, Jan; Blecken, Lutke; Bock, Stephanie; Diringer, Julia & Melzer, Michael (Hrsg.), *Von Beteiligung zu Koproduktion* (435-464). Stadtforschung aktuell. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-36181-5>
- Willeke, Stefan** (2023, 19. August). *Maja Wallstein: Bollern gegen rechts*. Die ZEIT, Nr. 35/2023. <https://www.zeit.de/2023/35/maja-wallstein-afd-lausitz/komplettansicht> (Letzter Aufruf: 24.10.2023, vollständiger Artikel liegt als PDF vor)
- Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (WMBW)** (Hrsg.) (2002). *Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg*. LEP 2002. https://mlw.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlw/intern/Dateien/06_Service/Publikationen/Landesentwicklungsplan_2002.PDF
- Wolf, Mario & Londong, Jörg** (2022). *Die Konstellationsanalyse als Instrument zur Strategieentwicklung für eine gemeinschaftliche Daseinsvorsorge*. In: Abt, Jan; Blecken, Lutke; Bock, Stephanie; Diringer, Julia & Melzer, Michael (Hrsg.), *Von Beteiligung zu Koproduktion* (51-75 ePUB). Stadtforschung aktuell. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-36181-5>
- Wüstenrot Stiftung** (Hrsg.) (2019). *Neues aus kleinen Städten und großen Dörfern*. <https://wuestenrot-stiftung.de/publikationen/neues-aus-kleinen-staedten-und-grossen-doerfern-download/>
- ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius** (Hrsg.) (2022). *Stadt? Land? Zukunft!* Wie im Zwischenraum von Metropolen und Dörfern etwas Neues entsteht. https://read.zeitstiftung.com/slz/docs/Zeit_Stiftung_Zukunftsatlas.pdf
- Zukunftsforum Ländliche Entwicklung** (2022). *Leerstand als Chance*. Neue Wege fürs Gemeinwohl (Fachforum 24). 15. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung (online). <https://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de/programm/fachforen-block-3/24-leerstand-als-chance-neue-wege-fuers-gemeinwohl/> (Letzter Aufruf: 24.10.2023)

IV Anhang

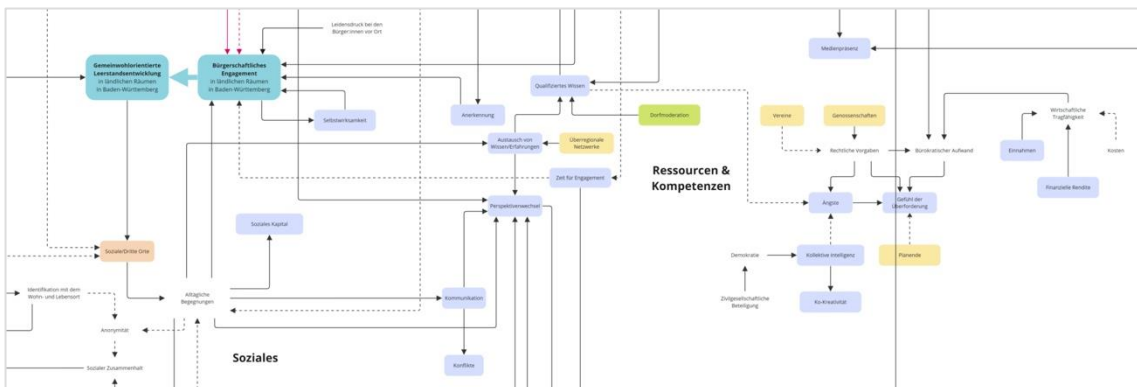
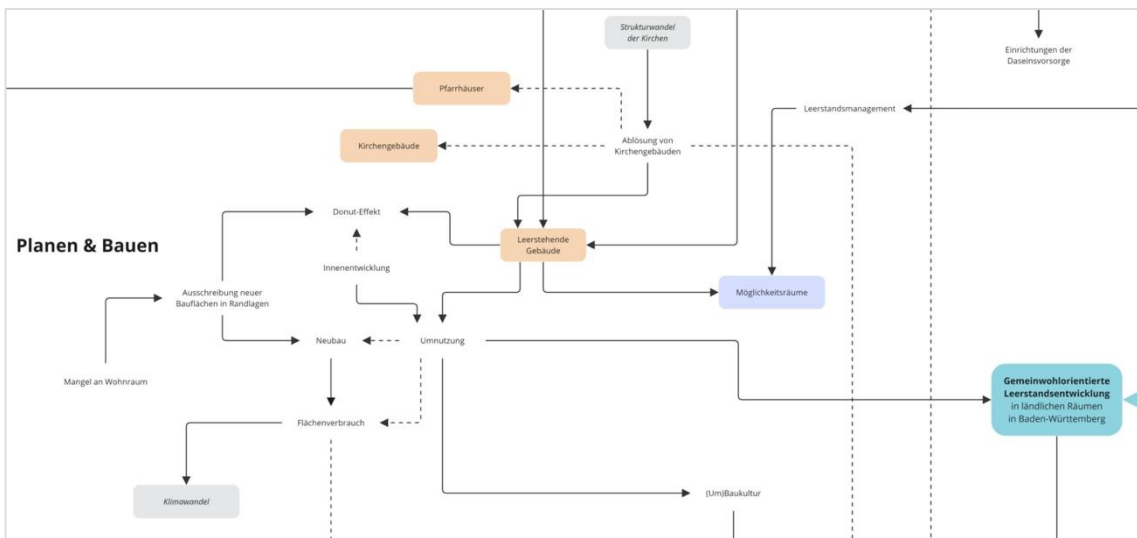
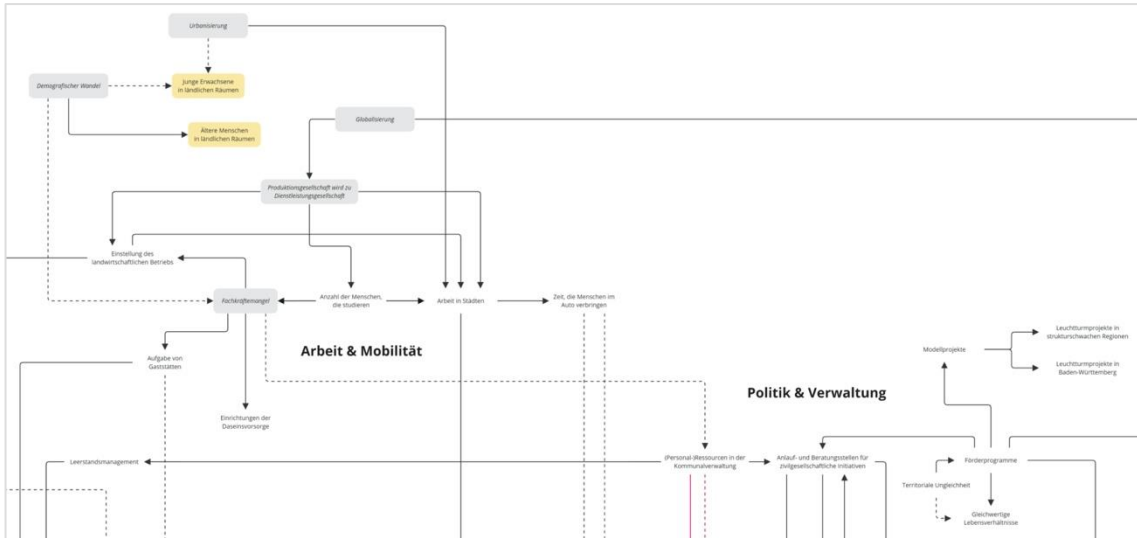
Hinweis: Die vollständigen Transkripte sowie Audioaufnahmen (siehe Anhang D3-D9) zu den durchgeführten Interviews werden den beiden Gutachter:innen, Prof. Dr.-Ing. Michael Prytula und Prof. Dr. Antje Michel, digital zur Verfügung gestellt, aufgrund des Datenschutzes jedoch nicht mit dieser Arbeit veröffentlicht. Die Unterlagen zur Wissenslandkarte sowie zur Aufstellung der Akteur:innen werden aufgrund ihres nicht überarbeiteten Arbeitsstandes ebenfalls nur in digitaler Form und ausschließlich an die Gutachter:innen weitergegeben (siehe Anhang D1–& D2). *Nachtrag: Der Arbeitsstand zur Wissenslandkarte wurde nach Begutachtung als Anhang A0 in die Publikation mit aufgenommen.*

- A0 Arbeitsstand Wissenslandkarte
- A1 Einladung zum Interview
- A2 Allgemeiner Interviewleitfaden
- A3 Individueller Interviewleitfaden – Interview 1 FK
- A4 Individueller Interviewleitfaden – Interview 2 LE
- A5 Individueller Interviewleitfaden – Interview 3 CP
- A6 Individueller Interviewleitfaden – Interview 4 WS
- A7 Individueller Interviewleitfaden – Interview 5 HK & SSV
- A9 Individueller Interviewleitfaden – Interview 6 AR
- A10 Widerspruchsmöglichkeit zur Verwendung von Aussagen

- D2 Arbeitsstand Akteur:innen
- D3 Transkript Interview 1 FK
- D4 Transkript Interview 2 LE
- D5 Transkript Interview 3 CP
- D6 Transkript Interview 4 WS
- D7 Transkript Interview 5 HK & SSV
- D8 Transkript Interview 6 AR
- D9 Audioaufnahmen der Interviews



Anhang A0



Anhang A0



Einladung zum Interview

→ Per Mail im Juli 2023 an potenzielle Interviewpartner:innen

Guten Tag [Institution/Person],

ich studiere im Masterstudiengang Urbane Zukunft an der Fachhochschule Potsdam und schreibe derzeit meine Abschlussarbeit zum Thema „**Gemeinwohlorientierte Leerstandsentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen Baden-Württembergs**“.

Im Rahmen meiner Masterarbeit möchte ich nun gerne einige Interviews mit Menschen führen, die sich mit dem oben genannten Thema oder einzelnen Aspekten hiervon im Raum Baden-Württemberg beschäftigen. Dabei geht es mir einerseits darum, die Relevanz solcher Projekte im regionalen Kontext zu untersuchen und andererseits darum, Hinweise zu sammeln, welche Rahmenbedingungen hier benötigt werden. Die Grundlage bilden bisher eine Literatur- und Onlinerecherche zu den Hintergründen und Entstehungsprozessen deutschlandweiter sowie regionaler Praxisbeispiele.

[Bezug zur Institution/Person]

Das Interview dauert etwa 1-1,5 Stunden und findet online via Zoom statt. Bei Bedarf können wir auch ein Treffen vor Ort vereinbaren. Terminlich bin ich flexibel und kann mich nach Ihrem Kalender richten. Mit den Ergebnissen der Masterarbeit möchte ich einen anwendungsorientierten Beitrag zur Förderung gemeinwohlorientierter Projekte und der nachhaltigen Entwicklung in ländlichen Räumen leisten. Die fertiggestellte Arbeit soll für alle Interessierten frei zugänglich sein und auch Ihnen lasse ich meine Erkenntnisse nach Abschluss natürlich gerne zukommen.

Ich freue mich auf Ihre Rückmeldung und einen Terminvorschlag. Bei Rückfragen melden Sie sich gerne per Mail oder telefonisch unter XXX.

Mit besten Grüßen
Hannah Esselborn

Einladung zum Interview | Masterarbeit Hannah Esselborn

Allgemeiner Interviewleitfaden

Abschlussarbeit zum Thema: „Gemeinwohlorientierte Leerstandsentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg“

Aus dem Nordosten Deutschlands hört und liest man von dutzenden Pionierprojekten in strukturschwachen ländlichen Räumen, die zur Sicherung der Lebensqualität und zu gleichwertigen Lebensverhältnissen beitragen, Kultur fördern und das soziale Miteinander stärken sollen. Die Projekte entwickeln sich meistens in leerstehenden Bestandsgebäuden und zielen darauf ab, abgehängte Gemeinden zu revitalisieren und die ländlichen Räume nach der Wende und zu Zeiten einer starken Urbanisierung wieder attraktiv zu machen – sie bezeichnen sich gerne als „Zukunftsorte“ (vgl. [Netzwerk Zukunftsorte](#)). Oftmals entstehen solche Ort durch die Initiative engagierter Bürger:innen, die die Zukunft ihrer Gemeinde aktiv gestalten möchten.

Die ländlichen Räume Baden-Württembergs fallen laut Definition des Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) nicht in das GRW-Fördergebiet der strukturschwachen Regionen (siehe [Karte](#)). Trotzdem zeichnen sich auch in Baden-Württemberg die Auswirkungen verschiedener gesellschaftlicher Umbrüche ab: der demografische Wandel, die fortschreitende Urbanisierung und sowohl der Strukturwandel in der Landwirtschaft als auch in der katholischen Kirche. Einrichtungen der Daseinsvorsorge fallen weg, sowohl barrierefreier als auch Miet-Wohnraum fehlt, Gasthöfe geben auf, soziale Treffpunkte werden weniger, Kulturangebote sind knapp, große Einfamilienhäuser werden nur noch zur Hälfte bewohnt und nicht nur alte Dorfschulen oder Bahnhöfe, sondern auch Scheunen und ehemalige Pfarrhäuser stehen leer. Die Menschen in den ländlichen Räumen werden immer älter, die Jüngeren bleiben nach der Ausbildung oftmals in den Städten, wo die Infrastruktur besser aufgestellt ist und die Möglichkeitsräume und das Freizeitangebot größer scheinen.

Ich frage mich, wie wir dafür sorgen können, dass die ländlichen Räume in Baden-Württemberg nicht den Anschluss verlieren – bevor es zu spät ist. Überspitzt gefragt: Müssen Dörfer und kleine Gemeinden erst kurz vor dem Aussterben stehen, bevor eingegriffen wird? Oder können wir schon heute dafür sorgen, dass die ländlichen Räume als Lebensräume für alle Generationen attraktiv werden und bleiben? Dass der Druck bereits jetzt groß ist, wird uns Planenden in der Praxis regelmäßig wiedergespiegelt. Bei der Unterstützung engagierter Bürger:innen kommen wir jedoch an unsere Grenzen, insbesondere wenn es um die finanzielle Tragbarkeit gemeinwohlorientierter Projekte in leerstehenden Bestandsgebäuden geht. Denn in Baden-Württemberg gibt es kaum Förderprogramme, die zum Beispiel den Kauf einer Immobilie fördern. Wie einige Beispielprojekte zeigen, funktionieren viele solcher Initiativen auch ohne den Kauf einer Immobilie – falls es Unterstützung von Seiten der Kommunen und der Gemeindevorstände gibt. Doch was, wenn es hier an Kapazitäten fehlt?

Mit den Expert:innen-Interviews möchte ich herausfinden, ob ich mit meinen ersten Eindrücken und Beobachtungen aus der Praxis richtig liege. Folgende Fragen sollen dabei als Gesprächs-Leitfaden dienen.

Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich

- Gibt es in Baden-Württemberg ländliche Räume, die zwar nicht den quantitativen Anforderungen strukturschwacher Regionen entsprechen, in denen sich die dort lebenden Menschen aber dennoch abgehängt fühlen?
- Welche Gründen gibt es dafür, dass sich Menschen in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs abgehängt fühlen, obwohl es ihnen im bundesweiten Vergleich besser geht als vielen anderen?
- Warum braucht es auch in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs alternative Ansätze zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse?
- Warum finden sich so viele Projekte im Nordosten Deutschland und so wenig in Baden-Württemberg – liegt es an der Medienpräsenz und Anzahl von Studien oder gibt es hier tatsächlich deutlich weniger Projekte, und wenn ja warum?
- Wie relevant ist das Thema der Leerstandsentwicklung in Baden-Württemberg – gibt es hier eine nennenswerte Zahl an Leerständen? Werden Leerstände oder Innenentwicklungspotenziale in Baden-Württemberg gemessen?

Bürgerschaftliches Engagement

- Warum schließen sich engagierte Bürger:innen in den ländlichen Räumen in Baden-Württemberg zusammen, um ihre Gemeinden in Eigeninitiative weiterzuentwickeln?
- Besteht in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs ein Interesse daran, dass die Gemeinden von ihren Bürger:innen mitgestaltet werden?
- Wie können bürgerschaftliche Initiativen von ihren Kommunen bei der Entwicklung gemeinwohlorientierter Projekte unterstützt werden?
- Welche Potenziale bieten gemeinwohlorientierte Projekte, die von Bürger:innen gestaltet werden, für die ländlichen Räume (in Baden-Württemberg)?
- Wie werden aktive Bürger:innen dazu befähigt, gemeinwohlorientierte Projekte in Eigeninitiative zu entwickeln und leerstehende Bestandsgebäude zu revitalisieren?

Individueller Interviewleitfaden – Interview 1 FK

1. Was versteht ihr unter „sozialraumorientierter Entwicklung“?
2. Wie ist der K-Punkt Ländliche Entwicklung entstanden? Aus welchem Impuls oder Anlass heraus wurde der K-Punkt gegründet?
 - a. Wie setzt sich das Team des K-Punkts zusammen? Aus welchen Fachbereichen kommt ihr?
3. Warum ist es wichtig, dass zivilgesellschaftliche, politische und kirchliche Akteur:innen ländlicher Entwicklung zusammenarbeiten?
 - a. Inwiefern und in welchen Bereichen der ländlichen Entwicklung ist die Zusammenarbeit dieser Gruppen besonders wichtig?
 - b. Was braucht es für eine gelungene Zusammenarbeit dieser Gruppen?
 - c. Warum ist die Kirche als Akteurin so wichtig?
4. Wer ist eure Zielgruppe, wer kann sich direkt an euch wenden?
 - a. Vernetzt ihr Projekte und Gemeinden untereinander?
 - b. Unterstützt ihr Bürger:innen darin, mit der Gemeinde/Kirche in Kontakt zu kommen? Und wenn ja, wie?
5. Laut Definition gibt es in BW keine strukturschwachen Regionen. Würdet ihr dennoch sagen, dass es hier Gemeinden gibt, in denen sich die dort lebenden Menschen abgehängt fühlen?
 - a. Welche Potentiale seht ihr in den ländlichen Räumen in Baden-Württemberg?
 - b. Welche Lücken und Herausforderungen seht ihr in der Entwicklung ländlicher Räume in Baden-Württemberg?
6. Wie ermutigt ihr Menschen dazu, ihren Lebensraum selbst zu gestalten?
 - a. Welche Gruppen kommen auf euch zu? Wer oder was gibt den Anstoß zu sozialraumorientierten Entwicklungsprozessen?
 - b. Mit welchen Schwierigkeiten und Unterstützungsbedarfen kommen zivilgesellschaftliche Gruppen auf euch zu bzw. an welchen Stellen benötigen sie eure Unterstützung?
7. Warum braucht es die (mit-)initiative der Bürger:innen bei neuen Lösungsansätzen zur nachhaltigen Sicherung der Daseinsvorsorge? (NahDa)
 - a. Inwiefern werden die zwei Softwaretools den Bürger:innen bei der Entwicklung eines tragfähigen NahDa-Zentrums helfen?
8. Was braucht es für die Umsetzung eurer Impulse?
 - a. Wann waren eure Impulse in ländlichen Gemeinden erfolgreich?
 - b. Woran scheitern sozialraumorientierte Entwicklungsprozesse in ländlichen Gemeinden?

Individueller Interviewleitfaden – Interview 2 LE

1. Bitte erläutere mir kurz deine aktuelle Tätigkeit und wie du zu dem Thema der Bürgergemeinschaften gekommen bist.
 - a. Wie ist die Bürgergemeinschaft Oberried entstanden?
2. Du hattest zwischenzeitlich eine Stelle bei der Gemeinde Schuttertal und solltest dort helfen, eine Bürgergenossenschaft zur kommunalen Daseinsvorsorge aufzubauen. → *Projekt "Entwicklung einer Genossenschaft zur kommunalen Daseinsvorsorge" in Schuttertal bzw "Kommunale Daseinsvorsorge durch Bürgergenossenschaften" der EH Freiburg*
 - a. Worum ging es bei dem Projekt?
 - b. Was waren deine Aufgaben bei der Stelle?
 - c. Wie ist das Projekt ausgegangen?
 - d. Was ist aus der Pfarrscheune in Schuttertal geworden?
3. Warum braucht es Bürgergemeinschaften bzw. Bürgergenossenschaften für die Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen?
 - a. Warum die Form als Genossenschaft?
4. Warum müssen die Bürger:innen für die Kommunen einspringen?
 - a. Wer leistet wie viel ehrenamtliche Arbeit?

Individueller Interviewleitfaden – Interview 3 CP

1. Arbeiten Sie in der Regel im Auftrag von Kommunen und für die Wissenschaft oder kommen zivilgesellschaftliche Initiativen auf Sie zu?
2. Besteht in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs ein Interesse daran, dass die Gemeinden von ihren Bürger:innen mitgestaltet werden?
 - a. Warum braucht es Ihrer Meinung nach bürgerschaftliches Engagement in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs?
3. Wie schätzen Sie die Offenheit der Kommunen und Bürgermeister:innen gegenüber zivilgesellschaftlichen Initiativen in ländlichen Räumen Baden-Württembergs ein?
 - a. Glauben Sie, dass es viele Kommunen gibt, die gegenüber zivilgesellschaftlichen Initiativen und gemeinwohlorientierten Projekten offen sind, selbst jedoch nicht aktiv werden, da Ihnen die Kapazitäten fehlen?
 - b. Was können Bürger:innen tun, wenn die Kommunen und Gemeindeverwaltungen bzw. Bürgermeister:innen nicht mitziehen?
4. Was, wenn die Ergebnisse einer Bürgerbeteiligung nicht zu unserem aktuellen Verständnis von Nachhaltigkeit passen?
 - a. Einerseits die Wünsche der Bürger:innen beachten, andererseits wirtschaftlich und nachhaltig handeln – wie geht das zusammen?
5. Wie kann es nach Beteiligungsveranstaltungen weitergehen – wie können wir die Bürger:innen dazu motivieren, an ihren Wünschen und Ideen dranzubleiben?
 - a. Welche Faktoren führen dazu, dass Bürger:innen sich in Initiativen zusammenfinden, die Beteiligung weiterführen und mit ihren Projekten erfolgreich sind?
 - b. Wie werden aktive Bürger:innen dazu befähigt, gemeinwohlorientierte Projekte in Eigeninitiative zu entwickeln und leerstehende Bestandsgebäude zu revitalisieren? (Vorstellung Workshopkonzept)
6. Wie können Kommunen bürgerschaftliches Engagement fördern?
 - a. Wie werden Gemeinden von einer Dienstleistungskommune zur Bürgerkommune?
 - b. Wie können bürgerschaftliche Initiativen von ihren Kommunen bei der Entwicklung gemeinwohlorientierter Projekte unterstützt werden?
7. Braucht bürgerschaftliches Engagement Treffpunkte/dritte Orte und warum?
8. Welche Potenziale bieten gemeinwohlorientierte Projekte, die von Bürger:innen gestaltet werden, für die ländlichen Räume (in Baden-Württemberg)?
 - a. Kann eine Gemeinwohlorientierung ohne bürgerschaftliches Engagement funktionieren?

Individueller Interviewleitfaden – Interview 4 WS

1. Vor welchen (baulichen) Herausforderungen siehst du die Kommunen in ländlichen Räumen in Baden-Württemberg aktuell stehen?
 - a. Vor welchen Herausforderungen steht das Planungswesen in den ländlichen Räumen in Baden-Württemberg?
2. Wie ist dein Stand zum Leerstand in Baden-Württemberg?
 - a. Wieviel Leerstand gibt es in den ländlichen Räumen in BaWü?
 - b. Worin siehst du die Ursachen für den Gebäudeleerstand in ländlichen Räumen in BaWü?
3. Sind die ländlichen Gemeinden mit Leerstand überfordert?
4. Was macht deiner Meinung nach eine zukunftsfähige Gemeinde aus?
5. Wie offen sind die Bürgermeister:innen und Gemeindeverwaltungen gegenüber neuartigen und gemeinwohlorientierten Gebäudeumnutzungen?
6. Wie schätzt du die Fördermöglichkeiten für gemeinwohlorientierte Leerstandsentwicklung in Baden-Württemberg ein?
 - a. Gibt es viele Investor:innen, die bereit sind, gemeinwohlorientierte Projekte ohne (hohe) finanzielle Rendite zu unterstützen?
 - b. Wenn die Kommunen in Baden-Württemberg wirtschaftlich angeblich so gut aufgestellt sind, warum investieren sie nicht mehr in gemeinwohlorientierte Projekte?
7. Wie funktioniert die wohnbau bogenständig? Wer finanziert das Projekt?
8. Was für „modellhafte Projekte“ möchte der Weißtannenraum anstoßen?

Individueller Interviewleitfaden – Interview 5 HK & SSV

1. Können Sie vom MLR Angaben dazu machen, warum sich die Kommunalverwaltungen mit dem Thema bürgerschaftlicher Initiativen und gemeinwohlorientierter Projekte so häufig überlastet fühlen?
2. Inwiefern setzt sich das MLR gegen die Auswirkungen des demografischen Wandels in den ländlichen Räumen ein?
 - a. Wie wirkt das MLR dem Wegfall der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen entgegen?
 - b. Wie fördert das MLR bürgerschaftliche Initiativen in ländlichen Räumen?
3. Wie steht es um den Gebäudeleerstand in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs?
 - a. Gibt es Bestrebungen für ein überregionales Leerstandsmanagement, so dass Innenentwicklungspotenziale transparent werden und somit voll genutzt werden können?
 - b. Wer ist/wäre zuständig für ein Leerstandsmanagement?
4. BaWü als Land der Beteiligung: Wie wird aus Beteiligung Wirklichkeit?
5. ELR & LEADER
 - a. Wie werden die Förderprogramme angenommen? Gibt es hierzu Statistiken und Auswirkungen?
 - b. Wie präsent sind die Programme? Wie werden sie beworben?
 - c. Gibt es in den Kommunen kompetente Ansprechpersonen?
 - d. Wer ist dafür zuständig, regionale Entwicklungskonzepte für LEADER zu entwickeln? Werden Regionalverbände oder Gemeinden hierbei unterstützt?
 - e. LEADER greift nur für Regionen, die sich mit einem REK beworben haben und greift daher nicht bei eher kurzfristigen Konzepten für Gebäudeleerstände. Wie kann dieses Problem gelöst werden?
6. Kabinettsausschuss für Ländlichen Raum
 - a. Gibt es Informationen der Veranstaltungsreihe zu „multifunktionellen Orten der Begegnung“ aus dem Sommer 2023?
 - b. Es gibt einen Podcast für Wissenstransfer vom IMA Resiliente Räume – doch wen erreicht dieser Podcast? Sind digitale Angebote ausreichend?
7. Wie könnte eine mobile Anlaufstelle realisiert werden?
 - a. Wer betreibt die Anlaufstelle? Wo könnte diese Anlaufstelle in der Verwaltung angesiedelt werden – Landkreise, Regionalverbände, Kabinettsausschuss?
 - b. Könnte die mobile Anlaufstelle ein Modellprojekt zur strukturellen Entwicklung sein?

Individueller Interviewleitfaden – Interview 6 AR

1. Zum Projekt genossenschaftlich getragene Quartiersentwicklung – sind Dörfer in ländlichen Räumen auch Quartiere? Was macht ein Quartier aus Ihrer Sicht aus?
2. Was sind Bürger- oder Sozialgenossenschaften? Gibt es hierbei einen Unterschied?
 - a. *Bürgergenossenschaften handeln nicht bloß zum Vorteil der eigenen Mitglieder, sondern wollen in der Regel einen Beitrag für das Gemeinwesen leisten.* → Ist das vertraglich festgelegt?
3. Laut einem Beitrag von Hermann Rappen zum Thema Koproduktion nimmt die Organisationsform der Genossenschaft ab und es entstehen stattdessen mehr Vereine. Woran liegt das?
 - a. Die Organisationsform bestimmt die Finanzierungsform: bei Genossenschaften fehlt in dem Beitrag von Rappen allerdings die dazugehörige Finanzierungsform. Verstehe ich es richtig, dass sich Genossenschaft über die Anteile der Mitglieder sowie ihre betrieblichen Einnahmen finanzieren?
4. Inwiefern tragen Genossenschaften mit "ihrer rechtsformspezifischen Verfasstheit" dazu bei, die Zusammenarbeit von Bürger:innen und Kommunen zu stärken? (vgl. Forschungsbericht Bürgergenossenschaften in den Neuen Ländern)
5. Haben Sie bereits von dem Begriff der kommunalen Koproduktion gehört?
 - a. Wenn ja, wie sehen Sie darin die Rolle der Genossenschaften? Worin sehen Sie die Vor- und Nachteile der Genossenschaftsform für diese Art der Steuerung und Organisation?
 - b. Kennen Sie Sozialgenossenschaften, in denen auch die jeweiligen Kommunen Mitglied sind?
 - c. Gibt es Sozialgenossenschaften, die von den Kommunen aus initiiert werden?
6. Bekommen gemeinwohlorientierte Sozialgenossenschaften, die sich neu gründen in der Regel Unterstützung von professioneller und/oder kommunaler Seite?
 - a. Inwieweit fördert und unterstützt der bwgv Sozialgenossenschaften? Bietet der bwgv Unterstützungsangebote für Neulinge im Genossenschaftswesen an?
 - b. Kostet die Unterstützung des bwgv die Genossenschaften etwas? Aus welchen Mitteln wird das Beratungs- und Schulungsangebot des bwgv bezahlt?
7. Kennen Sie Sozialgenossenschaften, die sich zur gemeinwohlorientierten Entwicklung eines Leerstands im ländlichen Raum in Baden-Württemberg gegründet haben?
8. Was ist, wenn eine Kommune, z.B. nach einer neuer Wahl, aus der Genossenschaft austreten möchte?

Einverständniserklärung zum Interview

Forschungsprojekt: Abschlussarbeit zum Thema „Gemeinwohlorientierte Leerstandsentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg“

Durchführende Person: Hannah Esselborn (Fachhochschule Potsdam)

Interviewte Person: Vorname Nachname (Organisation)

Datum des Interviews: 01.08.2023

Ich erkläre mich dazu bereit, im Rahmen des genannten Forschungsprojekts an einem Interview teilzunehmen. Ich wurde über das Ziel und den Verlauf des Forschungsprojekts informiert.

Ich bin damit einverstanden, dass das Interview mit der Aufnahmefunktion des hochschuleigenen Zoom-Clients aufgezeichnet wird und anschließend in Schriftform gebracht wird. Die Dateien der Aufnahmen werden zum Projektende bzw. spätestens am 31.12.2023 gelöscht. Das Transkript des Interviews dient nur zu Analyse Zwecken und wird lediglich in Ausschnitten zitiert.

Ich bin damit einverstanden, dass die Aufnahmen sowie das Transkript bei Bedarf den Prüfer:innen der Abschlussarbeit, Prof. Dr.-Ing. Michael Prytula und Prof. Dr. Antje Michel von der Fachhochschule Potsdam, vorgelegt werden.

Ich bin damit einverstanden, dass mein Name und meine Funktion in der Abschlussarbeit ohne Einschränkungen genannt und mit den im Interview getroffenen Aussagen in Verbindung gebracht werden. Die verwendeten Aussagen werden der interviewten Person mit einer mindestens zweiwöchigen Widerspruchsfrist vor der Veröffentlichung vorgelegt.

Meine Teilnahme an der Erhebung und meine Zustimmung zur Verwendung der Daten, wie oben beschrieben, sind freiwillig. Ich habe jederzeit die Möglichkeit, meine Zustimmung zu widerrufen. Durch Verweigerung oder Widerruf entstehen mir keine Nachteile. Ich habe das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Sperrung und Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Widerspruch gegen die weitere Verarbeitung sowie auf Datenübertragbarkeit meiner personenbezogenen Daten.

Unter diesen Bedingungen erkläre ich mich bereit, das Interview zu geben, und bin damit einverstanden, dass es aufgezeichnet, verschriftlicht und ausgewertet wird.

Ort, Datum, Unterschrift Interviewte:r



Widerspruchsmöglichkeit zur Verwendung von Aussagen

→ Per Mail am 17.10.2023 an alle beteiligten Interviewpartner:innen

Guten Tag [Person],

vielen Dank nochmals für Ihre Bereitschaft zum Interview.

Anbei erhalten Sie die von mir die zusammengefassten Aussagen aus unserem Gespräch, wie ich sie in Auszügen in der schriftlichen Ausarbeitung meiner Masterarbeit verwende. **Sollten Sie mit einzelnen Aussagen nicht übereinstimmen, sich falsch dargestellt fühlen oder gegen eine Veröffentlichung dieser sein, haben Sie die Möglichkeit, der Nutzung bis 01.11.2023 per Mail zu widersprechen.**

Die Verteidigung der Masterarbeit wird voraussichtlich am Montag, den 11.12.2023, 13-14 Uhr in Potsdam stattfinden und per Zoom online übertragen. Sollten Sie Interesse an der Online-Übertragung haben, lasse ich Ihnen gerne den Zugangslink zukommen. Hierfür teilen Sie mir Ihr Interesse bitte rechtzeitig per Mail mit.

Außerdem sende ich Ihnen nach Fertigstellung natürlich gerne die schriftliche Ausführung der Masterarbeit in digitaler Form zu.

Mit besten Grüßen
Hannah Esselborn